Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

September 2022
20. Jahrgang - Ausgabe 110
Einzelpreis: 4,50€
ISSN 1612-7366

Schwerpunkt:
Rüstung

Rüstungsindustrie im Kapitalismus
Funktionen der EU-Waffenexporte
Wer profitiert vom Sondervermögen?
Rheinmetall – Global vernetzt
Zur Geschichte der NATO
Ende einer gescheiterten Militärpräsenz in Mali?

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Inhalt

Schwerpunkt

Editorial - **Martin Kirsch** und **Andreas Seifert** - 3
Rüstungsindustrie im Kapitalismus - **Christopher Schwitanski** - 5
Business as Usual. Korruption als ständiger Begleiter von Rüstungsdeals - **Pablo Flock** - 9
Funktionen der EU-Waffenexporte - **Jacqueline Andres** - 13
Rheinmetall. „Deutscher“ Konzern global vernetzt - **Martin Kirsch** - 17
Ungesehene Akteure. Rüstungsindustrie abseits von Rheinmetall und KMW - **Andreas Seifert** - 21
100.000.000.000 Euro. Wer profitiert vom Sondervermögen? - **Martin Kirsch** - 23
Was kann man tun? Eine Zusammenstellung - 29

Magazin

Deutschland und die Zeitenwende

Divisionen im Eiltempo – 2025, 2027... Bundeswehr auf NATO-Kurs? - **Martin Kirsch**- 35
Acatech im Rüstungstaumel - **Christoph Marischka** - 40
Neues Territorialkommando - **Martin Kirsch** - 43

NATO

Schöngeredetes Kriegsbündnis: Zur Geschichte der NATO - **Tobias Pflüger** - 47
Die G7 auf Weltkriegs-Kurs - **Bernhard Klaus** - 53
Bollwerk des Westens – NATOs Strategisches Konzept und globale Großkonkurrenz - **Jürgen Wagner** - 55
1.300 km Grenze zu Russland – Finnlands wehrhafte Gesellschaft setzt auf die NATO - **Ben Müller** - 60
Türkei - **Jacqueline Andres** - 65

Sahelzone

Mali: Ende einer gescheiterten Militärpräsenz? - **Christoph Marischka** - 68
Eisige Töne trotz Tauwetter im Sahel - **Pablo Flock** - 72

Editorial

von Martin Kirsch und Andreas Seifert

Deutschland rüstet wieder auf – eine zweite Wiederbewaffnung geradezu – mit so viel Vehemenz, dass man meint, es hätte vorher keine Bundeswehr gegeben. Dabei hat dieser neue Spin in einer schon seit der Jahrtausendwende ungebrochenen Steigerung des Verteidigungshaushalts nun eigentlich nichts mit den dafür angeführten Begründungen zu tun. Der Mythos, man brauche die Waffen, um sich einem (unmittelbar bevorstehendem) Angriff russischer Truppen zu erwehren, bricht sich alleine schon an den Zeiträumen, die diese Beschaffung und die Ausbildung des dazugehörigen Personals benötigen. Der Mythos, die Bundeswehr sei kaputtgespart worden und verfüge nur über marodes Material aus der technologischen Steinzeit, steht im krassen Gegensatz zu einer Verdopplung des Wehretats seit 2000 – Geld alleine hilft wohl nicht. Der Mythos, man hätte nun mit einem investiven Kraftakt von 100 Mrd. € wieder einen guten Materialstand und könne dann zurück zum alten Etat, wird sich an den Realitäten von Wartung und Unterhalt brechen – gerade die anvisierten atomwaffenfähigen F35-Kampfjets sind für ihren (teuren) Wartungsaufwand und die geringen Einsatzzeiten berüchtigt. Aber sie sind nur eine weitere High-Tech-Komponente, die länger in der Werkstatt steht als fliegt, fährt oder schießt.

Ach ja ... und rein inhaltlich hat das Ganze auch mit dem Ukraine-Krieg nichts zu tun: Dieser bot den Schockmoment – die unfassbare, tief gefühlte Bedrohung – in dem lange bestehende Pläne durchgesetzt werden konnten.

Es gab zur Bekanntgabe des Aufrüstungspaketes durch Olaf Scholz am 27. Februar 2022 einen Jubelschrei im Parlament. Auch wenn zum damaligen Zeitpunkt kaum etwas Konkretes über diese Summe hinaus verkündet wurde, schien dies den Nerv zu treffen. Sechs Monate später ist viel vom Hurra-Patriotismus verflogen. Dem gemeinen Volk dämmert langsam, dass hier Löcher gestopft werden, die man in den letzten zwanzig Jahren wenig systematisch geschaufelt hat. Jetzt werden die Wunschlisten abgearbeitet. Zu allem Überfluss wird ein Füllhorn über der Bundeswehr entleert, während alle anderen mit dem Verweis auf die ideologisch gesetzte schwarze Null an der kurzen Leine gehalten werden. Zum ersten Mal seit 20 Jahren steigen die Zinsen und die Regierung macht Schulden – ausgerechnet für das destruktivste Material: Kriegswaffen.

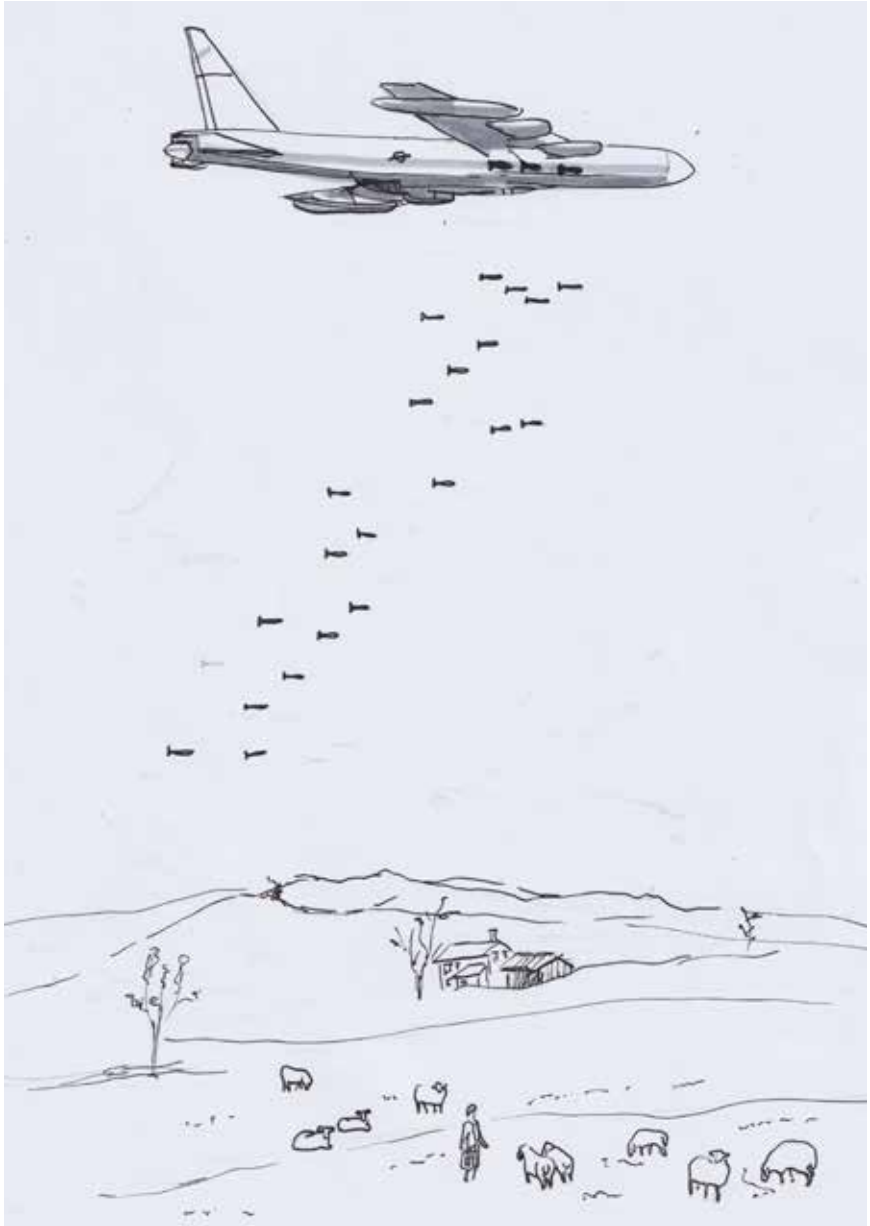
Es gibt aber auch Gewinner: Die Rüstungsindustrie. Angeführt von Airbus, Rheinmetall, KMW und Heckler & Koch reibt sich die Branche die Hände. Die Sektkorken knallen aber nicht nur, weil endlich wieder bestellt wird, sondern auch weil die Aktienkurse durch die Decke gehen und selbst denen noch einen Mehrwert bescheren, die noch nie eine Waffe angefasst haben. Die Aufrüstung trägt somit mehrfach dazu bei, die altbekannte Umverteilung von Vermögen von Arm zu Reich fortzusetzen und das Vermögensgefälle zu zementieren.

Rheinmetall-Chef Armin Papperger verschickte zu Beginn des Krieges gleich mal unverbindliche Bestelllisten an die Regierung und der Geschäftsführer des Lobby-Verbandes BDSV (Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie) Hans Christoph Atzpodien mahnte gleich an, dass der „Paradigmenwechsel“ vollständig sein müsse.[1] Das bedeutet für ihn, dass die Branche endlich raus aus der Schmuddel-Ecke und auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz bauen können müsse, wozu die Politik beitragen soll; dass auch die Rüstung in der Nachhaltigkeits-Taxonomie der EU berücksichtigt wird; dass die Bundeswehr schneller und vor allem unproblematischer beschaffen kann und dass die Industrie in ihrem Bemühen, gute Produkte zu einem fairen Preis zur Verfügung zu stellen, durch aktive Exportförderung gestützt wird, anstatt ständig mit Exportkontrollen belästigt zu werden. Letzter Punkt übrigens mit dem Hinweis auf das europäische Projekt, bei dem die deutsche Branche ins Hintertreffen gerate und kaum mehr als Partner in Frage kommt: „Dies würde deutsche Unternehmen im europäischen Kontext zu völligen Außenseitern machen, da mit ihnen keine Berechenbarkeit beim

Export von gemeinschaftlichen Produkten mehr zu erreichen wäre. Eine solche Gestaltung (Stichwort: Verbandsklage) erscheint aus Industriesicht als das Ende europäischer Rüstungskooperation unter deutscher Beteiligung. Dies wäre nicht nur für uns als Industrie ein Desaster, sondern auch für alle diejenigen in der Bundesregierung, die aus guten Gründen auf mehr europäische Kooperation im Rüstungssektor setzen."

Die Folie des Krieges zu nutzen, um ökonomische Profite durchzusetzen, die Hemmschwelle zur Verschuldung zu senken und sich mit lang laufenden Lieferverträgen dauerhaft in die Gewinnzone zu kapitulieren, hat nichts mit aufrechter Solidarität mit der Ukraine zu tun. Nach Jahren, in denen die öffentlichen Debatten über die Rüstungsindustrie kritisch waren und sich Banken wie Fondsgesellschaften aus der Finanzierung der Rüstungsindustrie zurückgezogen haben, ist nun ein Umschwung zu beobachten – die Aktienkurse wurden schon erwähnt. Dieser Imagegewinn durch einen Krieg in der europäischen Nachbarschaft mögen Pazifist*innen als zynisch empfinden, aber er baut bewusst darauf auf, dass eine ernsthafte Debatte über den Sinn und Zweck von Rüstung derzeit in Deutschland nicht zu führen ist. Dies gehört zu den Inhalten, die mit der „verbalen Panzerhaubitze ‚russischer Narrative'" aus dem öffentlichen Diskurs geradezu eliminiert wurden.[2] Es ist aber genau dies, was den Ausgangspunkt zu diesem Heft bietet: Argumente, Abwägungen und Hinweise auf Fakten und Ansprechpartner*innen.

Rüstung ist nicht losgelöst von unserer Form des Wirtschaftens, sie ist nicht nur die Bewaffnung von Soldaten, sondern steht im Kontext von Kapitalismus und Eigentum. Wir möchten hierzu ein paar Denkanstöße liefern, genauso wie wir (noch einmal) auf die strukturellen Probleme der Branche mit Korruption verweisen müssen. Auch auf die Bedingungen von Waffenexport und die Folgen für die Importgesellschaften wollen wir hinweisen. Es sind Beiträge, die sowohl auf einer abstrakten Ebene einen Zugang ermöglichen, sich aber auch um konkrete Beispiele bemühen. In zwei Beispielen wollen wir auch auf die Niederungen der deutschen Rüstungsindustrie eingehen und haben uns einerseits mit Rheinmetall einen der „dicken Fische" vorgenommen, wie wir auch in einem kurzen Beitrag auf die anderen „kleinen Fische" verweisen möchten, um auch Optionen einer lokalen Auseinandersetzung aufzuzeigen. Schließlich haben wir im Schwerpunkt auch eine kleine Auswahl von Organisationen und Kampagnen um eine Selbstdarstellung gebeten, die das Spektrum von Protest und Engagement aufzeigen sollen. Und natürlich ist dies unvollständig...



Auch wir schlagen eine Brücke in aktuelle Vorgänge und zu den hiesigen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs: Wer profitiert und warum? Was passiert mit den 100 Milliarden?

Anmerkungen

1 Dr. Hans Christoph Atzpodien, Was hat der 24. Februar für unsere Industrie verändert?, in: Wehrtechnik, II/2022, S.4.

2 Rudolph Jula, Aus dem Overton-Fenster geschaut, in: Freitag, 4.8.2022.

Rüstungsindustrie im Kapitalismus

Überlegungen in Anknüpfung an Chomsky und Waterstone

von Christopher Schwitanski

> „Die Tatsache, dass das Wirtschaftsleben rund um den Globus mittlerweile denselben Prinzipien unterworfen ist – dezentral koordinierte Produktion mit Gewinnziel unter Einsatz von Privatkapital und gesetzlich freien Lohnarbeitern –, ist historisch beispiellos. […] sieht man von Randzonen ab, […] existiert heute nur noch der Kapitalismus.“[1]

Mit dieser Einschätzung leitet der Ökonom Branko Milanovic seine Betrachtung des gegenwärtigen Kapitalismus ein.

Welche Folgen sich hieraus für die von dieser wirtschaftlichen Ordnung geprägten Gesellschaften ergeben, skizzieren Noam Chomsky und Marv Waterstone in ihrem kürzlich auf Deutsch erschienen Buch „Konsequenzen des Kapitalismus“, dessen Lektüre den Ausgangspunkt dieses Beitrags bildet. Die Gliederung des Buches orientiert sich an einer Seminarreihe der Autoren, die diese an der Universität von Arizona gehalten haben. Hieraus ergibt sich eine Strukturierung entlang Themenfelder, auf denen die namensgebenden Konsequenzen des Kapitalismus aufgezeigt werden: die ideologische Grundlage des Kapitalismus, sein Verhältnis zu Militarismus, Umwelt, Globalisierung, Finanzialisierung und die Entstehung von und Reaktion auf Widerstand gegen das herrschende System. Dabei handelt es sich weniger um eine systematische Studie, sondern vielmehr um eine essayistische Behandlung diverser, die jeweiligen Themenfelder betreffender Aspekte und Folgeerscheinungen des Kapitalismus. Der Schwerpunkt der Betrachtungen liegt auf der Entwicklung in den USA, wobei die Autoren betonen, dass sich ihre Schlussfolgerungen auch darüber hinaus verallgemeinern lassen.

Der vorliegende Beitrag bezieht sich primär auf Überlegungen aus den Kapiteln zum Verhältnis von Kapitalismus und Militarismus (insbesondere denen von Waterstone) und entwickelt daran anknüpfend einige Überlegungen zur Rolle der Rüstungsindustrie im gegenwärtigen Kapitalismus.

Zum Verhältnis von Kapitalismus und Militarismus verweist Waterstone auf die „ursprüngliche Akkumulation“ bei Marx. Unter diesem Stichwort arbeitete Marx heraus, dass die Durchsetzung des Kapitalismus – entgegen anderslautenden Erzählungen – mit enormer Gewalt und Repression einherging. Ein solcher Prozess lässt sich auch heute noch beobachten, wenn bspw. vormals öffentliche Güter gegen den Willen der Bevölkerung privatisiert und der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen werden.

Phasen des Imperialismus

Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Kapitalismus und Militarismus bezieht sich Waterstone wie folgt auf die Entwicklung des Imperialismus: Unter Bezug auf das Buch „Der neue Imperialismus“ von David Harvey attestiert Waterstone drei Phasen des Imperialismus, die sich grob über die Zeiträume 1870-1945, 1945-1970 und 1970-2008 erstrecken. Die Ausführungen zu diesen Entwicklungsphasen werden im Folgenden zusammengefasst, anschließend wird diskutiert, welche Rückschlüsse sich hieraus unter Rückgriff auf weitere Autor*innen für das Verhältnis von Rüstungsindustrie und Kapitalismus ziehen lassen.

Die erste Phase des Imperialismus war von einer Überakkumulationskrise des Kapitals geprägt, in der dieses keine ausreichenden Investitions- und Verwertungsmöglichkeiten mehr fand und daher zunehmend auf Investitionen außerhalb der nationalen Landesgrenzen angewiesen war. Waterstone folgert, dass sich als Konsequenz hieraus die expansive geopolitische Doktrin imperialistischer Nationalstaaten entwickelte: „In dieser Situation musste das Kapital die Staaten zur Entwicklung einer geopolitischen Logik bewegen, die seiner eigenen expansionistischen Logik entsprach.“[2] Zur ideologischen Legitimation eines solchen Expansionismus dienten Rassismus, Nationalismus, Patriotismus und Chauvinismus. Die Konkurrenz zwischen

den mächtigsten imperialistischen Staaten führte schließlich zu einer Beschleunigung des Kolonialismus und Anfang des 20. Jahrhunderts in den Ersten und – wohlgemerkt unter anderen Umständen – den Zweiten Weltkrieg.

Für die Betrachtung der folgenden Periode von 1945-1970 werden vorwiegend die USA als Beispiel herangezogen, welche im Zuge des beginnenden Kalten Krieges ein beispielloses Aufrüstungsprogramm vorantrieben und mittels der ideologischen Unterfütterung durch den Antikommunismus sowohl eine offensive Bekämpfung progressiver Kräfte im Innern als auch die anhaltende Bekämpfung unliebsamer (demokratischer) Regierungen und Gesellschaften auf dem gesamten Globus. Hierfür stellt der Krieg in Vietnam das wohl bekannteste, aber bei weitem nicht das einzige Beispiel dar. In dieser Phase verorten die Autoren auch die Entstehung des militärisch-industriellen Komplexes (siehe unten).

Die dritte Phase ab Beginn der 1970er Jahre wird mit dem Ende des Bretton-Woods-Regimes (der Bindung des US-Dollars als globale Leitwährung an den Goldstandard) eingeleitet. In der Folgezeit wird die unter dem Schlagwort Neoliberalismus bekannte Form eines aggressiven Wirtschaftsliberalismus durchgesetzt, wobei neben (teils verdeckten) militärischen Interventionen auch globale Finanzinstitutionen wie IWF, Weltbank und WTO Bedeutung für die Durchsetzung US-amerikanischer Interessen gewinnen. Ziel ist es dabei, die Entwicklung anderer weniger marktradikaler Wirtschaftsordnungen um jeden Preis zu verhindern.

Der obigen Einteilung stellt Waterstone eine Zusammenfassung von Lenins Definition des Imperialismus voraus, die kurz gesagt folgende Elemente umfasst: Zunehmende Bedeutung von Monopolen in der Wirtschaft auf Kosten der freien Konkurrenz zwischen kapitalistischen Akteuren, Entstehung des Finanzkapitals, Zunahme des Kapital- gegenüber dem Warenexport, Aufteilung der Welt unter monopolistischen Kapitalistenverbänden und das Ende der territorialen Aufteilung der Erde durch die kapitalistischen Großmächte.

Trotz des prominenten Bezugs auf Lenin bleiben die Autoren in der Begriffsverwendung z.T. diffus bis widersprüchlich. So stellt Waterstone bspw. Lenins Imperialismusbegriff den Hannah Arendts gegenüber, ohne eindeutig zu benennen, auf welchen er sich eigentlich wo bezieht. Ähnliches lässt sich über die Verwendung der Begriffe Imperialismus und Militarismus sagen und ihr Verhältnis zueinander, das nicht eindeutig geklärt wird. Bezüglich der obigen Entwicklungsphasen des Imperialismus fällt auf, dass zunächst allgemein die historische Entwicklung imperialistischer Mächte und ihrer Konkurrenz untereinander dargestellt wird und anschließend vorwiegend auf die US-amerikanische Politik im 20. Jahrhundert Bezug genommen wird, ohne dass ersichtlich wird, ob es sich hier um eine allgemeine ‚Konsequenz des Kapitalismus' oder einen Sonderfall handelt.

Imperialismus und Militärisch-industrieller Komplex

Den definitorischen Unschärfen zum Trotz greifen die Autoren zwei für die Verortung der Rüstungsindustrie zentrale Konzepte auf, die nun näher betrachtet werden: den Imperialismus und den Militärisch-industriellen Komplex (MIK). Der Bezug auf Lenin ermöglicht es, sehr viel genereller die Frage nach dem Verhältnis von Krieg und Kapitalismus aufzuwerfen. Lenins Analyse in der Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (aus der auch die obige Definition stammt) erklärt zum einen die ökonomischen Entwicklungen, die zum Ersten Weltkrieg führten. Darüber hinaus sah er in Krieg und militärischer Gewalt eine inhärente Eigenschaft des Kapitalismus, wenn dieser das monopolkapitalistische Stadium des Imperialismus erreicht hat. Mit der Auflösung der ‚freien kapitalistischen Konkurrenz' auf Kosten monopolistischer Unternehmen und Verbände setzt eine Konkurrenz zwischen Monopolen und den zugehörigen Staaten ein, welche im Kampf um Absatzmärkte und Ressourcen immer wieder in die zwischenstaatliche militärische Eskalation führen kann. So äußert er sich im Vorwort zur deutschen und französischen Ausgabe seines Buches wie folgt: „Und diese Ergebnisse zeigen, daß auf einer solchen wirtschaftlichen Grundlage, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, imperialistische Kriege absolut unvermeidlich sind."[3] Ergänzend hierzu warnt der bei Chomsky und Waterstone wiederholt zitierte David Harvey davor die Interessen und Handlungslogiken von (imperialistischem) Staat und Kapital unmittelbar gleichzusetzen und attestiert beiden eine enge Wechselbeziehung. So argumentiert er am Beispiel des Krieges in Vietnam, dass dieser keinen unmittelbaren ökonomischen Nutzen gebracht habe. Langfristig diente er aber dem Projekt, die Entstehung von Staaten zu unterdrücken, welche sich dem Paradigma des freien Kapitalflusses entziehen und damit der Aufrechterhaltung der (ökonomischen) US-Hegemonie.[4] Folgt man diesen Einschätzungen, dann ist die Existenz der Rüstungsindustrie eine essenzielle Voraussetzung für die Politik imperialistischer Staaten und die im monopolkapitalistischen Stadium des Kapitalismus angelegte Tendenz zur militärischen Konfrontation. Der von Waterstone und Chomsky ebenfalls thematisierte Militärisch-industrielle Komplex wiederum kann als naheliegende Konsequenz einer Politik gesehen werden, die für einen imperialistischen Interventionismus auf einen wachsenden Militär-

apparat und zugehörigen Rüstungssektor angewiesen ist. Die Entstehung dieses Komplexes in den USA folgt auf das massive Aufrüstungsprogramm zur militärischen Stützung der expansionistischen US-Außenpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Aufrechterhaltung militärischer Dominanz gegenüber der Sowjetunion. Der Begriff geht auf eine Rede des US-Präsidenten und ehemaligen Generals Dwight D. Eisenhower zurück, die dieser 1961 kurz vor dem Ende seiner Amtszeit hielt. Darin warnte er vor einem zunehmenden Einfluss von Militär und Rüstungsindustrie auf die politischen Institutionen und vor der Verselbstständigung der entsprechenden Strukturen. Folglich kann die Rüstungsindustrie sowohl als Folge und Bedingung der zwischenstaatlichen imperialistischen Konkurrenz gesehen werden als auch als Teil einer innerstaatlichen Dynamik zunehmenden Einflusses von Militär und Industrie auf die Politik. Im Folgenden wird beispielhaft die Rolle des MIK in Deutschland und der EU diskutiert, ehe unter Bezug auf Chomsky und Waterstone abschließend die Folgen seiner Entwicklung für die Gesellschaft diskutiert werden.

Die Rolle des MIK in Deutschland und der EU

Die Antwort auf die Frage, ob bzw. in welcher Form ein solches autonomes Machtzentrum mittlerweile auch in der Bundesrepublik zu beobachten ist, hängt laut Dorothea Schmidt davon ab, welchen Aspekt eines solchen Komplexes man in den Blick nimmt.[5] Sie definiert Beschaffungswesen, Rüstungsexporte und den Einfluss der Geheimdienste als mögliche wissenschaftliche Untersuchungsfelder. So verortet sie im Beschaffungswesen der Bundeswehr ein variierendes Gewicht des Einflusses der Rüstungsindustrie, in Abhängigkeit von der Anzahl der um Aufträge konkurrierenden Unternehmen. Angesichts wiederholter Lieferschwierigkeiten und defektem Gerät bei militärischen Großaufträgen sei deren praktischer Nutzen für die Bundeswehr zwar fraglich, die Bezahlung der jedes Mal explodierenden Kosten durch den Bund aber zweifellos im Sinne der Rüstungsindustrie. Die Ausfuhr von Rüstungsgütern und die laxe Kontrolle selbiger (trotz stets anders lautender Selbsteinschätzungen der wechselnden Bundesregierungen) sprechen laut Schmidt

für eine enge Verzahnung zwischen Rüstungsindustrie und Politik. Diese wird noch verstärkt durch geheime Waffenexporte, welche durch den Bundesnachrichtendienst – einem weiteren Akteur im MIK – organisiert wurden, u.a. auch unter Umgehung von durch die Nato verhängten Embargos. Das Ausmaß dieser Aktivitäten lässt sich allerdings schwer einschätzen, da sie nur punktuell durch journalistische Recherchen offengelegt werden konnten.

Hinsichtlich des Beschaffungswesens seien hier noch zwei Aspekte ergänzt. Neben der Nachfrage-Seite also der Frage an welches Land Waffenlieferungen genehmigt werden, sind diese auch grundsätzlich notwendig, zur Aufrechterhaltung einer „starken rüstungsindustriellen Basis“[6] als Grundlage der eigenen Machtpolitik, da sich die Rüstungsindustrie nicht allein aus nationalen Aufträgen finanzieren könnte. Was die wiederholten Probleme militärischer Beschaffungs-Großprojekte betrifft, so mögen diese aus militärischer Sicht problematisch sein, befördern aber zugleich auf diskursiver Ebene die Erzählung der kaputtgesparten und ungenügend ausgerüsteten Bundeswehr, welche nun seit Jahren die deutsche Aufrüstung begleitet und mal als Sorge, mal als Running Gag quer durch alle politischen Lager reproduziert wird.

Auf europäischer Ebene wird die Konsolidierung im Rüstungssektor politisch vorangetrieben, um den Markt auf wenige international konkurrenzfähige Großkonzerne zu reduzieren. Dieses Vorgehen soll u.a. Kosten sparen und gemeinsame Beschaffungsprojekte erleichtern.[7] Die hierüber geschaffene monopolistische Struktur dürfte den bereits immensen Lobby-Einfluss der Rüstungsindustrie auf europäischer Ebene zusätzlich verstärken, wenn immer weniger alternative Anbieter für die Bedürfnisse eines zunehmend europäisierten Militärapparates zur Verfügung stehen. Verschiedene Studien verweisen auf den steigenden Einfluss der Rüstungsindustrie in Brüssel, welcher sich nicht bloß auf die Auftragsvergabe, sondern auch die Ausgestaltung der Sicherheitspolitik auswirkt und die Ausweitung selbiger auf immer neue Einsatzfelder. Besonders eindrücklich lässt sich diese Entwicklung gegenwärtig im fortschreitenden Ausbau des militarisierten EU-Grenzregimes beobachten.

Rüstung statt Soziales

Die weltweite Zunahme der Rüstungsbudgets wirkt sich u.a. negativ auf die staatlichen Sozialausgaben aus. Das gilt nicht nur für die USA, wo diese bereits extrem gering sind, sondern lässt sich auch gegenwärtig in Deutschland beobachten, wo das massive Aufrüstungspaket für die Bundeswehr finanziert wird, während nötige Sozial- und Infrastrukturausgaben auf der Strecke bleiben (was durch das Festhalten an der Schuldenbremse noch verstärkt wird). Eine Folge dieser Entwicklung, die Waterstone und Chomsky skizzieren ist der Rückgang der Legitimität des Staates auf Basis der ökonomischen Absicherung seiner Subjekte.[8] Mit der parallelen Stärkung des Militärisch-industriellen Komplexes verschiebt sich auch die Legitimationsgrundlage des Staates. Dieser legitimiert sich zunehmend über die Gefahrenabwehr, also den militärischen Schutz der Bevölkerung, was durch den Trend verstärkt wird, immer mehr gesellschaftliche Probleme als militärisch relevant zu definieren – mitsamt der entsprechenden „Lösungsmöglichkeiten“. Die hierfür notwendigen Bedrohungen bieten laut Waterstone und Chomsky wechselnde Feindbilder wie ehemals Kommunisten, seit 2001 Terroristen und verschiedene marginalisierte Bevölkerungsgruppen. Ergänzen lässt sich die anhaltende Konstruktion Russlands und Chinas als Feindbild, welche bereits lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine einsetzte. Gleichzeitig bietet diese Logik die argumentative Grundlage, um weitere Aufrüstung und die fortschreitende Finanzierung von Rüstungsprojekten gegen immer neue Bedrohungen zu rechtfertigen.

Anmerkungen

1 Milanovic, Branko (2021) Kapitalismus global. Über die Zukunft des Systems, das die Welt beherrscht. Bpb: Bonn. S. 14.

2 Chomsky, Noam; Watersone, Marv (2022) Konsequenzen des Kapitalismus. Der lange Weg von der Unzufriedenheit zum Widerstand. Westend: Frankfurt am Main. S. 134.

3 Lenin, Wladimir Iljitsch (2016) Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Kritische Neuausgabe mit Essays von Dietmar Dath und Christoph Türcke. Verlag 8. Mai: Berlin. S. 46.

4 Harvey, David (2003) The new imperialism. Oxford University Press: Oxford. S. 29-30.

5 Schmidt, Dorothea (2020) Gibt es in Deutschland einen militärisch-industriellen Komplex? In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften 50/4. S. 617-641.

6 Wagner, Jürgen (2019) Europäischer Türöffner. Die Neuauflage der Rüstungsexportrichtlinien. IMI-Analyse 2019/021.

7 Haydt, Claudia; Wagner, Jürgen (2018) Die Militarisierung der EU. Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht. Edition berolina: Berlin. S. 190ff.

8 Chomsky/Waterstone (2022) S. 98-99, 154f.

Business as Usual

Korruption als ständiger Begleiter von Rüstungsdeals

von Pablo Flock

Die führende Antikorruptions-NGO Transparency International (TI) veröffentlichte kürzlich einen Bericht zu Disruption, demokratischer Kontrolle und Korruptionsrisiko in Verteidigungsinstitutionen weltweit,[1] demnach Deutschland und andere westliche liberale Demokratien – zu denen insgesamt acht der zehn größten Waffenlieferanten zählen – zu den Ländern mit den am wenigsten korruptionsanfälligen Institutionen gehören. Untersucht wurden in der Studie verschiedene Bereiche, die TI mit Transparenz des Verteidigungshaushalts, parlamentarische Aufsicht, Spielraum zivilgesellschaftlicher Organisationen, Verteidigungspolitik, Verteidigungsfinanzen sowie Führung und Personalmanagement, Militäroperationen und Beschaffung betitelt. Deutschland befindet sich in fast allen diesen Bereichen in den Top 10 und erzielte Einstufungen zwischen niedrigem und moderatem Korruptionsrisiko – außer bei Militäroperationen, wo es mit nur 33 Punkten die Bewertung eines hohen Korruptionsrisikos bekam und damit auf Platz 15 steht.

Saubermänner im dreckigen Geschäft

Da sich diese Bereiche auf die innenpolitische Dimension, die institutionelle Möglichkeit zur Kontrolle und die tatsächliche demokratische Kontrolle über Militär, Verteidigungsausgaben, etc. beziehen, ist es nicht verwunderlich, dass in „fortgeschrittenen“ liberalen Demokratien Mechanismen zu deren Aufsicht geschaffen wurden und diese folglich mehr oder weniger gut abschneiden. Dass ausgerechnet die größten Waffenhändler der Welt (oder zumindest drei Viertel derer) besonders gut in dem Ranking abschneiden, scheint auch TI aufgefallen zu sein. Immerhin findet sich auf der ersten Seite der Ergebnisse die hervorgehobene Aussage, dass die größten Exporteure in Länder mit hohem Korruptionsrisiko liefern. Denn 55% der Top-Waffenimporteure bekamen diese Bewertung. Zwei der drei größten Waffenkäufer der Welt, Saudi Arabien und Ägypten, gehören dazu. Ägypten gehört auch mit zu den größten Kunden deutscher Rüstungsexporte.[2] Somit konstatiert TI der Sparte Exporte folgende gravierende Abweichung von der generellen Bewertung: „Keiner der 25 größten Waffenexporteure hat eine solide parlamentarische Kontrolle der Exporte, nur drei Länder haben mehr als nur eine begrenzte Debatte, aber immer noch ein erhebliches Risiko der unzulässigen Einflussnahme: Südkorea, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten.“

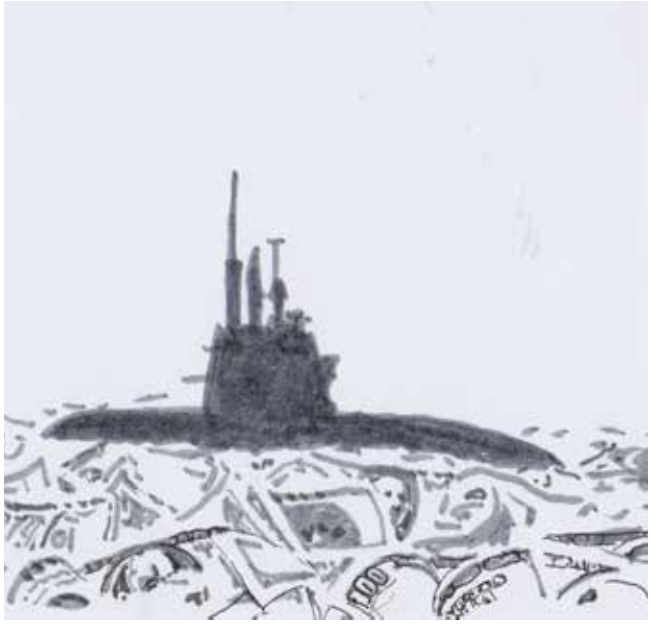
Zählt die Skandale

Einen anderen Weg, die Korruption im Rüstungsgeschäft aufzuzeigen, geht die Webseite CorruptionTracker.org, die insgesamt 46 Fälle von Korruption in großen Rüstungsdeals zählt. Interessanterweise sind Unternehmen der im Bericht von TI besser abschneidenden, westlichen Waffenexporteure darin weit häufiger vertreten als die beiden schlechter bewerteten nicht-westlichen Exporteure Russland und China. Während Russland vier Korruptionsskandale und China nur einen gelistet haben, waren Rüstungsunternehmen aus den USA an acht, aus Frankreich und dem Vereinigten Königreich an je zehn sowie Unternehmen aus Deutschland an neun Rüstungsdeals mit anhängigen Verfahren wegen Korruption beteiligt.[3] Während einige der besagten Rüstungsdeals in den späten 1980er Jahren stattfanden, finden sich besonders viele Skandale in den 90er und 2000er Jahren – wobei besonders für die zweite Dekade des laufenden Millenniums die Skandale möglicherweise erst noch aufgedeckt werden müssen. Zudem sind einige der bekannten Skandale nicht auf nur zwei Länder, ja nicht einmal auf gewisse Blöcke (z.B. Osten vs. Westen) reduzierbar. So sind in unterschiedlichen Fällen, wie dem Angolagate oder dem indischen Ordnance Factory Board Scam, neben russischen auch israelische und französische Firmen beteiligt – und bei letzterem übrigens auch eine schweizerische Tochter des deutschen Unternehmens Rheinmetall.

Hunderte Millionen Schmiergeld aus Deutschland

Doch deutsche Unternehmen wissen sich auch Einzeldeals durch Schmiergeldzahlungen zu sichern. Von den neun Fällen auf der Plattform, in denen deutsche Waffenverkäufer in Korruptionsaffären verstrickt waren, sind in nur zwei auch weitere ausländische Firmen genannt. In der Leclerc-VAE Affäre sicherte ein deutsch-französisches Konsortium sich in den 90er Jahren einen Deal über 388 Kampfpanzer und 46 gepanzerte Fahrzeuge für die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Das insgesamt 3,6 Milliarden Dollar schwere Geschäft beinhaltete 197-237 Millionen Dollar an Schmiergeldern, die größtenteils von der französischen Firma GIAT (heute NEXTER, bzw. KNDS) aber zu Teilen auch von der deutschen RENK AG an deutsche und französische Entscheidungsträger flossen. Da deutsche Motoren der Firma MTU Friedrichshafen GmbH in den Panzern verbaut sind, war eine deutsche Ausfuhrgenehmigung notwendig, die der Bundessicherheitsrat unter Helmut Kohl im Jahr 1992 genehmigte. Die Panzer wurden später nachweislich auch in Offensiven im Jemenkrieg eingesetzt.

Ein weiterer prominenter Fall, ist der des südafrikanischen Ex-Präsidenten Jacob Zuma[4], der diesen bis heute verfolgt und im Oktober 2022 vor Gericht in die nächste Runde geht.[5] Dieser und andere Politiker sollen über einen Mittelsmann rund 300 Millionen Dollar an Bestechungsgeldern erhalten haben, mit denen sich der britische Rüstungskonzern BAE Systems und der französische Waffenkonzern Thales (damals Thomson-CSF) die Zuschläge für Jets und Helikopter und respektive Korvetten (Kampfschiffe) und U-Boote für insgesamt über 5 Milliarden Dollar sicherten. An den Produkten für die Marine waren auch deutsche Unternehmen (ThyssenKrupp und Ferrostaal) beteiligt.



Gerade die besonders großen Deals um kostenintensive Kriegsschiffe und U-Boote scheinen deutsche Unternehmen besonders oft mit Bestechungsgeldern auf den Weg zu bringen. So finden sich auf Corruption-Tracker.org U-Boot Verkäufe nach Portugal, Südkorea, Israel und Griechenland, die mit mindestens zweistelligen Millionenbeträgen und oft mit über hundert Millionen Dollar an Bestechungsgeldern von deutschen Konzernen auf den Weg gebracht wurden. In den meisten Fällen kamen diese von Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) bzw. ThyssenKrupp (worin HDW seit 2005 integriert ist) und Ferrostaal (ehemals MAN).

Kavaliersdelikt Bestechung

Bei der Betrachtung dieser Fälle fällt auf und schokkiert, dass die Verantwortlichen, aufgrund von Zahlungen über Offshore-Steuerparadiese und Agenten, oft nicht verurteilt werden und sie, sollten sie doch verurteilt werden, nominal hohe Haftstrafen in Bewährungsstrafen umgewandelt bekommen. Der Prozess um die U-Boot-Lieferung nach Israel, in den auch der ehemalige Ministerpräsident Netanjahu involviert ist, läuft noch. Doch die Ergebnisse anderer Prozesse wecken auch hier wenig Hoffnung. Die Ermittlungen wegen des Verkaufs von U-Booten nach Portugal endeten an einem Bankkonto auf den Virgin Islands und die Verfahren in Deutschland wegen Fällen in Südkorea, Griechenland und Südafrika endeten alle mit Strafzahlungen für die Firmen, die oft nur Bruchteile der Bestechungsgelder betrugen, und Bewährungsstrafen für die Verantwortlichen in deutschen Firmen. Die Agenten in den Ländern wurden zwar zum Teil zu Strafen bis zu 20 Jahren verurteilt – auch diese wurden jedoch meist auf Bewährung ausgesetzt. Eine erfrischende Abwechslung hierzu ist der Fall um Korruptionsgelder, die der Betrieb Thyssen-Henschel, der mittlerweile zu Rheinmetall gehört, an Politiker und Kreisverbände der CDU spendete. In der Affäre, in der auch der ehemalige Kanzler Helmut Kohl von seinem Ehrenvorsitz der CDU und Wolfgang Schäuble von dem Vorsitz derselben Partei zurücktreten mussten, wurden zumindest der Vize-Verteidigungsminister Ludwig Holger Pfahls (CSU) und der Lobbyist Karlheinz Schreiber zu tatsächlichen Haftstrafen verurteilt – die jedoch nach der Hälfte wieder auf Bewährung ausgesetzt wurden.Auch wenn dieser Fall den Anschein erweckt, dass das deutsche Rechtssystem in Sachen Korruption nicht ganz unfähig sei, sind die Strafen im Verhältnis zu den Beträgen doch auch hier meist sehr gering. Noch schockierender sind die immensen volkswirtschaftlichen Schäden die durch Rüstungs-Korruption verursacht werden. Im Falle Griechenlands waren überdimensionierte Rüstungsprogramme mitverantwortlich für die drohende Staatspleite, die ein Austeri-

tätsprogramm des Internationalen Währungsfonds und der Troika, und damit Rentenkürzungen, Massenentlassungen und die Privatisierung immenser öffentlicher Güter zur Folge hatte. In der ZEIT war später zu lesen: „Griechenland hatte zu dieser Zeit gemessen an seiner Wirtschaftsleistung die höchsten Rüstungsausgaben in der Europäischen Union. Dies war einer der Gründe für die enorme Verschuldung des Landes.“[6] Und auch das Wall Street Journal betitelte einen Bericht über oben genannten Skandal mit: „Der U-Boot-Deal, der half Griechenland zu versenken.“[7]

Ordnungswidrigkeit: Beihilfe zum Massenmord

Neue Stufen der Fassungslosigkeit kann man erklimmen, wenn man sich die Tödlichkeit der Produkte zu Gewissen führt, die im obigem Fall der Panzer für die VAE (die im Jemen eingesetzt werden) aber besonders auch im folgenden Fall von Heckler & Koch ins Auge springen: Der schwäbische Handfeuerwaffenhersteller erschlich sich durch ungenaue Angaben in der Endverbleibserklärung die Ausfuhr von fast 5000 G-36 Sturmgewehren nach Mexiko, die dort jedoch in die Problemprovinzen Jalisco, Chiapas, Guerrero und Chihuahua gelangten. In diese dürfen, wegen den dort vorherrschenden Menschenrechtsverletzungen gerade auch von Seiten staatlicher Organe, keine deutschen Waffen exportiert werden. Indem in der Endverbleibserklärung nur Mexiko angegeben wurde, wurde diese Regel jedoch umgangen. In einem Prozess durch verschiedene Instanzen[8] urteilte zuerst das Stuttgarter Landgericht, dass diese Erschleichung nach dem derzeitigen Kriegswaffenkontrollgesetz nur eine Ordnungswidrigkeit darstellt, woraufhin nur der aus dem illegalen Geschäft eingenommene Umsatz von 3,7 Millionen Euro, jedoch keine weitere Strafe gezahlt werden musste. Zwei Mitarbeiter*innen in Deutschland bekamen Bewährungs- und Geldstrafen, der verantwortliche Vertriebsmitarbeiter in Mexiko blieb unbestraft. Dies wurde im letzten Jahr vom Bundesgerichtshof bestätigt. Der Richter Jürgen Schäfer meinte dazu „Eine erschlichene Genehmigung ist verwaltungsrechtlich zwar rechtswidrig, aber nicht nichtig.“ Und weiter: „Dies bedeutet die Ausfuhr unter Verwendung einer erschlichenen Genehmigung stellt eine Ausfuhr mit einer Genehmigung dar.“ Dass auch hier Spenden an zwei Abgeordnete der FDP und den CDU-Kreisverband von Volker Kauder nachgeholfen haben könnten, schien trotz Briefen, die kurz nach der Spende um Genehmigung baten, strafrechtlich nicht nachweisbar.[9]

Besonders dramatisch ist, dass mittlerweile nachgewiesen werden konnte, dass G-36 Gewehre bei den Polizeieinsätzen bzw. -überfällen gegen zu Protesten reisende Lehramtsstudierende der Hochschule von Ayotzinapa eingesetzt wurden, bei denen rund 50 Studierende getötet und 40 weitere verletzt wurden.[10]

Wenig Wille zur Änderung

In der Urteilsverkündung hatte Richter Schäfer den Gesetzgeber in die Verantwortung genommen, ein ordentliches Kriegswaffenausfuhrgesetz auf den Weg zu bringen. Die grüne Partei, im Moment die lautesten was Waffenlieferungen ins Kriegsland Ukraine betrifft, hatte ein solches im Wahlkampf in Aussicht gestellt. Vertreter der Rüstungsindustrie, aber auch die IG Metall, bekräftigten jedoch in der Anhörung zur Neufassung des Rüstungsexportkontrollgesetzes (REKG), die aktuell unter Führung des Wirtschaftsministeriums auf dem Wege ist, wiederholt ihren Wunsch nach einer Aufweichung oder gar einer Aussetzung des Gesetzesvorhabens. Das REKG sei „überflüssig und kontraproduktiv“, so der Vertreter des Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.[11] Es wird sich besonders gegen das Verbandsklagerecht ausgesprochen, mit dem Vertreter der Zivilgesellschaft gegen Exportgenehmigungen vorgehen könnten.

Im Defence Companies Index on Anti-Corruption and Corporate Transparency 2020[12] untersucht die Verteidigungssparte von Transparency International die Antikorruptionsbemühungen der weltweit größten Rüstungsunternehmen. Einige deutsche Unternehmen bekamen hier schlechte Gesamtbewertungen, darunter die Diehl Stiftung & Co. KG und Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. (KMW), denen „begrenzte“ (*limited*) bzw. „sehr niedrige“ (*low*) Bemühungen attestiert wurden. Andererseits wurde beispielsweise der Rheinmetall AG, die mit drei Skandalen auf dem Corruption-Tracker weit präsenter ist als KMW, immerhin „moderate“ (*moderate*) Bemühungen attestiert. Wer in einigen Bereichen hohe Bewertungen erzielt, scheint auch hier kritische Bereiche übertünchen zu können.

Besonders kritische Bereiche, in denen mehr als 55% der Firmen nicht mehr als niedrige bis sehr niedrige Anstrengungen gegen Korruption vorweisen konnten, sind laut TI: Interessenkonflikte, die Kundeninteraktion, die Organisation der Lieferketten, sogenannte Kompensationsgeschäfte und die Handhabung von Agenten, Zwischenhändlern und Joint Ventures. Genau dies sind jedoch die Bereiche, besonders undurchsichtige Kundeninteraktion sowie die Handhabung von Agenten etc., in denen Schmiergeldzahlungen typischerweise stattfinden. Kompensationsgeschäfte sind eine Art Ausgleichshandel, worin sich die exportierende Firma zu Investitionen, z.B. dem Aufbau von Werken im Käuferland, verpflichtet. Auch diese Hintertür lädt zu Nebenabsprachen und finanziellen Vorteilen ein.

Drehtüren – Kollegen als Kunden

Ein Beispiel für die in liberalen Demokratien meist noch legalen Interessenkonflikte sind die sogenannten Drehtüren zwischen Wirtschaft und Politik, wobei Vertreter aus Politik und Verwaltung offizielle und gutdotierte Stellen in der Wirtschaft bekommen – entweder als Belohnung für erwiesene Gefallen oder auch nur wegen ihrer guten Kontakte innerhalb der Politik und Behörden.

Der ehemalige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel (FDP), der sein eigenes Ministerium im Wahlkampf noch abschaffen wollte, arbeitet beispielsweise heute als Berater für Rheinmetall. Und selbiges läuft auch auf niedrigerer Ebene: Heckler & Koch hatte während seiner Skandalexporte und dem anhängigen Prozess den Rottweiler Landgerichtspräsident Peter Beyerle als PR-Chef engagiert.[13] Er gehörte zu den Angeklagten.

Mitunter landen aber auch Manager auf wichtigen Politikerposten: So wurde Thierry Breton, bis 2019 CEO des führenden französischen IT-Dienstleisters Atos, der auch in der Rüstungsbranche tätig ist, im Jahr 2019 EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen mit der erweiterten Zuständigkeit für Verteidigung und Raumfahrt – einem Bereich in dem sein alter Arbeitgeber wiederholt Zuschläge bekam.[14]

Wer sich nun ob so viel krimineller Energie und staatlichem Laissez-faire entrüstet die Augen reibt, dem sei versichert, dass dieser Artikel mit seinem Fokus auf offizielle Quellen nur die Spitze des Eisberges darstellt. Zwielichtige Fälle wie Waffentransfers der privaten Sicherheitsfirma Blackwater in den *failed state* Libyen[15], Schiffsladungen voller Waffen unklarer Herkunft am Horn von Afrika,[16] oder auch Herkunft und Ziel der Waffen in dem Flieger, der im Juli 2022 in Griechenland abstürzte, werden gar nicht angefasst. Doch da wir einfachen Bürger, wenn überhaupt, nur Einfluss auf unsere Regierungen und deren Gesetzgebung haben, sollten uns diese auch viel mehr interessieren als entfernte, kriminelle Netzwerke. Das deutsche und europäische Regelwerk muss dafür sorgen – und auch so umgesetzt werden, dass deutsche und europäische Unternehmen nicht durch Bestechung die Steuergelder anderer Länder plündern und korrupte, die Menschenrechte missachtende Regime nicht an Waffen kommen. Leider ist mit jüngsten Gesetzesinitiativen, wie dem Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz ein gänzlich anderer Weg eingeschlagen worden – das Gesetz erhöhe auch bei uns, so kritisiert Transparency International, „das Korruptionsrisiko bei den ohnehin korruptionsanfälligen Militärbeschaffungen“, denn es unterbinde „mögliche und gebotene gerichtliche Kontrollen“.[17]

Anmerkungen

1 Transparency International: GDI 2020 Global Report: Disruption, Democratic Governance, and Corruption Risk in Defense Institutions. Download: ti-defence.org 12/2021.

2 Auch Saudi Arabien gehörte lange Zeit zu den Hauptimporteuren deutscher Waffen, bis 2019 wegen Kriegsverbrechen in Saudi Arabien ein Moratorium verhängt wurde. Ägypten, Deutschlands Hauptabnehmer im letzten Jahr, ist jedoch ebenso wie auch die VAE und Katar (auch führende Abnehmer deutscher Rüstungsgüter) am Krieg im Jemen beteiligt.

3 corruption-tracker.org – die Ergebnisse sind nachvollziehbar, indem das jeweilige Land in der Auswahl „Seller Country“ gesucht wird.

4 Pablo Flock: Korrupt und kriminell, Südafrika und Griechenland: EU-Konzerne kaufen Politiker. imi-online.de, 10.9.2021.

5 Thapelo Lekabe: Zuma, Thales corruption trial postponed to October, citizen.co.za 1.8.2022.

6 Rheinmetall gesteht Schmiergeldzahlungen ein. zeit.de 10.12.2014

7 Christopher Rhoads: The Submarine Deal That Helped Sink Greece. wsj.com 10.7.2010; ohne Paywall auf turkishnews.com einsehbar.

8 Pablo Flock: Deutsche Rüstungsexporte: Es bleibt bei Endverbleibsverklärungen. heise.de 5.9.2021

9 Report Mainz: Bestechungsaffäre bei Heckler und Koch? swr.de 22.5.2018.

10 Andreas Dieterich: Das Urteil im Fall Heckler & Koch und die Folgen. brot-fuer-die-welt.de 9.4.2019.

11 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Protokoll Gesetzesvorhaben Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) Zweites virtuelles Fachgespräch. Download: bmwk.de 6.4.2022 (Das Fachgespräch mit der Zivilgesellschaft und die Anhänge mit den Namen der Vertreter in beiden können hier eingesehen werden: bmwk.de).

12 Charlie Linney et.al., Transparency International: Defence Companies Index on Anti-Corruption and Corporate Transparency 2020. Download: ti-defence.org11/2021.

13 Andreas Müller: Oberrichter als seriöses Aushängeschild. stuttgarter-zeitung.de 17.12.2011.

14 Thierry Breton, The Corporate Commissioner? corporateeurope.org 10.11.2019 Auch interessant: EU Defence Agency under pressure to change rules after Airbus revolving doors scandal. corporateeurope.org 26.5.2021.

15 Brett Wilkins: Report of illegal $80 million arms transfer by Erik Prince to Libyan warlord raises question of who's backing former Blackwater CEO. meteor.news 20.2.2021.

16 Klaus Wolschner: Waffen für den Südsudan. taz.de 25.6.2010.

17 Tobias Schulze: Mehr Tempo bei Waffeneinkäufen. taz.de 6.7.2022.

Funktionen der EU-Waffenexporte

Tödliche Profite für wenige Profiteure

von Jacqueline Andres

Die weltweiten Militärausgaben überschritten im Jahr 2021 erstmals zwei Billionen US-Dollar und wuchsen damit laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) das siebte Jahr in Folge. Auch im Jahr 2022 nehmen die Rüstungsausgaben weiter zu. Noch nie gaben die Staaten weltweit so viel für Militär und Rüstung aus – und das trotz COVID-19-Pandemie. Zu den großen Exporteuren zählen die EU-Mitgliedstaaten; EUropa will globale Militärmacht sein.

Summiert machen Waffenexporte aus der EU in den Jahren 2016-2020 ganze 26 Prozent der weltweiten Gesamtmenge aus. Miteingerechnet sind hierbei noch die Exporte aus dem Vereinigten Königreich. Doch selbst ohne UK wären es weiterhin 22,7 %. Damit rangiert die EU auf Platz zwei der weltweiten Waffenexporteure, getoppt allein durch die USA (37 %) und gefolgt von der Russischen Föderation (20 %), China (5,2 %) und Israel (3 %). Der Großteil der aus der EU exportierten Waffen kommt aus Frankreich (8,2% der weltweiten Gesamtmenge), dicht gefolgt von Deutschland (5,5 %), Spanien (3,2 %) und Italien (2,2 %).[1] Im Allgemeinen steigen die Waffenexporte aus der EU und in die EU. Die EU schwingt sich auf zu einer globalen Militärmacht. Nicht Stabilität und Frieden, sondern geopolitische Interessensicherung ist ihr Motiv.

Ein „sicherheitspolitisches Instrument“?

Der Verteidigungsexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik Christian Mölling behauptet: „Waffenlieferungen schaffen unweigerlich eine dauerhafte sicherheitspolitische Beziehung mit den Empfängern: Sie verändern die innerstaatlichen Machtverhältnisse beim Empfänger und die regionale Balance. Insofern ist auch Deutschland verantwortlich für Wandel und Stabilität in der Welt.“[2] Waffenlieferungen können also als „sicherheitspolitische Instrumente“ das Machtgefüge in den Empfängerländern wandeln – in den Exportstaaten übrigens auch. Doch das dadurch innerstaatliche und regionale Stabilität erreicht werden kann, lässt sich wissenschaftlich nicht belegen – ganz im Gegenteil. Dies legt Simone Wisotzki in der von Urgewald in Auftrag gegebenen Studie „Rüstungsexporte als Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik? Argumente auf dem Prüfstand“ dar. Wisotzki vergleicht hierfür Rüstungsexporte in Staaten und Regionen mit dem Konfliktgeschehen und der Häufigkeit des Auftretens. Dabei stellt sie fest: „Zu den größten Rüstungsimporteuren im Zeitraum 2016–2020 zählen unter anderem Ägypten und Saudi-Arabien, aber auch in der Region Ostasien China, Indien, Pakistan und Südkorea. […]. Die Aufrüstung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ausmaß des Konfliktgeschehens in beiden Regionen und verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Konfliktgeschehen und Rüstungswettläufen“.[3] Ebenso entkräftet Wisotzki die gängige sicherheitspolitische Logik des Stabilitätsgewinns durch Unterstützung der Selbstverteidigung. Weder sogenannte Defensivwaffen noch die Stabilisierung und Ertüchtigung von Drittstaaten durch Ausstattungshilfen oder Exporte für die Bündnisfähigkeit der NATO und Europas bringen Sicherheit, Stabilität und Frieden.

Wisotzki führt hier u.a. die als vermeintliche Defensivwaffen deklarierten Patrouillenboote an, die Deutschland an Saudi-Arabien lieferte. Diese wurden nicht zur „Selbstverteidigung“ eingesetzt, sondern zur Aufrechterhaltung der tödlichen Seeblockade im Jemenkrieg, womit das saudische Militär auch humanitäre Hilfslieferungen an die unter Hungersnot leidende Bevölkerung blockierte. Die sogenannte „Ertüchtigung“ von Drittstaaten bringt bislang ebenso wenig die versprochene Stabilität. Die „Ausstattungshilfe“ wechselt immer wieder die Hände. Sowohl Waffen, die die Bundesregierung an die Peschmerga in Nordirak als auch an die afghanische Polizei lieferte, landeten auf dem Schwarzmarkt, wie Wisotzki zeigt.

Auch Bündnisfähigkeit ist ein poröses Argument. Zum einen bestehen im NATO-Bündnis unterschiedli-

che Konflikte z.B. hinsichtlich Griechenlands und der Türkei. Zum anderen beeinflussen Bündnisabkommen die eigene staatliche Handhabung von Waffenexporten. So zeigt das Beispiel Saudi-Arabien, wie Sammelausfuhrgenehmigungen und Reexportgenehmigungen den von der damaligen Bundesregierung beschlossenen Rüstungsexportstopp umgehen konnten. Frankreich und Deutschland schlossen 2019 ein neues Abkommen ab, das die Rüstungskooperation regelt. Elementar verankert ist darin, dass sich die BRD als „Kompetenzzulieferer“ bei einem Warenanteil von bis zu 20 Prozent des Produktes nicht gegen einen geplanten Export des Produktes durch Frankreichs stellen kann.[5] Unerheblich scheint dabei zu sein, dass sowohl der Gemeinsame Standpunkt zur Rüstungsexportkontrolle auf EU-Ebene als auch der internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) Waffenlieferungen an Kriegsparteien verbietet, was, so Wotzki, für alle Mitgliedsstaaten gilt.

Waffenexporte – Triebfeder der Wirtschaft?

Als zuverlässig kontrolliert einsetzbares sicherheitspolitisches Instrument taugen Waffenexporte folglich nicht. Obwohl Deutschland unter den Top Fünf der Waffenexporteure rangiert, leistet die Rüstungsindustrie bislang einen relativ geringen Beitrag zur Gesamtwirtschaftsleistung. Im Jahr 2021 exportierte die BRD Waren im Wert von 1.376 Milliarden €, davon 9 Milliarden € an Rüstungsgütern. Demnach machten die Rüstungsexporte nur etwa 0,65 % aller Exporte aus der BRD aus. Viele Arbeitsplätze bietet die Industrie nicht: Laut dem Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft beschäftigte die Rüstungsindustrie im Jahr 2020 rund 55.500 Personen.[7] Im Vergleich dazu arbeiten rund 81.000 Menschen am Flughafen Frankfurt. Doch die Zeichen deuten auf eine Ausweitung der Rolle von Waffenexporten hin.

In Frankreich hingegen nehmen die Waffenexporte laut dem Wirtschaftsexperten Claude Serfati eine andere Rolle für die Wirtschaftsleistung des Staates ein: „Frankreich ‚kompensiert‘ seinen [zivilen] wirtschaftlichen Niedergang durch einen Anstieg seiner beträchtlichen internen Militärausgaben seit Anfang der 2010er Jahre, aber auch durch eine Vervielfachung der militärischen Aktivitäten, die das Material kampferprobt machen, und schließlich durch die Vervielfachung von Zugeständnissen an diktatorische Länder, um weiterhin Waffen verkaufen zu können.“[8] Frankreich setzt offener und unbeschränkter auf die Rüstungsindustrie.

Währenddessen deutet sich auf EU-Ebene an, dass die Rüstungs- und Sicherheitsindustrie wachsen soll. Dafür sind Exporte nötig, denn Forschung und Entwicklung verschlingen große Summen staatlicher Gelder. Dies betonte der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell im Jahr 2020 in einer Plenarsitzung des Europäischen Parlaments. Borell stellt fest: „Um eine florierende Verteidigungsindustrie zu gewährleisten, sind Exporte unerlässlich.“[9]

Es geht um strategische Autonomie...

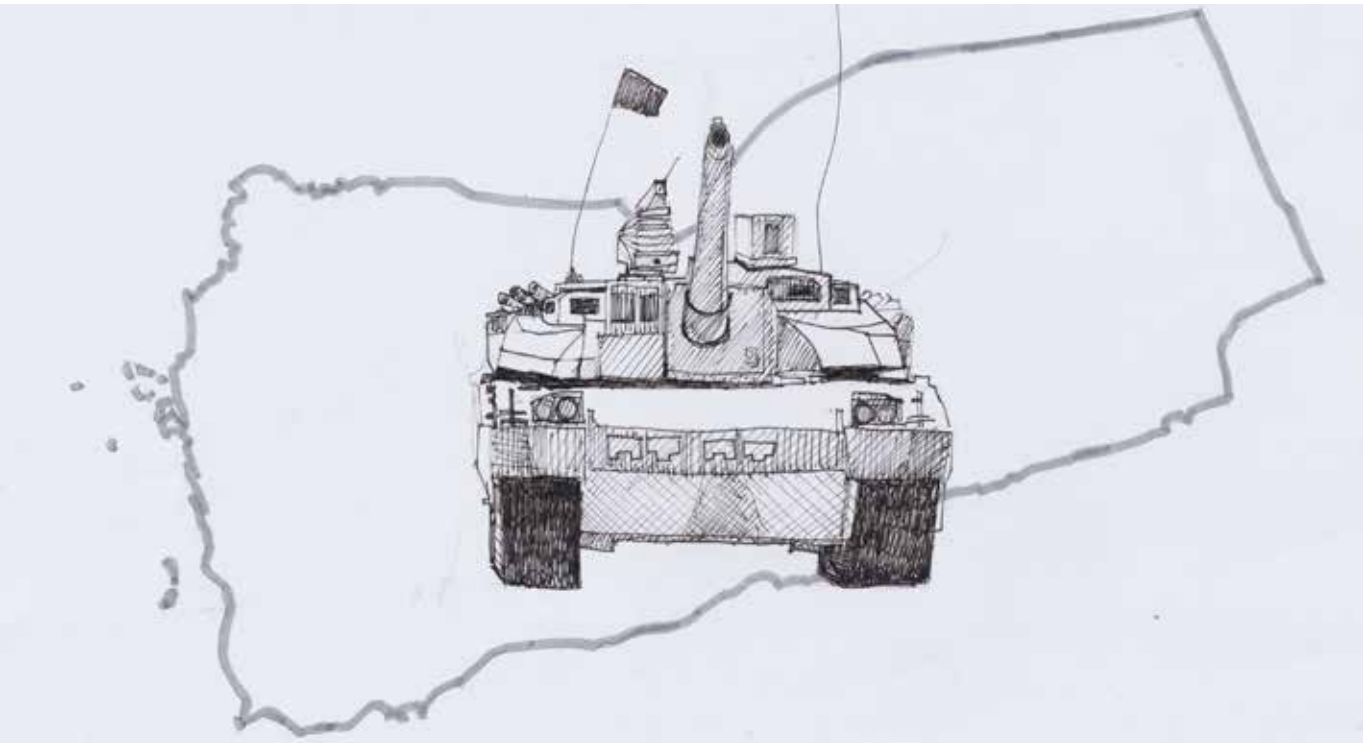
In seiner Plenarrede führt Borrell aus, wozu eine florierende Verteidigungsindustrie für die EU als „globaler Sicherheitsanbieter“ beitragen soll. So sei die Aufrechterhaltung einer dynamischen und innovativen Verteidigungsindustrie in der Europäischen Union eine Schlüsselkomponente der strategischen Autonomie der EU und der europäischen Verteidigung: „Sie dient dazu, unsere Fähigkeiten zu sichern und die Abhängigkeit zu verringern, während die Verteidigungsindustrie auch eine wichtige Quelle für technologische Innovationen ist.“

Der Rüstungs- und Sicherheitsmarkt, der angesichts der Versicherheitlichung von Migration und Klimawandel weiteres Wachstum verspricht, stellt das Kronjuwel des EUropäischen Binnenmarktes dar, der nun auf globaler Ebene wettbewerbsfähig sein soll. Die Unabhängigkeit der eigenen Rüstungsindustrie verschafft den Mitgliedsstaaten militärische Vorteile und damit auch militärische Macht. Die EU und ihre Mitgliedstaaten verlagern die hohen Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskosten u.a. auf die Empfängerregionen ihrer Waffenexporte, in denen oftmals Konflikte schwelen oder Kriege wüten. Die Waffenlieferungen befeuern diese, was noch mehr Menschenleben fordert. Der Export von Rüstungsgütern senkt die Produktionskosten, so Mark Akkerman, Forscher von Stop Wapenhandel: „Exporte erhöhen die Produktionsmengen, was die Rüstungsindustrie wettbewerbsfähiger macht“.[10] Zudem erweisen sich exportierte Produkte dann gegebenenfalls schneller als „kampferprobt“ und gewinnen somit an Attraktivität für zukünftige Kund*innen. Ein explizites Beispiel stellt die Äußerung von Stéphane Mayer, dem Vorstandsvorsitzenden des französischen Rüstungsunternehmens Nexter Systems in einer Anhörung der französischen Nationalversammlung dar: „Ich kann bestätigen, dass die Leistung der Leclerc-Panzer im Jemen die Militärs des gesamten Nahen Ostens nachhaltig beeindruckt hat“.[11] In der Studie „Öl ins Feuer – Wie die Europäische Union ein neues Wettrüsten anheizt“, die im März 2022 vom European Network Against the Arms Trade (ENAAT) und dem Transnational Institute (TNI) herausgegeben wurde, betonen die Autor*innen ebenfalls, dass diese Entwicklung den Weg zu einer Ausweitung der Exporte ebnet, um die eigene Rüstungsindustrie weiter zu stützen.[12] Noch scheitert die EU-Zusammenarbeit hin zu einer

strategischen Autonomie an den Konkurrenzkämpfen innerhalb der EU – doch nichtsdestoweniger treibt das Ziel der Etablierung oder Aufrechterhaltung einer unabhängigen Rüstungsindustrie der jeweiligen Mitgliedstaaten die Exporte voran.

...zur geopolitische Interessensicherung

Zu den gängigen Motiven hinter Waffenexporten zählt zudem die geopolitische Interessensicherung, die sowohl von dem Export- als auch dem Importland ausgehen kann. In seiner Studie „A Union of Arms Exports“ betont Mark Akkerman, dass Waffenlieferungen Regime in Ländern unterstützen, die mit den wirtschaftlichen und militärischen Interessen der EU verknüpft sind. So sichern Waffenexporte z.B. den Zugang zu Öl. Unverhohlen rechtfertigte die niederländische Regierung den Export von gepanzerten Patrouillenboote an Nigeria im Jahr 2009 damit, dass diese wichtig zum Schutz der Ölplattformen des Energiekonzerns Shell, zuvor Royal Dutch Shell, im Nigerdelta seien.[13] Ein erschreckendes und doch illustratives Beispiel stellen die Waffenexporte aus der EU nach Ägypten dar – durch den Suezkanal ist Ägypten das Nadelöhr des Welthandels und damit von hoher geopolitischer Relevanz. Ein Bericht des Nachrichtenportals Middle East Eye[14] zeigt, inwiefern Waffenlieferungen dazu genutzt werden, EUropäische Lieferstaaten zum Schweigen bezüglich der gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Ägypten zu motivieren. In einem internen Memo des ägyptischen Außenministeriums vom 28. Mai 2017, welches dem Nachrichtenportal Middle East Eye vorliegt, steht explizit, dass die kritischen Töne bezüglich der Menschenrechtslage aus Ägyptens Zivilgesellschaft und Medien in der EU nicht zuletzt deshalb Gehör finde, weil ein Mangel an vitalem Interesse an einer Kooperation mit Ägypten vonseiten der EU bestehe (wie z.B. milliardenschwere Rüstungsdeals, ein Abkommen zur Unterbringung von Geflüchteten) – dies hingegen sei der Fall der Türkei. Unterzeichnet ist das Memo von Samih Schukri, dem amtierenden ägyptischen Außenminister. Dies lässt sich auch in Importstrategien der letzten Jahre erkennen: Bemerkenswert ist Macrons Erklärung, die Waffenlieferungen an Ägypten nicht weiter an Menschenrechte knüpfen zu wollen, da Dialog effizienter sei als eine Boykotthaltung, die al-Sisis vermeintlichen Antiterrorkampf schwächen würde. Ebenfalls bemerkenswert sind die Waffenlieferungen aus der BRD: Diese stiegen seit dem Putsch des Miltärdiktators al-Sisi im Jahr 2013 um mehr als 205 %, so das Tahrir Institute for Middle East Policy. Einen Höhepunkt erreichten sie in den letzten Tagen der vorigen Bundesregierung von Union und SPD. Obwohl es üblich ist, dass die abtretende Regierung in den letzten Tagen keine Entscheidungen mehr von großer politischer Tragweite fällt, genehmigte sie – sehr zur Freude der deutschen Rüstungsindustrie – Rüstungsexporte im Wert von fast fünf Milliarden Euro an Ägypten. Neben 16 Luftabwehrsystemen soll Ägypten drei Kriegsschiffe erhalten. Währenddessen beteiligt sich Ägypten an der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition im Krieg in Jemen, führte Luftschläge in Libyen und im Sinai durch und ist für gravierende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Seit Jahren berichten zivilgesellschaftliche Organisationen von mehr als 60.000 politischen Gefangenen, die



oft jahrelang ohne Urteil in Haft gehalten werden und selbst wenn über sie ein Urteil gefällt wurde, so waren die Verfahren oftmals eine reine Farce. Seit dem 2. April 2022 befindet sich der Menschenrechtsaktivist Alaa Abdel Fatah im Hungerstreik, um gegen seine willkürliche Inhaftierung und die rechtswidrigen Haftbedingungen zu protestieren. Mittlerweile erhielt er die britische Staatsangehörigkeit. Seine Familie hofft, dass er des Landes verwiesen wird und damit der Inhaftierung entkommt. Auch Großbritannien zählt zu al-Sisis großen Waffenzulieferern. Im November findet die COP27 in Ägypten statt.

Entwicklung stoppen

Es ist jetzt an der Zeit, dass die Regierungen der BRD und der UK die Freilassung von Alaa Abdel Fatah und aller politischen Gefangenen fordern – erste Proteste und eine Kampagne für die Freilassung Fatahs fanden bereits statt. Doch der Bundesregierung sind vor allem die Rüstungsexporte und der Aufbau eines unabhängigen Rüstungskomplexes wichtig. Durch Druck aus der Zivilgesellschaft muss diese Entwicklung der EU zu einer globalen Militärmacht abgewendet werden, damit nicht weiter zahlreiche Menschen in Drittländern mit ihrem Leben den Preis für diesen militärischen Aufschwung der EU zahlen müssen.

Anmerkungen

1 SIPRI: Trends in International Arms Transfers, 2020, sipri.org, März 2021.

2 Abhängig von Waffen, swp-berlin.org, 6.8.2014.

3 Simone Wisotzki: Rüstungsexporte als Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik? Argumente auf dem Prüfstand, urgewald.org, Oktober 2021.

4 Ebd.

5 Deutsche Rüstungsindustrie: Eine Branche im Umbruch, iwd.de, 29.3.2022.

6 Classement des vendeurs d'armes: „La France fait des efforts désespérés pour rester dynamique", marianne.net, 7.12.2020.

7 Arms exports: Remarks by the High Representative/Vice-President Josep Borrell at the EP plenary, eeas.europa.eu, 15.9.2020.

8 Mark Akkerman: A Union of Arms Exports: why European arms keep fuelling war and repression around the world, stopwapenhandel.org, Oktober 2021.

9 Claude Serfati: Frankreichs militärischer Machthebel und die „europäische Verteidigung", in: Ingar Solty, Claude Serfati, Judith Dellheim: Sicherheitspolitik contra Sicherheit. Zur Symbiose von Rüstung und Industrie in der Europäischen Union, Rosa Luxemburg Stiftung Manuskripte Neue Folge 24, rosalux.de, Januar 2020, S. 35.

10 Mark Akkerman, Pere Brunet, Andrew Feinstein, Tony Fortin, Angela Hegarty, Niamh Ní Bhriain, Joaquín Rodriguez Alvarez, Laëtitia Sédou, Alix Smidman und Josephine Valeske: Fanning the flamesHow the European Union is fuelling a new arms race, tni.org, März 2022.

11 Mark Akkerman: Oktober 2021.

12 Ahmed Shams: Silence for arms: Egypt's secret deal with the EU, middleeasteye.net, 26.7.2022.

Rheinmetall

„Deutscher“ Konzern global vernetzt

von Martin Kirsch

Rheinmetall gilt als größtes deutsches Rüstungsunternehmen. Auf der SIPRI-Liste der 100 größten Rüstungsunternehmen weltweit belegte Rheinmetall 2020 den 27. Platz und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um fünf Plätze auf.[1] Mit der Verkündung des Sondervermögens von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr Ende Februar 2022 knallten in der Konzernzentrale in Düsseldorf vermutlich die Sektkorken und der Aktienkurs schoss in nie gekannte Höhen. Die Bundeswehr lässt ihr Heer schließlich zu relevanten Teilen von der Rüstungsschmiede aus dem Rheinland ausstatten. Das hat bereits Tradition. Ein deutsches Rüstungsunternehmen durch und durch? Weit gefehlt. Rheinmetall brüstet sich in seiner Selbstdarstellung mit 133 Betriebsstandorten in 33 Ländern[2], verteilt über alle sechs bewohnten Kontinente. Ein großer Teil dieses Firmengeflechts fällt in die Rüstungssparte. Neben Panzern aus Deutschland werden Munition aus Südafrika, teilautonome Kampfroboter aus Kanada und Lenkbomben aus Italien in diverse Staaten dieser Erde exportiert. Während der Firmensitz sowie rund ein Drittel der Produktionsstandorte sich in Deutschland befinden und die Bundeswehr weiterhin der größte Abnehmer für Waffen von Rheinmetall ist, hat sich der Konzern längst zu einem internationalen Player auf dem Rüstungsmarkt entwickelt.

Weniger Auto? Mehr Panzer!

Große Wachstumsphasen erlebte die 1889 in Düsseldorf gegründete Firma bisher vor und während der beiden Weltkriege sowie im Kalten Krieg. Nach den beiden Weltkriegen sattelte der Konzern schnell auf zivile Produktion um, um seinen Betrieb trotz Auflagen überhaupt wieder aufnehmen zu können. Das Rüstungsgeschäft wurde dann nach und nach reaktiviert. Im Kalten Krieg wuchs Rheinmetall mit dieser Strategie erneut zum Haus- und Hof-Ausstatter des deutschen Heeres heran. Die 1980er Jahre, mit dem auslaufenden Kalten Krieg und sinkenden Rüstungsausgaben, brachten dann eine erneute Stärkung des zivilen Sektors. Diesmal allerdings aus rein ökonomischen Gründen.

In der firmeneigenen Geschichtsschreibung attestiert sich Rheinmetall dann 2013 selbst einen „Bruch mit der zivilen Tradition“. Mit Armin Papperger übernahm 2013 nicht nur der erste Firmenzögling, sondern auch der erste explizite Wehrtechniker seit 1945 den Vorstandsvorsitz von Rheinmetall.[3] Bis dahin war es gängige Firmenpolitik, bewusst externe Kandidaten aus dem zivilen Bereich zu berufen. Mittlerweile zeichnet die Rüstungssparte wieder für 66 % des Umsatzes verantwortlich und gilt als Zugpferd des Konzerns. Während der Aktienkurs neue Rekorde knackt, spricht Papperger von einem Superzyklus im Rüstungsbereich und die Welt wittert eine „Goldene Rüstungs-Ära“.[4] Zwischen Anfang Februar und Monatsende legte die Rheinmetall-Aktie über 50 % zu – den Großteil davon zum Monatsende, nach Kriegsausbruch und Zeitenwenderede. Schnell war klar, dass der Düsseldorfer Rüstungskonzern zu den Kriegsgewinnlern gehören würde. Während Rheinmetall durch das 100 Milliarden Sondervermögen der Bundeswehr auf niedrige bis mittlere zweistellige Milliardenaufträge aus Deutschland hofft, ist der Heimatmarkt längst nicht mehr der einzige Indikator für den wirtschaftlichen Erfolg des Waffenbauers. Zumal auch in diversen anderen europäischen Staaten die Rüstungsbudgets aktuell deutlich steigen.

Expansion und Internationalisierung

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte Rheinmetall Kunden im Vereinigten Königreich, in Norwegen, Österreich und den Vereinigten Staaten gewinnen können.[5] Zu Zeiten des Kalten Krieges kam die Kundschaft erneut aus aller Welt, die Produktion fand allerdings mit wenigen Ausnahmen in Deutschland statt.

Als die staatlichen Rüstungsausgaben in Europa ab Mitte der 1980er Jahre sanken und ab 1989 einbrachen, standen viele kleinere Rüstungsbetriebe vor dem Konkurs und Konzerne wollten ihre unrentabel gewordenen Rüstungssparten abstoßen.

Rheinmetall hingegen setzte ab 1999 auf die Konzentration seines Rüstungsgeschäfts in einem eigenen Tochterunternehmen, um sich auf die „Neuordnung der europäischen Rüstungsindustrie durch Konsolidierungen und Kooperationen strategisch vorzubereiten".[6] Die dann folgende Einkaufstour startete in Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz und Österreich. Neben Munitionsherstellern wurden auch Panzerbauer und Flugabwehrspezialisten geschluckt.

Zudem eröffnete Rheinmetall ab 2004 Büros in Warschau und Athen. Später kamen Vertretungen auch in Tschechien, Norwegen, Schweden, Frankreich und Litauen sowie in unmittelbarer Nähe zur EU in Brüssel hinzu. Explizit ausgegebenes Ziel war es, die „Position als führendes Systemhaus der Heerestechnik Europas im internationalen Wettbewerb weiter aus[zu]bauen".[7]

Mit der Übernahme der Mehrheitsanteile an der Munitionssparte des südafrikanischen Denel-Konzerns und der Gründung des Joint Venture Rheinmetall Denel Munition 2008[8] erreicht die eingeschlagene Internationalisierungsstrategie einen neuen Höhepunkt. Über die ersten Produktionsstandorte außerhalb Europas und Nordamerikas kann seitdem von Südafrika aus Munition auch in die Weltregionen exportiert werden, für die in vielen europäischen Staaten Rüstungsexportbeschränkungen gelten. Ähnliche Motive steckten wohl auch hinter dem Kauf einer Sprengstofffabrik auf Sardinien 2010. Die Firmentochter RWM Italia S.p.A. produziert dort Sprengstoff, Großkalibermunition sowie Bombenbauteile und nutzt für den globalen Export den Graubereich, der zwischen italienischen und deutschen Behörden entstanden ist. Während italienische Behörden sich nicht für den deutschen Konzern zuständig fühlen, sehen die Deutschen keine Verantwortung für die italienische Tochtergesellschaft.[9] Sowohl auf Sardinien als auch in Südafrika[10] wehren sich Aktivist*innen gegen das skrupellose Exportgeschäft und die lokalen Auswirkungen der Waffenfabriken.

Kooperationen als Marktöffner

Dort, wo Rheinmetall nicht in der Lage war, ganze Firmen einzukaufen, setzte der Konzern bereits seit den späten 1980er Jahren auf Kooperationen mit anderen Rüstungsproduzenten. Mit der Gründung der Firma EuroSpike GmbH 2004 stieg Rheinmetall in das Geschäft mit Panzerabwehrraketen ein. Das Joint Venture aus Rheinmetall Defence Electronics, Rafael aus Israel und der deutschen DIEHL Munitionssysteme GmbH[11] ist für Lizenzproduktion und Vertrieb der Panzerabwehrlenkrakete Spike auf dem europäischen Markt zuständig.

Für die Expansion auf dem US-Markt wurde 2012 die Gemeinschaftsfirma Munitions International mit dem US-Rüstungsriesen General Dynamics gegründet. Ziel ist die „gemeinsamen Vermarktung von 120mm-Kampfpanzermunition in den USA."[12] Um auf dem wichtigen US-Markt weitere Spielräume zu eröffnen, kam 2017 eine weitere Kooperation mit Raytheon hinzu.[13] Gemeinsam mit Raytheon versucht American Rheinmetall Vehicle aktuell mit einer Version des Schützenpanzers Lynx KF41 eine Ausschreibung über tausende neue (optional bemannte) Panzerfahrzeuge für die U.S. Army zu gewinnen. Neben bereits existierenden Tochterunternehmen in Großbritannien ging Rheinmetall 2019 eine Kooperation mit BAE Systems ein. Seitdem hat sich Rheinmetall BAE Systems Land Milliardenaufträge von der britischen Regierung gesichert.[14] Neben der Logistik und Wartung sämtlicher

Protest gegen die Rheinmetall-Aktionärsversammlung 2019. Quelle: Flickr/Uwe Hiksch.

Kampffahrzeuge der britischen Armee kommen Aufträge für die Modernisierung der Challenger 2 Kampfpanzer sowie die Produktion von Boxer-Radpanzern und teilautonomen Radfahrzeugen vom Typ Mission Master hinzu. Für die Produktion und Entwicklung des fahrerlosen, teilautonomen Mission Master hatte Rheinmetall 2019 den kanadischen Spezialisten für Robotik und autonomes Fahren, Provectus Robotics Solutions Inc., aufgekauft.[15] Auch dort, wo westliche Armeen beginnen, auf (teil)autonome Kampfmaschinen zu setzen, ist Rheinmetall mit von der Partie.

Neue Standbeine – Australien und Ungarn

Neben Firmenkäufen und internationalen Joint Ventures baut Rheinmetall oft im Wechselspiel mit Rüstungsaufträgen gezielt neue Standorte in strategisch wichtigen Regionen auf. Prägnante Beispiele hierfür sind Australien und Ungarn. Bereits seit 2012 ist Rheinmetall verstärkt in Australien aktiv. Mit einem Deal zur Lieferung von mehreren tausend LKW kam 2016 dann der erste Großauftrag von der australischen Armee. 2018 folgte die Bestellung von 211 Radschützenpanzern des Typs Boxer CRV mit einem Auftragsvolumen von 2,1 Milliarden Euro – bis dahin der größte Einzelauftrag in der jüngeren Firmengeschichte. Im Gegenzug eröffnete Rheinmetall für Produktion, Endmontage, Wartung und Tests im Jahr 2020 das Military Vehicle Centre of Excellence in Redbank im australischen Bundesstaat Queensland.[16] Zudem hält Rheinmetall 51 % an einem Joint-Venture mit dem australischen Munitionshersteller NIOA der u.a. Munition für den US-Kampfjet F-35 entwickelt.[17] In Europa baut Rheinmetall mit Blick auf Zentral- und Südosteuropa in den letzten Jahren seine Präsenz in Ungarn massiv aus. 2018 unterzeichnete Ungarn Verträge über den Kauf von 56 Leopard 2 Kampfpanzern und 24 Panzerhaubitzen für die Rheinmetall die Kanonen und weitere Komponenten sowie Munition liefert. Im Sommer 2020 kam die Bestellung von 218 Schützenpanzern Lynx von Rheinmetall hinzu. Zudem ist der Düsseldorfer Konzern in die Lizenzproduktion und Modifikation von 300 gepanzerten Radfahrzeugen der türkischen Baureihe Ejder Yalçın 4x4 beteiligt.[18] Für den Bau der Lynx-Schützenpanzer soll in einem Joint Venture mit den ungarischen Streitkräften eine Produktionsstätte vor Ort entstehen.

Im Juni 2022 verkündete Rheinmetall CEO Papperger zudem den Bau einer Munitionsfabrik in Ungarn.[19] Darüber hinaus wurde im Mai verkündet, dass Rheinmetall gemeinsam mit der ungarischen IT-Firma MiG und dem ungarischen Staatsunternehmen HM Electronics ein Gemeinschaftsunternehmen gründen wird, das künftig an der Digitalisierung der Armeen in der Region mitverdienen soll.[20]

Laut Informationen der Welt sieht sich Rheinmetall trotz „Auftragswelle“ für den „Wechsel vom Friedens- in den Verteidigungsmodus“ gut vorbereitet. Durch die globale Präsenz müssten keine neuen Werke gebaut werden. Weil die Produktionskapazitäten in Deutschland in diesem Sektor grade eng werden, könnten die neuen Boxer-Radschützenpanzer für die Bundeswehr beispielsweise aus dem Werk in Australien kommen.[21]

„Asia/Middle East“ – Firmenpräsenz und tödliche Exporte

Neben Europa, den USA, Australien und Südafrika ist Rheinmetall mit Vertretungsbüros und Firmenbeteiligungen zudem in weiteren Weltregionen vertreten. Laut einer Firmenpräsentation von 2020, die sich auf die Geschäftszahlen von 2018 beruft, erzielte Rheinmetall 20 % seines Umsatzes mit Waffen in der Region „Asia/Middle East“.[22] Während das Geschäft in der Türkei aktuell aufgrund von Exportbeschränkungen stockt,[23] – deutsche Leopard 2 Kampfpanzer in Nordsyrien halfen nicht bei den Verhandlungen – brummt das Geschäft am Golf umso mehr. Neben Rheinmetall-Niederlassungen der Sparte Weapon and Ammunition in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Katar, entwickelt sich Saudi-Arabien aktuell zur regionalen Drehscheibe. Neben Tochterfirmen in Riad laufen auch die Exporte an die Golfmonarchie, die die Kriegskoalition im Jemen anführt. Zwischen 2011 und 2018 lieferte Rheinmetall laut der Datenbank des Projekts exitarms.org Luftraumüberwachungsradare, Feuerleitradare und Mauser 27mm-Bordkanonen für Kampfjets.

Zudem wurde 2016 ein Fund im Jemen bekannt, der die Nutzung von Waffen des Rheinmetall-Konzerns im Kriegsgebiet zu belegen scheint: „In der Nacht vom 8. Oktober 2016 schlug eine Bombe – offenbar des von Saudi-Arabien angeführten Militärbündnisses – im Dorf Deir Al-Ţhajārī im Regierungsbezirk Al Ţhudaydah im Jemen ein. Bei dem Angriff starb eine sechsköpfige Familie, darunter die schwangere Mutter und vier Kinder. Am Tatort fanden sich Waffenteile, die darauf schließen lassen, dass bei dem Luftangriff eine Lenkbombe der Firma RWM Italia S.p.A. – einer Tochterfirma des deutschen Rüstungsunternehmens Rheinmetall AG – eingesetzt wurde.“[24] Das European Center for Constitutional and Human Rights versucht aktuell mit Klagen in Italien die Geschäftsführung von RWM Italia S.p.A. und italienische Beamte für diesen Vorfall strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Währenddessen bereitet Rheinmetall weitere prächtige Geschäfte mit Riad vor. Laut Meldungen aus dem März 2022 steht das Gemeinschaftsunternehmen RADARABIA, ein Joint Venture von Rheinmetall und der saudischen MAZ Group, kurz vor der Gründung. Geplant ist

der Bau einer Fabrik für Flugabwehrsysteme. Zudem soll RADARABIA künftig nicht nur die saudische Armee an entsprechenden Systemen ausbilden, sondern auch für einen Technologietransfer an den Golf sorgen.[25] Lästige Exportgenehmigungen aus Deutschland oder der Schweiz, wo die Produktion aktuell hauptsächlich stattfindet, wären dann nicht mehr nötig.

Auf dem südostasiatischen Markt ist Rheinmetall in Singapur und Malaysia mit Tochterfirmen und Beteiligungen aktiv. Neben Singapur importierte auch der Nachbar Indonesien in den frühen 2010er Jahren über 150 Kampf- und Schützenpanzer aus Altbeständen der Bundeswehr. Repariert und mit Updates versehen wurden die Kampffahrzeuge von Rheinmetall. Die von der Bundesregierung vorerst geheim gehaltene Exportgenehmigung löste teils heftige Kritik aus.[26] Indonesien befindet sich seit den 1960er Jahren in einem militärischen Konflikt mit der Unabhängigkeitsbewegung in West Papua. Im Zuge der blutigen Unterdrückung werden der indonesischen Armee diverse Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Eher skurril muten hingegen die Firmentöchter Rheinmetall VIRE (Nanjing) Technologies Co. Ltd. in Peking und Rheinmetall Ltd. in Moskau an. Noch 2015 hatte Rheinmetall 120 Millionen Euro Entschädigung von der Bundesregierung gefordert, weil diese den Export eines Gefechtsübungszentrums nach Russland verhinderte, den sie zuvor unterstützt hatte. Im April 2022 veröffentlichte Correktiv eine Recherche, die den Verdacht nahelegt, dass für den Auftrag über das Gefechtsübungszentrum von Rheinmetall über 5 Millionen Euro Bestechungsgelder nach Russland gezahlt wurden.[27] Möglicherweise handelt es sich – wer hätte das gedacht – beim laut vorgetragenen Sonntagsredenpatriotismus von Rheinmetall und Co, mal wieder um ein hohles Verkaufsargument, das auch andere zu hören bekommen, wenn sie danach fragen. Überall dort, wo sich mit todbringenden Waffengeschäften Geld verdienen lässt, zeigt der Rheinmetall-Konzern Präsenz.

Anmerkungen

1 Airbus hingegen (Platz 11) wird aufgrund seines Steuersitzes in den Niederlanden, der Firmenzentrale in Frankreich und Produktionsstätten in Deutschland, Spanien und Frankreich mittlerweile als transeuropäisch gelistet. Siehe: SIPRI: The SIPRI TopP 100 Arms-Producing and Military Services Companies 2020, sipri.org.

2 Rheinmetall: Standorte weltweit, rheinmetall.com.

3 Rheinmetall: 125 Jahre Rheinmetall – die Jahre 2000 bis 2014, rheinmetall.com.

4 Welt, Gerhard Hegmann: Goldene Rüstungs-Ära – Rheinmetall ist der große Profiteur der militärischen Zäsur, 17.3.2022, welt.de.

5 Capital, Rheinmetall im Laufe der Zeit, capital.de.

6 Rheinmetall: Chronik 1999-2010, rheinmetall-defence.com.

7 Ebd.

8 Ebd.

9 zu den Folgen siehe „Asia/Middle East“

10 IMI, Jacqueline Andres: IMI-Standpunkt 2021/060, Schlechte Nachrichten für Rheinmetall -Rheinmetall verliert vor Gericht in Italien, 14.11.2021, imi-online.de.

11 Rheinmetall: Chronik 1950-1998, rheinmetall-defence.com.

12 Rheinmetall: Chronik 2011-2015, rheinmetall-defence.com.

13 Walt, Gerhard Hegmann: Rheinmetall-Deal bedroht deutsches Meads-Abwehrsystem, 17.2.2017, welt.de.

14 Rheinmetall: Rheinmetall BAE Systems Land: Neues Joint Venture von Rheinmetall und BAE Systems, 1.7.2019, rheinmetall.com.

15 Army Technology: Rheinmetall acquires Canadian robotics firm Provectus, 29.07.2019, army-technology.com.

16 Queensland Government: Defence Jobs Queensland -Military Vehicle Centre of Excellence (MILVEHCOE), defenceindustries.qld.gov.au.

17 „Rheinmetall NIOA Munitions bereitet als erstes australisches Unternehmen die Produktion und den Export von Mittelkalibermunition für das US-Kampfflugzeug F-35 Joint Strike Fighter vor.“ Siehe: Rheinmetall: Rheinmetall NIOA Munitions, rheinmetall-defence.com.

18 Soldat & Technik, Kristóf Nagy: Neues geschütztes Radfahrzeug für die ungarischen Streitkräfte, 23.12.2020, soldat-und-technik.de.

19 Europäische Sicherheit & Technik, Ole Henckel: Rheinmetall will Munitionsfabrik in Ungarn bauen, 14.6.2022, esut.de.

20 Rheinmetall via PressBox: Digitalisierung der Streitkräfte: Rheinmetall, 4iG und HM EI gründen gemeinsames Unternehmen in Ungarn, 16.5.2022, pressebox.de.

21 Welt: Goldene Rüstungs-Ära, 17.3.2022, welt.de.

22 Rheinmetall: Corporate Presentation Q3 2019, Seite 47, ir.rheinmetall.com.

23 IMI, Jacqueline Andres: IMI-Standpunkt 2019/051, Deutsche Waffen beim türkischen Militär, 18.10.2019, imi-online.de; sowie Rheinmetall: Jahresbericht 2021, Seite 240, ir.rheinmetall.com.

24 European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR): Europas Verantwortung für Kriegsverbrechen im Jemen, ecchr.eu.

25 Times Aerospace: WDS: Rheinmetall Air Defense and MAZ Group create joint venture, 7.3.2022, timesaerospace.aero.

26 Exit Arms: Region – Indonesia, exitarms.org; sowie Deutsche Welle: Germany clears tank sales to Indonesia, 8.5.2013, dw.com.

27 Correktiv, Frederik Richter: Korruptionsverdacht- Ein fragwürdiges Russland-Geschäft von Rheinmetall, 22.4.2022, correctiv.org.

Ungesehene Akteure

Rüstungsindustrie abseits von Rheinmetall und KMW

von Andreas Seifert

Wenn von Rüstungsindustrie in Deutschland die Rede ist, so endet fast jede oberflächliche Auflistung hinter Rheinmetall, KMW, Heckler & Koch, Diehl und Airbus. Die Rüstungsindustrie und der „wehrtechnische Mittelstand“[1] umfassen aber weit mehr Unternehmen – zuletzt zählte die Bundeswehr selbst rund 1350 Unternehmen im Mittelstand dazu, der fast 70 % aller von der Bundeswehr vergebenen Aufträge erfüllte. Schwerpunkte sind hierbei vor allem Aufträge für den laufenden Betrieb, den Unterhalt und auch die Wartung, wohingegen die Quote bei den investiven Ausgaben deutlich geringer ausfällt. Es ist nichtsdestoweniger sinnvoll, sich auch über diesen Teil der Rüstung Klarheit zu verschaffen, falls ein realistisches Bild von Rüstung in Deutschland angestrebt wird.

Der Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) lieferte pünktlich zu Beginn des Ukrainekriegs und dem Aufrüstungsreflex des Kanzlers ein Branchenportrait zur deutschen Rüstungsindustrie ab.[2] Darin wurde von einer Rüstungsindustrie berichtet, deren volkswirtschaftliche Relevanz gering ist, die aber nun auf massive Förderung zurückgreifen kann. Das IW errechnet rund 55.500 Beschäftigte bundesweit und einen Gesamtumsatz von etwa 11,28 Mrd. €. Insgesamt ist das gerade rund 0,3 % des deutschen BIP. Der eine oder die andere mag sich noch an die Zahlenspiele des Bundesverbandes der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) von 2013 erinnern – damals wurde die Industrie noch um Diverses aus dem Bereich der Sicherheit erweitert und die Zahl der Beschäftigten noch knapp an die Grenze von 100.000 hochgerechnet.[3]

Dual-Use als Klammer und Schleier

Eines der Probleme damals wie heute ist die Zuordnung von Umsätzen und Beschäftigtenzahlen zu einer Branche, die immer mehr in der Gesamtwirtschaft aufgeht und deren Akteure (Unternehmen) nicht mehr allein in einer Branche tätig, sondern in zivilen und militärischen Feldern gleichermaßen aktiv sind. Die große Zahl der Mittelständler ist in beiden Bereichen tätig und produziert auch Güter, die in beiden Bereichen verwendbar sind. Die Übergänge von ziviler zu militärischer Produktion sind also fließender geworden. Gerade bei Unternehmen, die mehr oder minder nur noch in einer Zulieferrolle engagiert sind, wird kaum noch zwischen einer Produktion von Vorprodukten für beispielsweise einen Automobilhersteller oder der Vorproduktion für den Panzerbauer unterschieden – dies geschieht nur dort, wo mit der Produktion oder der Entwicklung spezifische Zwänge zur Geheimhaltung oder spezifische Technologien zum Einsatz kommen. Verschiedene Aspekte dieser Problematik werden mit dem Begriff des Dual-Use verdeckt – was den Mythos nährt, die Rüstung sei eine der wesentlichen Triebfedern von technologischen Innovationen. Oftmals, und dies ließe sich letztlich besonders an der Entwicklung digitaler Technologien zeigen, ist es umgekehrt: Zivile Unternehmen und Mitarbeiter*innen entwickeln neue innovative Wege, die dann bei nächster Gelegenheit ins Militärische zweckentfremdet werde. Dieser, aus pazifistischer Sicht, Missbrauch ziviler Ressourcen und Entwicklungsleistung fürs das Militär ist dabei keineswegs zufällig, sondern erfolgt gezielt und systematisch – an die Debatten z.B. rund um das Cyber Valley in Tübingen sei an dieser Stelle nur erinnert.[4] Von der Bundeswehr finanzierte Institutionen wie das Fraunhofer Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (INT) verfolgen beispielsweise genau dieses Ziel, identifizieren aktuelle Forschungstrends und bereiten einen Transfer nicht nur in die militärische Sphäre, sondern auch gleich in die Rüstungsindustrie vor. Sichtbar wird dies an universitären Ausgründungen, die mehr oder minder offen aufgefordert werden, das Militärische bei der Weiterentwicklung nicht außer Acht zu lassen – hier kann es dann helfen, dass eine Firma wie beispielsweise Diehl nicht nur ein reines Rüstungsunternehmen ist, sondern einer potenziell zivilen Verwendung eine Brücke baut.

Neuer Stolz – Neue Perspektiven

Die Branche ist im Umbruch, beschreibt der oben genannte Informationsdienst, und meint damit eine Trendwende hin zu mehr Investitionen in das Material der Bundeswehr. Folglich ist die Presse bemüht, die Zuwächse an Panzern, Schiffen und Flugzeugen zahlenmäßig zu hinterlegen: F35, K130, F 126, U 212, Puma, Marder, Fuchs, ... Dabei entfallen auch hier große, wenn nicht sogar die größeren Summen auf Material, was man hinterher nicht einmal sehen wird. Der Bereich „Führung“ umfasst mit knapp 20 Mrd. € ein Fünftel aller zu vergebenden Gelder des 100 Mrd. Aufrüstungspakets und wird in Unternehmen fließen, deren Namen und Produkte man heute in einer Aufstellung von „Rüstungsunternehmen“ vergeblich sucht. Die tatsächlichen Auftragnehmer*innen der elektronischen Systeme stehen meist im Hintergrund und werden von den Systemanbietern wie Airbus, KMW oder Rheinmetall verdeckt. Der schon länger vorhandene Trend einer Verschiebung der Gewichte weg von der Hardware (Panzer, Kanonenboot, Jagdflugzeug) hin zu den elektronischen und digitalen Systemen setzt sich fort. Wer sich mit dem Branchenverband AFCEA Bonn e.V. (Anwenderforum für Fernmeldetechnik, Computer, Elektronik und Automatisierung e.V.) auseinandersetzt, stößt auf viele zivile Unternehmen, die bemüht sind, dem Militär, aber auch anderen Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), moderne elektronische Technik und digitale Produkte zu verkaufen, die die Kampfkraft erhöhen sollen. Dies ist das Ergebnis einer tendenziell wahrnehmbaren oder auch nur unterstellten „neuen Gefährdungsanalyse“ mit der die Regierung versucht, der digitalen Verletzlichkeit unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen. Der angenommenen Gefährdung der Gesellschaft durch Cyberangriffe oder Desinformation wird u.a. dadurch begegnet, dass das Militär in die Lage versetzt wird, „uns“ dagegen zu schützen und selbst Angriffe ausüben zu können. Die Implikationen dieses Politikansatzes wurden schon vom Chaos Computer Club (CCC) und vom Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF) und anderen angesprochen. Hier ist in den letzten 20 Jahren ein „Markt“ entstanden, den eine ganze Reihe von Unternehmen zu bedienen versucht – ein Markt wohlgemerkt, der mit der Herstellung von Sicherheit wirbt, aber letztlich aus Geschäftsgründen kein Interesse an mehr Sicherheit haben kann. Statt auf sichere Softwarearchitektur und sichere Hardwarekomponenten zu setzen, wird das Zusatzprodukt verkauft – Otto-Normalverbraucher*in bleibt vulnerabel. Dass hier zudem ein weiterer Übergang von einer zivilen Industrie in eine militärische Verwendung geschaffen wird und wir ggf. eine Militarisierung unserer schönen digitalen Welt erleben, bleibt dabei auf der Strecke.

Überblick verschaffen

Die IMI hat schon mit dem Rüstungsatlas von 2007 versucht, den Schnittstellen von Militär-Gesellschaft-Industrie-Forschung auf die Schliche zu kommen. Damals stand Baden-Württemberg im Fokus, was den Vorteil hatte, die Masse ein wenig zu reduzieren und die Komplexität zu erhalten. Mit dem nun herausgebrachten Handbuch Rüstung[5] sind wir einen anderen Weg gegangen. Wir haben der Dynamik der Veränderung der Industrie Rechnung getragen und die Verbandsverzeichnisse des BDSV und AFCEA nach den relevanten Firmen durchforstet und mit zusätzlichen Informationen versehen. Der nun vorhandene Überblick soll die kritischen Geister dazu anregen, sich fundiert in Diskussionen über eine vielfältige Branche einzubringen – Rüstung ist nicht auf die Großen der Branche beschränkt, die kleinen Firmen müssen sichtbarer werden.

Anmerkungen

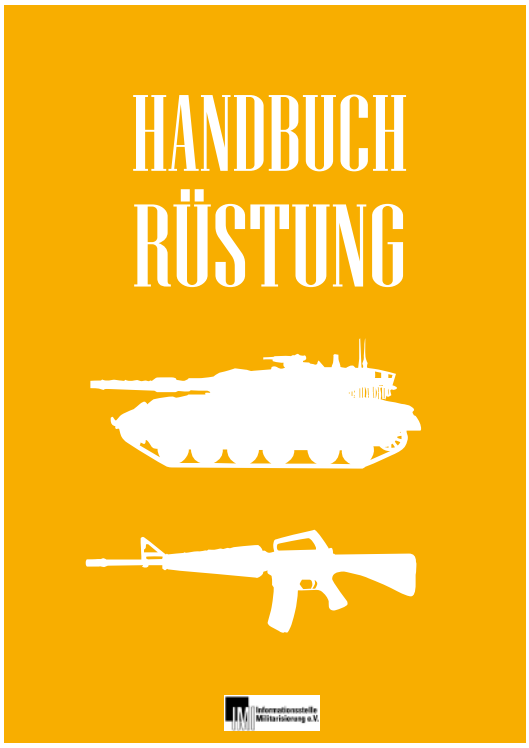
1 Nach einer Definition des BMVg aus „Konzept des Bundesministeriums der Verteidigung zur Stärkung des wehrtechnischen Mittelstandes“, www.bmvg.de, 20.4.2016.

2 Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Deutsche Rüstungsindustrie: Eine Branche im Umbruch, www.iwd.de, 29.3.2022.

3 Andreas Seifert, Im Dreisprung in den Wirtschaftsolymp, IMI-Analyse 2013/4, www.imi-online.de, 8.3.2013.

4 Christoph Marischka, Cyber Valley, MPI und US-Geheimdienste, IMI-Studie 2020/3, www.imi-online.de, 15.5.2020.

5 www.imi-online.de.



100.000.000.000 Euro

Wer profitiert vom Sondervermögen?

von Martin Kirsch

Am Sonntag, dem 27. Februar 2022, nur drei Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, hielt Kanzler Scholz in einer Sondersitzung des Bundestages seine Zeitenwende-Rede. Dort verkündete er, ein Sondervermögen über 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr aufsetzen zu wollen. Wem diese neuen Schulden – von plötzlich auftauchendem Vermögen kann keine Rede sein – zugutekommen würden, war bereits bei Börsenstart am Montag zu sehen.

In Kraft gesetzt wurde das Sondervermögen – zuvor nur ein Beschluss in kleiner Runde – nach einer längeren Verhandlungsphase durch Beschlüsse des Bundestages und Bundesrates am 3. und 10. Juni. Teil dieses Gesetzespaketes samt Grundgesetzänderung zur Umgehung der Schuldenbremse ist ein Wirtschaftsplan, in dem die geplanten Projekte aufgelistet werden. Über den Wirtschaftsplan hinaus ist die Informationslage zur konkreten Umsetzung des „Sondervermögens" bisher allerdings eher vage. Konkrete Zahlen und Vertragspartner zu den jeweiligen Projekten sind im Wirtschaftsplan nicht enthalten. Im Kontrast zu vorherigen Medienberichten weist der offizielle Wirtschaftsplan zudem nur eine Summe von rund 82 Milliarden Euro aus, die sechs Bereichen zugewiesen werden. Die Dimensionen Luft (33,4 Mrd. Wirtschaftsplan/ 40,9 Mrd. Medien) und See (8,8 Wirtschaftsplan / 19,3 Mrd. Medien) werden hier mit geringeren Mitteln bedacht, als zuvor diskutiert.

Ob es sich um reale Einsparungen, einen Inflationspuffer oder Verhandlungsmasse gegenüber der Industrie handelt, bleibt auf Grundlage fehlender öffentlicher Informationen im Raum der Spekulation. Bekannt ist, dass im Laufe des Jahres 2023 insgesamt 8,5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen entnommen werden sollen. Das Geld fließt in Projekte, die aus dem regulären Verteidigungshaushalt in das Sondervermögen verschoben wurden und für die daher bereits Verträge bestehen, oder in solche, für die auch kurzfristig Verträge geschlossen werden können. Alle weiteren Projekte befinden sich noch in Arbeit. Teils müssen von Bundeswehr und Verteidigungsministerium noch Grundsatzentscheidungen getroffen werden. Darauf folgen dann Verhandlungen mit den Rüstungsfirmen, deren Konditionen vor der endgültigen Vertragsunterzeichnung im Bundestag mit einer sogenannten 25-Millionen-Euro-Vorlage parlamentarisch abgesegnet werden müssen.

Für weite Teile der 100 Milliarden Euro bewegen sich die kommenden Abschnitte also in einem Raum zwischen offiziellen Teilveröffentlichungen und auf Quellen gestützten wahrscheinlichen, aber keinesfalls sicheren Optionen. Trotzdem entsteht so hoffentlich bereits ein Eindruck davon, was die Bundeswehr plant und wer (potenziell) davon profitieren wird.

Neben den vier folgenden Abschnitten zu den Dimensionen Luft, See, Land und Cyber sollen für persönliche Ausrüstung der Soldat*innen knapp 2 Milliarden Euro sowie eine halbe Milliarde für Forschungsprojekte zu Künstlicher Intelligenz und zur Kriegsführung bei Ausfall gängiger Navigationssysteme ausgegeben werden.

Dimension Luft

Mit geplanten 40,9 Milliarden Euro sind die unter der „Dimension Luft" zusammengefassten Projekte der größte Posten innerhalb des Sondervermögens. Sie umfassen nicht nur Waffensysteme für die Luftwaffe, sondern auch solche für Marine- und Heeresflieger. In der Dimension Luft ist der Anteil von großen Einzelprojekten mit einem Umfang von deutlich über einer Milliarde Euro besonders groß. Zudem befinden sich in der Liste neben Aufträgen für den europäischen Branchenriesen Airbus einige Projekte, von denen die größten Rüstungskonzerne aus den USA maßgeblich profitieren werden. Nicht enthalten in der folgenden Auflistung sind drei weitere Vorhaben zur Aufklärung und Führung im Luft- und Weltraum, zu denen bisher kaum konkrete Informationen vorliegen.

Nachfolger Tornado (F-35): Der Kampfjet Tornado wird in der Bundeswehr seit 1980 als Kampfbomber gegen Bodenziele und für die sogenannte nukleare Teilhabe eingesetzt. Lange war allerdings strittig, wie die Nachfolge geregelt werden soll. Kanzler Scholz nutzte seine Zeitenwende-Rede, um eine Vorentscheidung zu verkünden. Die Bundeswehr will, wie Verteidigungsministerin Lambrecht mittlerweile bestätigte, 35 Tarnkappenbomber F-35 aus den USA kaufen. Der Kampfjet von Lockheed Martin soll den Tornado nicht nur als Jagdbomber, sondern auch für die sogenannte nukleare Teilhabe ersetzen. Hinter dem Begriff verbirgt sich eine Vereinbarung, die vorsieht, dass deutsche Pilot*innen mit deutschen Flugzeugen im Kriegsfall in der Eifel eingelagerte US-Atombomben über Feindgebiet abwerfen würden. Eben diese Funktion gab wohl auch den Ausschlag, sich für den F-35 zu entscheiden. Die Anschaffung wird samt Munition und Ersatzteilen rund 8,4 Milliarden Dollar (rund 8 Mrd. Euro) kosten. Aufgrund vieler technischer Mängel beim F-35 wird zudem bereits mit hohem Wartungsaufwand und -kosten gerechnet.

Eurofighter ECR: Eine weitere Aufgabe des Tornado ist die elektronische Kriegsführung. Diese Funktion reicht von Aufklärung bis zum aktiven Stören und Bekämpfen von feindlichen Radar- und Flugabwehrstellungen, die nur hochgerüstete Gegner besitzen. Die Bundeswehr will künftig für diese Aufgabe 15 Eurofighter in der Version ECR (Electronic Combat Reconnaissance) beschaffen. Die entsprechende Version ECR muss dafür allerdings erst entwickelt werden. Den verfügbaren Informationen zufolge soll der Jet von Airbus kommen, während Hensoldt die elektronischen Kampfsysteme liefert. Allein die Beschaffung der 15 neuen Jets ohne Entwicklung und neue Systeme dürfte über 1,5 Milliarden Euro kosten.

Schwerer Transporthubschrauber: Um leichte Infanteriekräfte sowie Nachschub über das Gefechtsfeld zu bewegen, setzten Armeen seit den 1950er Jahren nicht nur in Auslandseinsätzen auf große Hubschrauber. Das aktuelle Modell der Bundeswehr (CH-53G) kommt allerdings nach knapp 50 Jahren an sein Nutzungsende. Jetzt steht fest, die Bundeswehr soll laut Beschluss des Ministeriums 60 Schwere Transporthubschrauber des Typs Boeing CH-47F Chinook erhalten. Unterschiedliche Quellen geben für das Gesamtpaket Preise von fünf bis über sechs Milliarden Euro an.

Leichter Unterstützungshubschrauber: Am unteren Ende der Hubschrauberflotte sollen Heer und Luftwaffe über 50 neue kleine Hubschrauber für Ausbildung und Aufklärungsflüge erhalten. Der Airbus H145M wird bereits in anderen Versionen in der Bundeswehr eingesetzt und gilt daher als einziger Kandidat. Der Preis für dieses Projekt könnte bis zu zwei Milliarden Euro betragen.

Bodengebundene Luftverteidigung: Hinter diesem Titel verbergen sich gleich drei Großprojekte. So soll die gesamte Flugabwehr der Bundeswehr, die nach dem Ende des Kalten Krieges massiv geschrumpft wurde, auf modernstem Stand wieder aufgebaut und

Aktion gegen die Beschaffung des F35 in Berlin von DFG-VK, ICAN, IPPNW, Naturfreunde Deutschlands, Women's International League for Peace and Freedom und der Kampagne Büchel ist überall! – atomwaffenfrei.jetzt. Quelle: Flickr/Uwe Hiksch.

um bisher nicht vorhandene Fähigkeiten erweitert werden. Als „Nah- und Nächstbereichsschutz“ wird ein System bezeichnet, das sich mit der Truppe im Feld bewegen kann, um dort Drohnen, Artilleriegeschosse, Hubschrauber und Tiefflieger abzuwehren. Aktuell wohl aussichtsreichster Kandidat ist eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) aus Rheinmetall, Diehl und Hensoldt. Ein zweites Teilprojekt zur Modernisierung der Luftverteidigung ist der sogenannte „Fähigkeitserhalt Patriot“. Die politische Entscheidung dazu fiel bereits im März 2021. Die seit 1989 in der Bundeswehr vorhandenen Patriot-Systeme dienen zur Bekämpfung von Flugzeugen, Marschflugkörpern und taktischen, ballistischen Raketen. Neben Updates von Software und Radarsystemen wird der Kauf von Abfangraketen der neusten Generation (Typ PAC 3) des US-Konzerns Lockheed Martin die größten Kosten des 625 Millionen Euro Pakets verursachen. Darüber hinaus plant die Bundeswehr unter der Bezeichnung „Mittlere und große Reichweiten“ ein drittes System anzuschaffen. Dabei handelt es sich um Abfangraketen, die Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie in begrenztem Umfang auch Interkontinentalraketen abwehren können. In der medialen Berichterstattung war das Interesse deutscher Parlamentarier*innen am System Arrow 3 von Israel Aerospace Industries und Boeing besonders präsent. Aber auch die US-Konkurrenz namens Terminal High Altitude Area Defense (THAAD) von Lockheed Martin und Raytheon ist in der Diskussion. Die Kosten von nur einem System Arrow 3 für Deutschland werden in Medienberichten mit rund zwei Milliarden Euro angegeben.

Future Combat Air System (FCAS): Keine Neuheit ist das Deutsch-Französich-Spanische Entwicklungsprogramm für ein Luftkampfsystem der Zukunft. Finanzmittel, die bereits in den regulären Verteidigungshaushalt eingestellt waren, wurden kurzerhand ins Sondervermögen verschoben. Während Airbus die industrieseitige Vertretung von Deutschland übernimmt, sind Dassault für Frankreich und Indra für Spanien ebenfalls in führenden Positionen in das Megaprojekt eingebunden. Nicht nur wegen der deutschen Entscheidung, den US-Jet F-35 zu ordern, was in Paris auf wenig Gegenliebe stieß, stockt das Projekt allerdings. Beeindruckend kritische Töne sind auch im aktuellen deutschen Rüstungsbericht zu lesen. Dort heißt es: „Die Unstimmigkeiten zwischen den Industrien – hier insbesondere zwischen Dassault Aviation und Airbus – führen zu einer Verzögerung [...]. Sollte auch weiterhin keine Einigung gefunden werden, die die Interessen aller drei Nationen nach einer Beteiligung auf Augenhöhe erfüllt, ist die Fortsetzung der Kooperation zu hinterfragen.“ Während die geplante Fertigstellung von FCAS bis ins Jahr 2040 zwischen 100 und 300 Milliarden Euro verschlingen würde, ist allein für die Entwicklungsphase von 2021 bis 2027 ein deutscher Finanzbedarf von 4,468 Milliarden Euro vorgesehen.

Bewaffnung Heron TP: Bereits im April 2022 wurde im Bundestag die politische Freigabe zum Kauf von Präzisionsmunition für die von der Bundeswehr zur Aufklärung genutzten Drohnen erteilt. Beschlossen wurde der Kauf von 140 Präzisionsraketen von Israel Aerospace Industries im Wert von rund 150 Millionen Euro. Während die Kosten hier im Vergleich zu anderen Projekten des Sondervermögens relativ gering sind, ist die politische Dimension umso größer. Lange wurden politische Debatten geführt, ob die Bundeswehr überhaupt bewaffnete Drohnen besitzen solle. Im Koalitionsvertrag der Ampel waren dann allerdings Formulierungen enthalten, die den Weg für die Drohnenbewaffnung frei machten.

Seefernaufklärer: Um die veraltete Flotte von Seefernaufklärern des Typs P3C-Orion zu ersetzen, wurde im Juni 2021 der Kauf von fünf neuen Maschinen aus den USA beschlossen. Aufgabe von Seefernaufklärern ist neben der weiträumigen Überwachung von Seegebieten auch die aktive U-Boot-Bekämpfung mit Torpedos. Die von Boeing produzierten neuen Flugzeuge namens P8-Poseidon sollen 1,1 Milliarden Euro kosten. Im Juli 2022 wurde bereits ein Zusatzpaket für Ausbildung, Ersatzteile und künftige Software-Updates für 341,8 Millionen Euro beschlossen. In aktuellen Berichten ist von der Erhöhung der Bestellung um sieben weitere Maschinen auf dann 12 Seefernaufklärer die Rede.

Dimension See

Die „Dimension See“ umfasst ein Finanzvolumen von 19,3 Milliarden Euro, das ausschließlich der Marine zugutekommen wird. Neben einem who is who der großen deutschen Marineschiffbauer spielt hier ein 2021 besiegeltes größeres Deutsch-Norwegisches Kooperationsprogramm eine besondere Rolle. Drei sehr kleine bzw. öffentlich nicht nachvollziehbare Projekte finden hier keine gesonderte Erwähnung.

Fregatte 126: Bereits seit 2009 plant die Bundeswehr an einem neuen Mehrzweckkampfschiff zu dreidimensionaler Seekriegsführung auf den Weltmeeren. Nach einer europäischen Ausschreibung fiel 2020 die Entscheidung, den Auftrag für das größte Kampfschiff in der Geschichte der Bundeswehr an die niederländischen Damen Werft zu vergeben. Für den Bau von vier Schiffen ist ein Finanzvolumen von 5,6 Milliarden Euro angesetzt. Zum Unmut der deutschen Marineweften werden die Schiffe zwar bei Blohm+Voss in Deutschland gebaut, neben Entwurf und Planung aus

den Niederlanden kommt allerdings auch die Hightech Elektronik an Bord von Thales aus Frankreich. Noch offen ist, ob nur die Kosten für die bereits bestellten vier Schiffe in das Sondervermögen verschoben wurden oder auch die Option auf den Bau von zwei weiteren Fregatten finanziert werden soll.

Korvette 130: Konzipiert für die Randmeerkriegsführung in flachen Gewässern wie der Ostsee befinden sich die ersten fünf Korvetten dieses Typs bereits seit Jahren im Bestand der Marine. Aktuell wird an einem zweiten Los mit fünf weiteren Schiffen für einen Preis von 2,273 Milliarden Euro gebaut. Ziel ist, die Ostseeflotte auf zehn Schiffe aufzustocken. Verantwortlich für die Produktion der Schiffe ist der Werftenzusammenschluss ARGE 130 mit der Lürssen Gruppe als Hauptauftragnehmer. Während Thyssen Krupp Marine Systems (TKMS) an der Konzeption beteiligt ist, werden die Schiffe bei Werften der Lürssen-Gruppe in Wolgast und Hamburg sowie bei der German Naval Yards in Kiel gebaut. Da das erste Los allerdings bereits als veraltet gilt, kursieren Pläne, ein drittes Los zu bestellen, um die ersten fünf Schiffe zu ersetzen. Der aktuelle Rüstungsbericht gibt dem Plan mit dem Prädikat „vorerst nicht finanzierbar“ allerdings keine guten Chancen.

U-Boot U 212 CD: In einem Gemeinschaftsprojekt mit Norwegen plant die Deutsche Marine den Kauf von zwei der modernsten dieselelektrischen U-Booten der Klasse U 212 CD. Im Juni 2021 gab der Bundestag bereits 2,79 Milliarden Euro für das Projekt frei. Gemeinsam mit den vier weiteren U-Booten für Norwegen konnte sich TKMS aus Kiel ein Auftragsvolumen von rund 5,5 Milliarden Euro sichern. Auch bei der U-Boot-Beschaffung brodelt die Gerüchteküche, ob auch hier die Bestellung um zwei auf dann vier U-Boote aufgestockt werden könnte.

Future Naval Strike Missile (FNSM): Teil derselben Deutsch-Norwegischen Marinekooperation ist die Entwicklung und Beschaffung von neuen Raketen für die Bekämpfung von Seezielen und Landzielen im Küstenbereich. Die Raketen sollen auf den Fregatten der Typen F124, F125 und F126 eingerüstet werden. Gebaut werden sie von der norwegischen Rüstungsschmiede Kongsberg. Für ein erstes Los Naval Strike Missile Block 1A genehmigte der Bundestag im letzten Jahr 512,2 Millionen Euro. Noch völlig offen sind Kosten und Beschaffungsumfang für die Weiterentwicklung zur Future Naval Strike Missile.

IDAS – U-Bootflugabwehrkörper: Eine weitere Rakete für die Marine wird zur Bewaffnung der neuen U-Boote U 212 CD entwickelt. Das System soll vom tauchenden U-Boot aus verschossen und primär gegen Luftziele eingesetzt werden. Ein Beschuss von Schiffen und Landzielen ist allerdings auch möglich. Das Entwicklungskonsortium besteht aus Diehl Defence als Hauptauftragnehmer sowie den beiden Kooperationspartnern TKMS und Kongsberg.

Protest „Nein zum 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramm“ vor dem Bundeswehr-Showroom in Berlin im März 2022. Quelle: Flickr/IPPNW Deutschland.

Dimension Land

In der „Dimension Land“ sind Kosten von 16,6 Milliarden Euro im Wirtschaftsplan zum Sondervermögen eingestellt. Hier steht das Heer im Zentrum. Aber auch moderne Feldlazarette für den Sanitätsdienst sind hier eingeplant. Mit Abstand größte Profiteure in diesem Bereich werden die zwei traditionellen deutschen Panzerbauer KMW und Rheinmetall sein.

Nachrüstung Puma: Obwohl die Bundeswehr bereits seit Jahren eine Flotte von 350 modernen Schützenpanzern des Typ Puma unterhält, gelten nur rund 40 von ihnen als „kriegstauglich“. Vor Einrichtung des Sondervermögens war fraglich, ob genügend Geld vorhanden sein wird, um sämtliche bereits bestellten Puma auf das höhere Niveau (VJTF bzw. S1) aufzurüsten. Jetzt soll eine Vertragsoption genutzt werden, um die über 300 verbleibenden Puma „fit“ zu machen. Der Vertrag mit PSM, dem Puma-Konsortium aus KMW und Rheinmetall, wird vermutlich ein Volumen von gut 1,8 Milliarden Euro umfassen.

Nachfolge Marder: Um die Panzertruppe voll auszustatten, reichen die 350 bereits gelieferten Puma allerdings nicht aus. Noch im Frühjahr war von einem zweiten Los mit 229 weiteren Puma Schützenpanzern die Rede, um den veralteten Schützenpanzer Marder für fast vier Milliarden Euro vollständig zu ersetzen. Aktuelle Meldungen verkünden die Reduzierung des zweiten Loses auf 111 Schützenpanzer. Während KMW und Rheinmetall damit weniger Puma verkaufen können, als sie erhofft hatten, gehen sie trotzdem keinesfalls leer aus. So ist mittlerweile davon auszugehen, dass die zweite Hälfte der Schützenpanzer Marder durch Radschützenpanzer des Typ Boxer ersetzt werden. Diese werden von Artec, einem Konsortium, das ebenfalls aus Rheinmetall und KMW besteht, hergestellt und vertrieben. Für die wohl geplanten drei Mittleren Brigaden, ausgestattet mit gepanzerten Radfahrzeugen, gilt der Radpanzer des Typ Boxer CRV II mit einem Turm von Rheinmetall aktuell als aussichtsreichster Kandidat. Laut bisher unbestätigten Berichten in einem Fachmagazin wurde dieses Modell bereits für den „Schweren Waffenträger Infanterie“, ein weiteres Projekt aus dem Sondervermögen, ausgewählt.

Nachfolge Fuchs: Auch für die geplante Ablösung von rund 825 veralteten dreiachsigen Radpanzern Fuchs rechnete sich Rheinmetall mit der modernisierten Version Fuchs 1A9 lange gute Chancen aus. Aufgrund des hohen Preises untersucht das Verteidigungsministerium allerdings bereits alternativen aus Finnland. Zudem bringt sich GDELS als weiterer Konkurrent in Stellung. Bei Stückpreisen zwischen einer und zwei Millionen Euro dürfte der Gesamtwert des Projekts im hohen dreistelligen Millionenbereich oder sogar noch darüber liegen.

Luftlandeplattformen und Überschneefahrzeuge: Gleich zwei Beschaffungsprojekte im Sondervermögen dienen den künftigen zwei Brigaden der Leichten Division (DSK) der Bundeswehr. Für die deutsche Luftlandebrigade sollen gemeinsam mit den Niederlanden zwischen 2.000 und 3.000 leichte Geländewagen beschafft werden. Der bisher aussichtsreichste Kandidat ist das System ATTV, das von Defenture aus den Niederlanden in Kooperation mit KMW angeboten wird. Durch das Sondervermögen beschleunigt sollen erste Fahrzeuge nicht wie geplant ab 2027, sondern bereits 2025 ausgeliefert werden. Darüber hinaus ist die Beschaffung von neuen Überschneefahrzeugen für die Gebirgsjägerbrigade im Wirtschaftsplan aufgeführt. Durch die geplante gemeinsame Beschaffung mit Großbritannien, den Niederlanden und Schweden im Projekt CATV gilt BAE Hägglunds aus Schweden mit dem Beowulf als wahrscheinlichster Kandidat. Die Bundeswehr plant (Stand Oktober 2020) mit 140 Fahrzeugen und einem Beschaffungsvolumen von 276 Millionen Euro.

Main Ground Combat System (MGCS): Zudem ist auch für die Dimension Land ein großes Deutsch-Französisches Entwicklungsprojekt vorgesehen. Die Pläne für einen Kampfpanzer der neusten Generation samt Vernetzung und Drohnenschwärmen existieren bereits seit 2012. Die Fertigstellung ist bis 2035 geplant. Auch hier kommt es in den Verhandlungen zwischen Rheinmetall und KNDS, einem Zusammenschluss aus KMW und Nexter aus Frankreich, zu deutlichen Spannungen. Unabhängig davon sind im Sondervermögen laut Brancheninsidern für den deutschen Anteil der Entwicklungskosten des MGCS bis 2027 insgesamt 746,5 Millionen Euro vorgesehen. Da es sich dabei nur um einen Bruchteil der auf acht Milliarden Euro geschätzten Entwicklungskosten handelt, wird auch hier ein Pfad beschritten, der den deutschen Staatshaushalt auch nach dem Ende des Sondervermögens massiv belasten wird.

Dimension Führungsfähigkeit/Digitalisierung

In vielen Artikel über die Projekte im Sondervermögen gern vergessen oder extrem kurz abgehandelt, soll der vierten Dimenson „Führungsfähigkeit/Digitalisierung“ mit einem Volumen von 20,7 Milliarden Euro hier etwas mehr Raum gegeben werden. Weil in diesem Bereich bisher besonders wenig konkrete Entscheidungen und Zahlen zur Verfügung stehen, liegt der Fokus stattdessen auf deren Funktion für das gesamte System Bundeswehr. Mit den folgenden Projekten will die

Bundeswehr künftig zur vollvernetzten Armee werden. Von den Kommandozentralen in Deutschland bis in die Einsatzgebiete. Damit wird auch die Grundlage zur flächendeckenden Anwendung von Drohnen und KI sowie zur Einbindung der Entwicklungsprojekte FCAS und MGCS gelegt.

Rechenzentrumsverbund: Als IT-Basisinfrastruktur in Deutschland betreibt die Bundeswehr eigene Rechenzentren und Glasfasernetzwerke. Das damalige Megaprojekt Herkules zum Einrichten dieser Strukturen samt Soft- und Hardware für die Endanwender kostete über sieben Milliarden Euro. Verantwortlich für das Projekt war ein Konsortium namens BWI GmbH, dass mittlerweile als hundertprozentiges Staatsunternehmen vom Verteidigungsministerium geführt wird. Bereits 2019 beschloss der Bundestag ein Folgeprojekt mit einem Volumen von über einer halben Milliarde Euro. Mit dem Sondervermögen werden jetzt die seit 2019 gehegten Pläne zur Modernisierung der existierenden Rechenzentren und zum Bau weiterer Serverstandorte für über eine Milliarde Euro realisierbar. Die Rechenzentren dienen als Rückgrat aller weiteren Digitalisierungsschritte.

Satellitenkommunikation der Bundeswehr (SatComBW): Um von den Kommandozentralen in Deutschland mit den Soldat*innen in Einsätzen kommunizieren zu können, nutzt die Bundeswehr aktuell zwei eigene Kommunikationssatelliten von Thales. Bereits im Mai 2022 beauftragte der Bundestag in der Projektphase 2 den Airbus-Konzern mit der Verlängerung des Betriebes der Bodenstation in Weilheim bis 2028 – Projektkosten: 62 Millionen Euro. In der vorgesehenen Projektphase 3 sollen dann bis 2029 zwei neue Kommunikationssatelliten für die Bundeswehr in die Umlaufbahn gebracht werden. Ziel ist u.a. eine hohe Datenfrequenz zwischen Satelliten und Flugobjekten wie dem FCAS zu erreichen.

German Mission Network (GMN): Aktuell baut die Bundeswehr mit dem Projekt HaFIS auf eine komplexe Softwarelösung, die zuvor inkompatible Führungssysteme der einzelnen Teilbereiche miteinander vernetzt. Nach einer Übergangsphase soll das Nachfolgesystem German Mission Network anknüpfen, um eine durchgehende digitale Vernetzung der Führungssysteme der Bundeswehr untereinander und mit NATO-Partnern zu gewährleisten. Ein erster Auftrag wurde bereits an Atos und ESG vergeben. Ob die beiden Firmen aus Frankreich und Deutschland auch die Folgeaufträge aus dem Sondervermögen – Stufe 2; mobile Führungseinrichtungen von Heer und Luftwaffe sowie Stufe 3; Modernisierung der Führungssysteme der Marine - erhalten werden, ist noch offen.

Tactical Wide Area Network (TaWAN): Während SatComBW die IT-Infrastruktur in Deutschland mit den Basisstationen in den Auslandseinsätzen verbindet, soll das künftige TaWAN der Bundeswehr ein Digitalfunknetzwerk über den Einsatzraum legen, um die dortigen Akteur*innen untereinander zu verbinden. Im Gegensatz zum Wide Area Network in Deutschland, einem eigenständigen militärischen Glasfasernetzwerk, das die Bundeswehrstandorte in Deutschland miteinander verbindet, soll es sich bei TaWAN um eine Art militärisches W-Lan auf dem Gefechtsfeld handeln.

Digitalisierung landbasierter Operationen (D-LBO): Um in diesem Netz agieren zu können, müssen innerhalb des Megaprojekts D-LBO alle Fahrzeuge und Soldat*innen mit neuen digitalen Funkgeräten und die Fahrzeuge mit Touchcomputern ausgestattet werden. Darüber hinaus braucht es eine entsprechende Software (Battle Management System/BMS), die für die von der Bundeswehr geführte NATO VJTF 2023 bereits von der dänischen IT-Firma Systematic geliefert wurde. Unter dem Teilprojekt „D-LBO Basic“ soll die gesamte Division 2025 auf den Stand der VJTF 2023 gebracht werden. In einem zweiten Projektschritt ist die Einführung des BMS, samt Digitalfunkgeräten für tausende Fahrzeuge und zehntausende Soldat*innen, sowie die Beschaffung neuer mobiler, voll digitalisierter Gefechtsstände für die gesamte Truppe geplant.

Infanterist der Zukunft (IDZ): Im Haushaltsplan ist das System IDZ nicht in der Dimension, sondern als persönliche Ausstattung gelistet. In seiner Funktion rundet es allerdings die Durchdigitalisierung der Truppe auf unterster Ebene ab, indem es auch die einzelnen Soldat*innen untereinander und mit ihren Gerätschaften und Fahrzeugen vernetzt. Vertrieben wird das Gesamtsystem vom Generalunternehmer Rheinmetall nebst diversen Unterauftragnehmern. Es beinhaltet Tabletcomputer, Stromversorgung und weitere Dinge, die auch rund um ein ziviles Smartphone gebraucht würden – samt Betriebssystem (TacNet) von Rheinmetall. Darüber hinaus gehören auch passende Kleidung, Schutzwesten und Waffenzubehör zum Gesamtpaket. Mit den Mitteln des Sondervermögens soll jetzt wohl die geplante Vollausstattung der Truppe mit der aktuellsten Systemkonfiguration realisiert werden.

Der obige Überblick ist eine gekürzte Version. Die ausführliche Auflistung mit sämtlichen Quellen ist abrufbar unter: www.imi-online.de.

Was kann man tun?

Eine Zusammenstellung

Die folgenden Texte sind Darstellungen, um die wir einige Aktionsbündnisse und Organisationen gebeten haben – sie sind als Bereicherung und Abrundung unseres Schwerpunktes gedacht. Jeder der hier präsentierten Ansätze hat seine Berechtigung und auch seine eigene Geschichte. Als IMI sehen wir es auch als unsere Aufgabe an, auf mögliche Formen und Orte hinzuweisen, wo es unseren Leser*innen möglich ist, sich selbst einzubringen und aktiv zu werden und neue Anregungen für eigenes Tun zu erhalten. Natürlich hätte dieser Block noch um einiges länger werden können – die Auswahl auf diese sechs zu beschränken soll nicht als Zurücksetzung oder gar Ignoranz gegenüber anderen, nicht Genannten, verstanden werden: Schaut in eurer Umgebung, es gibt mehr davon! Für den Inhalt sind die Gruppen selbst verantwortlich.

Kampagne gegen Rüstungsexporte „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ wurde 2011 ins Leben gerufen. Organisatorisch und finanziell von sechzehn Organisationen getragen, engagieren sich im Namen der Kampagne mittlerweile über hundert Organisationen aus dem umwelt-, friedens- und entwicklungspolitischen Bereich sowie verschiedene Kirchen in den Bundesländern gegen die deutsche Rüstungsexportpolitik und für eine verstärkte Wahrnehmung der Auswirkungen der Kriegswaffen- und Rüstungsexporte in den Empfängerländern sowie eine Debatte über die Verantwortung der Bundesregierung und ihrer Genehmigungsbehörden für diese Exporte. Denn Deutschland ist nach den USA, Russland und China mit jährlichen Schwankungen der dritt- bis fünftgrößte Rüstungsexporteur. Obwohl Deutschland im internationalen Vergleich als Land mit den restriktivsten Regelungen gilt, sind die Rüstungsexportgenehmigungen der Bundesregierungen stetig gestiegen und haben im Jahr 2021 mit rund neun Milliarden Euro an Einzelausfuhrgenehmigungen plus zwei Milliarden Euro Sammelausfuhrgenehmigungen ihren bisherigen Rekord erreicht. Besonders problematisch daran ist, dass, obwohl die Herstellung und der Export von Kriegswaffen laut Grundgesetz verboten ist und nur in Ausnahmefällen genehmigt werden darf, Kriegswaffen durchschnittlich 30 Prozent der jährlich genehmigten Rüstungsexporte ausmachen. Und obwohl der Export von Kriegswaffen in sog. Drittstaaten (nicht EU-, NATO- oder NATO-gleichgestellte Staaten) gemäß den Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich nicht genehmigt wird, entfielen in den vergangenen zehn Jahren im Durchschnitt die Hälfte aller Kriegswaffenexporte auf Drittländer.

Zu den Empfängern zählen Staaten mit einer prekären Menschenrechtssituation im Inland, Staaten, die sich von außen in innerstaatliche oder zwischenstaatliche Konflikte einmischen oder solche, in denen selbst interne bewaffnete Konflikte bestehen oder die gegen Waffenembargos der Vereinten Nationen verstoßen.

Zwischen der Theorie – also den internationalen, europäischen und nationalen Gesetzen und Grundsätzen – und der Praxis klafft folglich eine eklatante Lücke, die aus Sicht der Kampagne nur mit einer gesetzlichen Neuregelung geschlossen werden kann. Daher wurde die Kampagne mit dem Ziel initiiert, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu schaffen, dass durch eindeutige und strenge Kriterien, absolute Verbote, mehr Transparenz, begründungspflichtige Ausnahmegenehmigungen und ein Verbandsklagerecht die bisherige Rüstungsexportpolitik in enge Schranken weist und welches unabhängig vom politischen Willen der Entscheidungstragenden in Regierung und Behörden tatsächlich restriktiv und juristisch überprüfbar wird. Dieses Rüstungsexportkontrollgesetz ist mit der Regierungsbeteiligung von Bündnis90/Die Grünen und dem

Start des Gesetzgebungsprozesses bereits im Frühjahr 2022 unter Führung des grünen Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium Sven Giegold in greifbare Nähe gerückt. Die Kampagne hat sich dabei bisher mit einer Stellungnahme und der Teilnahme an dem ersten Fachgespräch zum Gesetz beteiligt.

Die Kampagnenarbeit erstreckt sich neben dieser konkreten Lobbyarbeit von zentralen und dezentralen öffentlichkeitswirksamen Kunst- und Protestaktionen (die z.T. auch ausgezeichnet wurden), Diskussions- und Informationsveranstaltungen über Medienkooperationen, Unterschriftensammlungen und Initiierung Offener Briefe und Appelle bis hin zu Strafanzeigen gegen Rüstungsunternehmen wegen des Verdachts illegaler Waffenlieferungen (2021 wurden die Firmen Heckler & Koch für illegale Waffenlieferung nach Mexiko und SIG Sauer für illegale Waffenlieferung nach Kolumbien jeweils letztinstanzlich vom Bundesgerichtshof verurteilt.).

Weitere Infos:
www.aufschrei-waffenhandel.de
https://twitter.com/AktionAufschrei

Volksinitiative gegen Rüstungsexporte – Mit einem zivilen Hafen und einer Friedensstadt Hamburg für eine zivile Zeitenwende

Der Hamburger Hafen ist seit jeher „Tor zur Welt“. Als ziviler Hafen kann er mit Kooperation und Völkerverständigung zu guten Lebensbedingungen in aller Welt beitragen; zu egalitärem Handel, guter Arbeit, Bildung und Gesundheit, kulturellem Austausch und der Überwindung der Klimakrise. Damit würde er erfüllen, was als Konsequenz aus Faschismus, zwei Weltkriegen und Kolonialismus seit 1952 in der Präambel der Hamburger Verfassung steht: „Die Freie und Hansestadt Hamburg […] will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein“

Mit einem breiten Bündnis rund um die Hamburger Friedensbewegung haben wir uns vorgenommen, genau das heute zu verwirklichen. Das alltägliche Geschäft mit dem Tod wollen wir stoppen und wenden uns gegen den 70-jährigen Verfassungsbruch des Senats. Denn: Über 90 Firmen in und um Hamburg sind an Rüstungsproduktion beteiligt, während der Hamburger Hafen einer der größten Umschlagplätze für Waffen und Munition, Panzer und Kriegsschiffe ist. Wie sollen Waffen Frieden schaffen, wenn sie z.B. in Mexiko gegen die Studierendenbewegung eingesetzt werden, die für emanzipatorische Bildung kämpft? Ob im Jemen, in Syrien, in der Ukraine und allen anderen kriegerischen Auseinandersetzungen: Nur Diplomatie, Verhandlungen und die Kooperation der Bevölkerungen schaffen Frieden! Mit dem Mittel der Volksgesetzgebung nehmen wir die Geschichte selbst in die Hand. Die erste Stufe ist mit über 16.000 Unterschriften und Gesprächen bereits geschafft. Die zweite Stufe versucht der Hamburger Senat aktuell verzweifelt mit einer Überprüfung vor dem Landesverfassungsgericht zu verhindern, damit der Hafen weiter für Rüstungsgeschäfte, Bundeswehr und Nato nutzbar bleiben soll. Das ist der lokale Ausdruck der derzeitigen historischen Entscheidungssituation zwischen Militarisierung und einer zivilen Wende, zwischen 100 Mrd. für Aufrüstung oder Sozialstaatsausbau.

Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bevölkerung erstreiten wir als Teil der weltweiten Friedensbewegung eine humane Alternative gegen jeden Krieg. In Deutschland finden gerade für gute soziale Bedingungen die größten Hafenstreiks seit 40 Jahren statt. Zusammen mit ihnen und mit den Hafenarbeiter:innen in Genua, Le Havre, Bilbao, Alexandroupolis und vielen weiteren, die sich weigern, Waffen zu verladen, schaffen wir einen, zwei – hundert zivile Häfen! Im gemeinsamen Bewusstsein, dass wir als Bevölkerungen den Reichtum erarbeiten, der bereits jetzt allen Menschen ein Leben in Würde und Frieden ermöglichen kann, sagen wir: Krieg beginnt hier, also stoppen wir ihn auch hier. Wir sind Beginner:innen für ein gutes Leben an jedem Ort auf der Welt. Lasst uns kollektiv „Nein“ sagen!

Hier könnt ihr mitmachen - Aktuelle Infos und Anmeldung zum Newsletter:
kontakt@ziviler-hafen.de
www.ziviler-hafen.de

Greenpeace – Frieden

Der Kampf gegen Aufrüstung und Krieg ist elementarer Bestandteil der Greenpeace-Geschichte. Seit der Gründung der Organisation 1971 haben Greenpeace-Aktivist:innen gegen Atomwaffen und gegen Krieg und Militarisierung gekämpft. Bei Greenpeace Deutschland war die Friedensarbeit zwischenzeitlich in den Hintergrund getreten, seit 2019 ist jedoch wieder ein großes Friedensteam in der Zentrale in Hamburg aktiv. Kampagnenschwerpunkt war zu Beginn die Arbeit gegen die zügellosen deutschen Waffenexporte. Greenpeace setzte sich für ein Rüstungsexportkontrollgesetz mit einem Exportverbot für Drittländer ein. So protestierten Aktivist:innen mit Aktionen gegen Waffenlieferungen

in den Jemen-Krieg durch Konzerne wie Rheinmetall und gegen den Export von Schusswaffen an US-Polizeibehörden, die durch tödliche Gewalt gegen Afroamerikaner auffällig geworden waren. Ergänzt wurde dies durch fachliche Arbeit wie Studien zur (fehlenden) rechtlichen Gültigkeit des deutsch-französischen Abkommens, über den Export gemeinsam hergestellter Waffensysteme oder einer Bilanz von drei Jahrzehnten deutscher Rüstungsexportpolitik.

Gleichzeitig engagiert sich die Organisation für Deutschlands Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag, gegen die US-Atombomben auf dem Fliegerhorst Büchel und die Beschaffung eines Nachfolgeflugzeuges für das Trägersystem Tornado. Zuletzt erschien eine Studie über die Mängel des Kampfflugzeuges F-35, das von der Bundesregierung mittlerweile als Tornado-Nachfolger bestimmt wurde.

Der Bedeutungszuwachs von Atomwaffen in den Militärplanungen nach Ausbruch des Ukraine-Krieges unterstreicht die Notwendigkeit der Arbeit gegen Atomwaffen nochmals nachdrücklich. Auch die Militarisierung auf EU-Ebene und der militärische Schutz für die Einfuhr der fossilen Energieträger Erdöl und Erdgas durch EU- (und NATO-) Missionen ist im Blickfeld der Greenpeace-Friedensarbeit. Der Report „The Sirens of Oil and Gas in the Age of Climate Crisis“ bestimmte solche Missionen und ihre Kosten. 2021 protestierten Greenpeace-Aktivist:innen im italienischen Marinehafen La Spezia bei der Rückkehr der Fregatte „Marceglia“: Das Kriegsschiff hatte Öl- und Gasfelder des italienischen Energieriesens ENI im Golf von Guinea militärisch geschützt.

In diesem Jahr standen der Ukraine-Krieg und seine unmittelbaren sicherheitspolitischen Folgen im Mittelpunkt der Friedensarbeit. Greenpeace war Mitorganisator der großen Friedensdemo in Berlin am 27. Februar mit 500.000 Teilnehmer:innen und auch zwei Wochen später bei den deutschlandweiten Demonstrationen dabei, wo sich nochmals weit über 100.000 Menschen versammelten. Mit Aktionen haben sich Aktivist:innen in Deutschland und anderen Ländern für den Stopp der Einfuhr von fossilen Energieträgern aus Russland eingesetzt, um die Finanzierung des völkerrechtswidrigen Krieges zu erschweren. Die Aufrüstung der Bundeswehr mit Hilfe des 100-Milliarden-Sondervermögens lehnt Greenpeace entschieden ab. Greenpeace-Studien zeigten auf, dass die westlichen Staaten schon heute nicht nur absolut, sondern auch kaufkraftbereinigt ein Vielfaches mehr für das Militär ausgeben als Russland und dass angesichts des dysfunktionalen Beschaffungswesens der Bundeswehr bis zu einem Drittel des Sondervermögens ohne Gegenwert verschwendet werden würde.

Die Arbeit gegen Krieg, Militarisierung und Atomwaffen wird auch in Zukunft integral zu Greenpeace gehören. Frieden und Umwelt sind untrennbar verbunden: Ohne eine intakte Umwelt wird es keine friedliche Welt geben und ohne eine friedliche Welt keine intakte Umwelt.

Alle erwähnten Texte und Infos:
www.greenpeace.de/frieden/

Protest vor der Rheinmetall-Aktionärsversammlung 2019 in Berlin. Quelle: Flickr/Uwe Hiksch.

Quelle: Offensive gegen Aufrüstung.

Offensive gegen Aufrüstung – Klassenkampf statt Burgfrieden

„Die Propaganda des Kriegs werden wir nicht unwidersprochen, das größte Aufrüstungspaket der Geschichte der BRD nicht unbeantwortet lassen.“ – So lautet das Ziel der Kampagne „Offensive gegen Aufrüstung – Klassenkampf statt Burgfrieden“.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und ihrer ungebremsten Aufrüstung insbesondere durch NATO-Staaten ist der Sog der deutschen Kriegspropaganda gegen Russland enorm. Auch Teile der sich eigentlich als links und antimilitaristisch bzw. pazifistisch verstehenden politischen Bewegung stimmen mit ein, während andere dieser rasanten Entwicklung paralysiert gegenüberzustehen scheinen. Es hätte für die Herrschenden kaum einen besseren Moment gegeben, um das gigantische 100 Milliarden-Aufrüstungsprogramm zu verabschieden und eine Zeitenwende hin zu mehr aktiver deutscher Kriegsbeteiligung zu forcieren. Mit unserem Aufruf stellen wir uns gegen diesen Trend. Es heißt darin: „Wir stimmen nicht ein in das Kriegsgeheul, in die Forderungen nach Waffenlieferungen und militärischem Eingreifen. Auch wenn wir damit zur Zeit einen schweren Stand haben, ist das die richtige Position. Die Position, die wir verteidigen und gemeinsam sichtbar machen müssen.“

Inzwischen beteiligen sich fast 60 linke, klassenkämpferische und antimilitaristische Gruppen, Organisationen und Parteigliederungen. Im Rahmen der Aktivitäten zum 1. Mai, aber auch Anfang Juni, als das Bundeswehr-Aufrüstungsprogramm in den deutschen Parlamenten mit großer Mehrheit abgenickt wurde, gingen Antimilitarist:innen bundesweit unter unserem gemeinsamen Label mit Kundgebungen und Demos auf die Straße. Dort wurde deutlich gemacht, dass die Lohnabhängigen aller beteiligten Länder in diesem Krieg der Herrschenden nur verlieren können und dass unser Hauptfeind noch immer im eigenen Land steht.

Es ist uns wichtig, mit dieser Stoßrichtung nicht im Abstrakten zu bleiben, weshalb wir im gemeinsamen Aufruf auch betonen: „Als Kriegsgegner: innen in Deutschland sind unsere Feinde die deutschen Rüstungskonzerne und Banken, ihre politischen Handlanger in den Parteispitzen der bürgerlichen Parteien, sowie die Medien, die uns aufhetzen sollen. Diese müssen wir angreifen und entlarven.“

Diskussionen über den Kauf neuer Hightech-Waffen für die BRD, über die Abwälzung der Folgen des Wirtschaftskrieges zwischen der EU und Russland auf die einfachen Menschen oder über eine „Kriegs-Soli-Steuer“ zeigen, wohin die Reise geht und sie zeigen, dass Widerspruch, Protest und Widerstand jetzt an verschiedenen Stellen bitter nötig ist. Die Aufrüstung, der nationale Taumel und die weiter voranschreitenden sozialen Krisen werden uns vor neue Herausforderungen stellen, die ohne klassenkämpferischen Zugang und praktische Handlungsfähigkeit nicht zu meistern sein werden.

Wir wollen in nächster Zeit den Antikriegstag am 1. September und die Rheinmetall-Entwaffnen-Aktionstage vom 30.8. bis zum 4.9. nutzen, um in diesem Sinne in Bewegung zu kommen.

Weitere Infos: www.hauptfeind.de

Das RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.) Von der Recherche zur Aktion

Im Jahr 1992 gründeten wir in Freiburg das „RüstungsInformationsBüro e.V.“ als gemeinnützigen Verein. Seither haben wir mit dem RIB richtig viel erreicht und erfreuliche Erfolge erzielt. Zu unseren Projekten zählen beispielsweise

- der Aufbau und die Digitalisierung des mittlerweile größten Archivs der Friedensbewegung zu Fragen der Rüstungsproduktion und des -exports in Deutschland. Dies gelang durch die Zusammenführung der vormals drei eigenständigen Archive des RIB e.V., der Kampagne „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen!“ bei OHNE RÜSTUNG LEBEN (ORL) und des Bundeskongresses Politischer Aktionsgruppen (BUKO);
- die Initiierung der Kampagne zu Panzerabwehrrichtminen des Daimler-Konzerns als Beteiligung an der Internationalen Kampagne gegen Landminen; die Mitinitiierung und Mitträgerschaft der Kampagne „Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition!“;
- die Gründung der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ (2011) gemeinsam mit befreundeten Friedens- und Entwicklungsorganisationen. Heute sind wir Deutschlands größte Kampagne aller Zeiten gegen Waffenhandel;
- die Herausgabe des DAKS-Newsletters (Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen), ab 2022/2023 Neugründung als RIB-Journal mit wissenschaftlichem Anspruch;
- die Gründung des weltweiten Netzwerks GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE. Beim GN-STAT recherchieren und publizieren wir weltweite Fälle des legalen und illegalen Waffenhandels in mehreren Weltsprachen. Zuletzt veröffentlichten wir, gemeinsam mit terre des hommes, mit CASE 07 die weltweit erstmalige Rüstungsrecherche über die Bewaffnung von Kindersoldaten auf mehreren Kontinenten (siehe www.gn-stat.org);
- die Organisation gewaltfreier Aktionen vor den Werkstoren von Rüstungsfirmen. Mit der Gründung der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (2018) zusammen mit der DFG-VK, ORL u.v.a. nehmen wir aktiv an den Hauptversammlungen der Heckler & Koch AG (H&K) teil, fordern gemeinsam mit dem Dachverband der Kritischen Aktionär:innen in Köln in Gegenanträgen die Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat und bringen mit einer Vielzahl kritischer Fragen Licht ins Dunkel der Machenschaften des tödlichsten Unternehmens in Deutschland;
- die Stellung von Strafanzeigen wg. widerrechtlichen Waffenhandels. So konnten ehemalige Mitarbeiter und das Unternehmen Heckler & Koch vom Landgericht Stuttgart (2019) und vom Bundesgerichtshof (2021) wegen illegaler G36-Gewehrexporte in Unruheprovinzen Mexikos verurteilt werden;
- die Mitarbeit beim Corruption Tracker (seit 2020) zur weltweiten Aufklärung über Fälle der Korruption bei Rüstungsexportgeschäften (siehe https://corruption-tracker.org).

Auch für die Zukunft haben wir uns viel vorgenommen, was wir Ihnen und euch im persönlichen Gespräch gerne vorstellen. Gerne informieren wir euch über die vielzähligen Aktivitäten des RIB e.V.. Über Ihr/euer Interesse an unserer Arbeit würden wir uns freuen.

Friedensarbeit benötigt Unterstützung, deshalb unsere Bitte: Werden Sie Mitglied beim RüstungsInformationsBüro e.V.. Oder arbeiten Sie mit beim GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE. Bei uns kannst du auch Praktika und den Bundesfreiwilligendienst (BFD) absolvieren.

Da wir gemeinnützig sind, können Sie Ihre Spenden steuerlich absetzen. Wenn Sie mit uns in Kontakt treten wollen, wenden Sie sich bitte an:

RüstungsInformationsBüro, RIB e.V. / ArmsInformationCentre mit dem GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE

79106 Freiburg, Stühlinger Straße 7, Deutschland
Tel.: 0049-761-76 78 088, E-Mail: rib@rib-ev.de

Weitere Infos: www.rib-ev.de

Rheinmetall entwaffnen

Im April 2018 gründete sich in Niedersachsen das Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“. Beteiligt waren unter anderem Gruppen und Einzelpersonen aus der Kurdistan-Solidarität, der Friedens- und Antimilitarismus-Bewegung, sowie Gewerkschaftsvertreter*innen.

Unter dem Motto „Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier“ fand eine erste große Bündnisaktion rund um den Antikriegstag am 1. September am Rheinmetall-Standort Unterlüß (Lüneburger Heide) statt. Damit knüpft das Bündnis an erfolgreiche vergangene Aktivitäten gegen Rheinmetall an, wie zum Beispiel Aktionen an den Gefechtsübungszentren (GÜZ) in der Heide.

Quelle: Rheinmetall Entwaffnen.

Ein sehr wichtiger Teil des Bündnisses waren von Anfang an die internationalen Kontakte. Darunter Solidaritätsinitiativen mit Kurdistan sowie Organisationen der Freiheitsbewegung Kurdistans, aber auch antimilitaristischen Aktivst*innen in Sardinien, Südafrika, Australien und Mexiko. Heute besteht das bundesweite Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“ aus über 20 Gruppen und Einzelpersonen und ist in der antimilitaristischen Bewegung ein fester Akteur und Bezugspunkt.

Neben dem jährlichen Antikriegstag ist die Jahreshauptversammlung der Rheinmetall-Aktionär*innen Anfang Mai seit 2018 Ziel antimilitaristischen Protestes des Bündnisses. Neben den seit 2018 jährlichen Großaktionen des Bündnisses finden jährlich kreative und mobilisierende Veranstaltungen statt. Zudem sieht es das Bündnis als seine Aufgabe, über politische Entscheidungen zu Waffenproduktionen und Exporten zu informieren und sich solidarisch mit weiteren Akteur*innen der Antimilitaristischen Bewegung zu zeigen. Als größter deutscher Rüstungskonzern ist Rheinmetall namensgebend für das Bündnis. Jedoch richten sich die vielfältigen Aktionen auch gegen weitere Rüstungskonzerne wie beispielsweise Krauss-Maffei Wegmann AG und Heckler & Koch.

Die Forderung nach dem sofortigen Stopp aller Rüstungsproduktionen verbindet verschiedene politische Kämpfe. Als Bündnis versuchen wir daher, in unseren Debatten und Aktionen so vielfältig und entschlossen zu sein wie die Bewegungen, aus denen wir kommen. Unsere Interpretation eines neuen Antimilitarismus ist eine gesamtgesellschaftliche und eine intersektionale. Antimilitarismus bedeutet nicht nur die Ablehnung von Krieg. Es bedeutet eine Gesellschaft neu zu denken, in der Unterdrückungsmechanismen aufgebrochen und Herrschaftsstrukturen abgeschafft sind. In der Staaten und Regierende durch das solidarische globale Kollektiv abgelöst werden. Verschiedene intersektionale Perspektiven auf Antimilitarismus können in den vom Bündnis veröffentlichten Kommuniqués nachgelesen werden. Um das Ziel einer solchen Gesellschaft zu erreichen, braucht es vor allem Bildung, Begegnung und Bewegung. Diesen Dreiklang versuchen wir mit unserem Angebot aus Camp, Demonstration und Aktion erfolgreich zu erzielen. So auch dieses Jahr in Kassel. Kassel ist die Stadt der Künste. In diesem Jahr findet wie alle 5 Jahre von Juni bis September die weltweit größte Ausstellung für zeitgenössische Kunst in Kassel statt; die „documenta fifteen“. Schon fast traditionell entfalten sich dabei Räume für Protest und Widerstand. Die ganze Welt blickt in diesen 100 Tagen auf Kassel und dies wird uns eine Bühne sein. Aber nicht nur das: Künstler*innenkollektive aus aller Welt sind gleichfalls vor Ort und ein Hauch von Internationalismus wird durch die Straßen wehen, wenn sie uns von ihren Kämpfen erzählen. In diesem Jahr wird die documenta von dem indonesischen Kollektiv ruangrupa kuratiert, das die Bedeutung von Nachhaltigkeit und globaler Gerechtigkeit besonders betont. Kassel, die Stadt der Rüstung. Ein zentral in der Bundesrepublik gelegener Waffenproduktionsort. Seit über 100 Jahren werden hier Tod und Leid produziert, mit denen Deutschland die Welt überzieht. Das deutsche Rüstungszentrum wurde deshalb im Zweiten Weltkrieg zerbombt, was sich heute noch in der Stadtarchitektur zeigt, und wurde bald wieder zur Waffenschmiede. Aus Kassel kommen beispielsweise die Leopard-2-Panzer. Um Angriffskriege zu stoppen, müssen wir hier die Rüstungsindustrie angreifen. In diesen Widerspruch von Kunst und Krieg werden wir uns im Sommer 2022 bewegen.

Mehr Informationen zu unseren Aktionen in Kassel und zur Arbeit des Bündnisses im Allgemeinen finden sich auf dem Blog: https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/

Divisionen im Eiltempo – 2025, 2027...

Bundeswehr auf NATO-Kurs?

von Martin Kirsch

Pünktlich zum NATO-Gipfel in Madrid Ende Juni 2022 wurden auch die neuen Strukturpläne des Bündnisses veröffentlicht.[1] Demnach sollen nicht nur die unmittelbar an der Ostflanke stationierten Bündnistruppen aufgestockt werden, auch die Eingreiftruppen des Bündnisses sollen massiv wachsen. Bisher hatte die NATO Response Force (NRF) einen Umfang von gut 40.000 Soldat*innen. Hinzu kam die Planung der NATO-Bereitschaftsinitiative, die die Bereitschaft von weiteren rund 30.000 Truppen vorsah. Im Rahmen des sogenannten New Force Model wird jetzt mit der Mobilisierung von bis zu 800.000 Soldat*innen unter dem Kommando des Bündnisses geplant.

Bereits vor zwei Jahren hatte die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer das Ziel ausgegeben, Deutschland solle 10% der NATO-Fähigkeiten zur Verfügung stellen.[2] Was das genau bedeutet und wie die Bundeswehr das leisten soll, beantwortete sie damals nicht. Jetzt ist die Rechnung klarer. Die Bundeswehr müsste, um ein Zehntel der NATO-Truppen zu stellen, 80.000 Soldat*innen samt Schiffen und Flugzeugen in abgestufter Kampfbereitschaft halten.

Eine Veröffentlichung des Reservemagazins Loyal gibt jetzt zumindest erste Einblicke in die Planungen der Bundeswehrspitze. In einem „Zielbild Einsatzkräfte Heer“ wird der aktuelle Verhandlungsstand zur künftigen Struktur der Truppe aufgezeigt.

NATO New Force Model

Laut den in Madrid veröffentlichten Plänen will sich die NATO bis 2025 in die Lage versetzen, bis zu 800.000 Soldat*innen zu mobilisieren. In einer ersten Phase (Tier 1) innerhalb von zehn Tagen ist die Abrufbereitschaft von 100.000 Soldat*innen geplant. Darunter eine 40.000 Soldat*innen umfassende Schnelle Eingreiftruppe (Allied Reaction Force), die permanent der NATO unterstehen soll.[3] In einem zweiten Schritt (Tier 2) sollen innerhalb von zehn bis 30 Tagen 200.000 weitere Soldat*innen aktiviert werden können. Schlussendlich ist der Plan, im Ernstfall eine Truppenstärke von bis zu 800.000 zu erreichen. Dazu würden in einer dritten Phase (Tier 3) innerhalb von ein bis sechs Monaten 500.000 weitere Soldat*innen aktiviert.

Neben dieser Verzehnfachung der für die Mobilisierung unter NATO-Kommando eingeplanten Truppen soll auch die Präsenz des Bündnisses entlang der Ostflanke aufgestockt werden. Bisher war die NATO Response Force (NRF) für örtlich undefinierte Einsätze auf dem gesamten Globus vorgesehen. Abgesehen von der Allied Reaction Force, die diesen Job übernimmt, ist jetzt geplant, den jeweiligen nationalen Armeen klare Einsatzräume entlang der Ostflanke zuzuweisen. Für Deutschland könnte das einen Bereich zwischen Litauen im Norden und der Slowakei im Süden bedeuten.Diese Verortung soll nicht nur für die NATO-Battlegroups gelten, die von Bataillons- auf Brigadestärke (bis zu 5.000) aufgestockt werden. Auch die Folgekräfte sollen bereits in definierten Einsatzräumen üben, um die lokalen Truppen und geographischen Gegebenheiten kennenzulernen. Zudem ist von der Einlagerung von Material wie Munition, Verpflegung, aber auch Großgerät in diesen Einsatzräumen die Rede.[4]

Mit der aktuellen Truppenrotation wurde die Battlegroup in Litauen unter deutscher Führung bereits um Anteile eines Brigadestabes ergänzt.[5] Über die weiteren deutschen Pläne war bisher nur bekannt, dass die Bundeswehr ab 2025 bis zu 30.000 Truppen mit 85 Schiffen und Flugzeugen in 30-Tage-Bereitschaft halten will.[6] Mit welchen Truppen das aber geschehen sollte, blieb offen.

Zielbild Einsatzkräfte Heer

Am 8. August 2022 veröffentlichte das Magazin des Reservistenverbandes „Loyal“ erste Einblicke in die Planungen für die neuen Strukturen der Bundeswehr.[7] Auch wenn es sich dabei explizit nicht um einen von

der Ministeriumsspitze beschlossenen Plan handelt, sondern um den aktuellen Verhandlungsstand, gibt das dort gezeigte „Zielbild Einsatzkräfte Heer“ einen Eindruck davon, wohin die Reise gehen wird.

Sofort ins Augen fällt, dass entgegen dem „Plan Heer“ von 2018 (erste Division bis 2027 und zwei weitere bis 2031) nicht nur die Fertigstellung der ersten Division (10. Panzerdivision), wie bereits im März angekündigt, den NATO-Zielen entsprechend bis 2025 einsatzbereit gemacht werden soll.[8] Laut dem „Zielbild Einsatzkräfte Heer“ ist auch die Einsatzbereitschaft einer zweiten Division (1. Panzerdivision) bereits bis 2027 geplant. Die dritte Division (DSK) würde dann, folgt man einer Rede von Heeresinspekteur Mais, bis Ende der Dekade voll einsatzbereit sein.[9]

Ansonsten sieht die Struktur der alten oberflächlich relativ ähnlich. Es gibt drei Divisionen und je nach Zählung siebeneinhalb bis acht Brigaden. Der Blick ins Detail zeigt allerdings einige relevante Umbauten. Darunter auch den Aufbau bisher nicht existenter Korpstruppen.

Korps- und Divisionstruppen

Vor 1990 bestand die Bundeswehr aus 36 Brigaden (ca. 5.000 Soldat*innen) in 12 Divisionen (bis zu 20.000), die wiederum in drei Korps (50-100.000) gegliedert waren. Während die Brigaden die Kampftruppen und einige Unterstützungstruppen beinhalteten, fand sich das Gros der Unterstützungstruppen auf Korps und Divisionsebene. In den 2000er Jahren wurden diese Ebenen massiv abgebaut. Für Auslandseinsätze waren die Massen an Unterstützungstruppen schlicht nicht nötig. Wie aus einem Baukasten wurden Einsatzkontingente für Afghanistan oder Mali zusammengebaut. Die Pläne, wieder Korps- und Divisionstruppen aufzubauen und sich damit wieder für einen potenziellen Krieg mit Russland zu rüsten, existieren seit 2018. Die NATO fordert diese Unterstützungskräfte für die Meldung von Großverbänden für das Bündnis. Jetzt werden sie erstmals konkreter. Mit wenigen Ausnahmen sollen in den drei geplanten Divisionen und auf Korpsebene wieder Fernmelde-, Artillerie-, Aufklärungs-, Pionier- und Versorgungsbataillone angesiedelt werden. Im Vergleich zum jetzigen Stand müssen die Bataillone der Fernmelde- und Artillerietruppe dafür etwa verdoppelt werden.

Quelle: Wikipedia. Bildmontage IMI.

Die 2021 von Kramp-Karrenbauer angekündigte Auflösung der Streitkräftebasis (SKB) und die Teilung des Sanitätsdienstes[10] wird nach aktuellen Plänen allerdings nicht kommen. Vielmehr ist geplant, spezifische Einheiten der Flugabwehr (Luftwaffe), der Logistik, Militärpolizei, ABC-Abwehr und Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit (SKB), des Sanitätsdienstes und den durch das Kommando CIR geführten Truppen für Elektronische Kampfführung und Operative Kommunikation der drei Divisionen zuzuordnen.[11]

Die Einheiten verbleiben dann im Normalbetrieb unter dem Kommando ihres jeweiligen Organisationsbereichs. In einem sogenannten Couleurverhältnis üben sie aber regelmäßig zusammen mit den Heerestruppen, mit denen sie auch in den Kampf ziehen würden.

Deutsch-Niederländische Heereskooperation

Über die bereits beschriebenen Veränderungen hinaus fällt auf, dass auch drei Brigaden der niederländischen Armee auf dem Schaubild auftauchen. Bereits seit 1995 haben sich das deutsche und das niederländische Heer zusammengeschlossen und betreiben gemeinsam das 1. Deutsch-Niederländische Korps mit Sitz in Münster. In den letzten Jahren wurde außerdem eine weitreichende Heereskooperation vereinbart.[12] Sowohl die Doktrin als auch das Material der Niederländer und der Deutschen sollen schrittweise angeglichen werden, um gemeinsam kämpfen zu können. In 2014 wurde die 11. Luftmobile Brigade der niederländischen Armee in die deutsche Division Schnelle Kräfte integriert. Zwei Jahre später folgte die Integration der 43. Mechanisierten Brigade in die 1. Panzerdivision - samt Aufbau eines Deutsch-Niederländischen-Panzerbataillons in Bergen-Lohheide in Niedersachsen.

Die niederländischen Brigaden stehen weiterhin unter niederländischem Befehl. Sie üben aber im Rahmen der deutschen Divisionen und können so ohne Vorbereitung zusammen in den Kampf geschickt werden. Im Gegenzug ist die deutsche Marineinfanterie in das niederländische Korps Marinier integriert.

Mit der jetzt angekündigten Integration der 13. Leichten Brigade (Infanterie mit Boxer) in die 10. Pan-

zerdivision sind alle drei niederländischen Brigaden mit je einer deutschen Division verzahnt.

Gemeinsam mit den niederländischen Brigaden bestehen die zwei Panzerdivisionen damit aus je einer Panzerbrigade, einer Panzergrenadierbrigade und zwei Mittleren Brigaden.

Mittlere Kräfte – In Tagen an der Bündnisgrenze

Nach längeren Diskussionen und Vorbereitungen scheint es jetzt festzustehen: Die Jägertruppe der Bundeswehr, Infanterie mit Radpanzerfahrzeugen, wird grundlegend umgebaut. Als Ziel sollen drei Mittlere Brigaden entstehen. Diese beinhalten nicht nur neue Radschützenpanzer – Boxer mit Turm für Maschinenkanone und Panzerabwehrraketen – für die Kampftruppe, sondern auch auf Radpanzern oder LKW bewegliche Unterstützungseinheiten.

Diese neuen Mittleren Brigaden sind zwar deutlich leichter bewaffnet und gepanzert als die klassischen Panzer(grenadier)brigaden. Ihr Vorteil ist aber die hohe Beweglichkeit.[13]

Mit unter 40 Tonnen je Fahrzeug können sie über alle Brücken fahren, die für größere zivile LKW zugelassen sind. Außerdem können sie sich auf den eigenen Rädern quer durch Europa bewegen und sogar in zwei Tagen aus eigener Kraft zentrale Teile der Ostflanke der NATO erreichen. Für die Verlegung einer Panzerbrigade wären Sattelschlepper bzw. Güterzüge und eine deutlich längere Transportzeit nötig. Diese Funktionsweise wurde im Februar 2022 von einer US Stryker Brigade mit Radpanzern vorgeführt. Noch vor Kriegsausbruch verlegte sie innerhalb von Tagen Einheiten aus Süddeutschland nach Ungarn, Rumänien und Bulgarien, um dort Präsenz zu zeigen.[14]

Nach diesem Vorbild soll neben der bisherigen Panzerbrigade 21 aus NRW auch die bisherige Panzergrenadierbrigade 41 aus Mecklenburg-Vorpommern umgebaut werden, die dann für das Kommando der NATO-Truppen in Litauen und die schnelle Verlegung von Bundeswehreinheiten dorthin zuständig sein soll. Über diese Funktion für Abschreckung und Krieg in Europa hinaus können die Mittleren Kräfte mit relativ geringem Aufwand in Transportflugzeuge verladen und so auch in Auslandseinsätze weltweit geflogen werden.

Im Kern sind die Mittleren Kräfte allerdings die neue Fähigkeit der Bundeswehr, mit der die Aussage von Kanzler Scholz „Wir werden jeden Zentimeter des Nato-Territoriums verteidigen“ umsetzbar gemacht werden soll. In ihrer Aufstellung steckt die Klarheit, dass die Bundeswehr im Ernstfall nicht mehr an der Elbe und im Bayerischen Wald kämpfen wird, sondern an den Grenzen zu Belarus und Russland.

Leichte Division

Das Einfliegen von Soldat*innen ist allerdings die Spezialität der dritten Division der Bundeswehr. Bisher existierte die Division Schnelle Kräfte (DSK) aus Stadtallendorf in Hessen eher als organisatorischer Rahmen für Fallschirmjäger, Spezialkräfte und Hubschraubereinheiten. Das ändert sich jetzt. Auch die DSK erhält Divisionstruppen und gibt das Kommando Hubschrauber an die Korpsebene ab. Dafür bekommt sie das Kommando über die Gebirgsjägerbrigade 23 aus Bad Reichenhall. Die Gebirgsjäger werden vollständig zu leichten Luftbeweglichen Infanterieverbänden für den Kampf in extremem Gelände und unter extremen Witterungsbedingungen umgebaut. Das beinhaltet nicht nur Gebirge und Hochgebirge wie im Alpenraum, sondern auch extreme Kälte in der Arktis (Norwegen/Finnland/...), Hitze und Trockenheit in der Wüste (Afghanistan/Mali/...) sowie Hitze und Feuchtigkeit im Dschungel (Tropen).

Zudem werden die Strukturen der Gebirgsjägerbrigade und der Luftlandebrigade 1 angeglichen. Dort werden wieder, wie bereits vor 1990, drei Fallschirmjägerbataillone samt Unterstützungskräften angesiedelt. In Merzig im Saarland entsteht dafür eine neues Fallschirmjägerbataillon. Die so reorganisierte Fallschirmjägerbrigade könnte dann z.B. im Rahmen der bereits erwähnten Allied Reaction Forces der NATO unterstellt werden.

Das für die sogenannte Nationale Krisenvorsorge äußerst relevante Fallschirmjägerregiment in Seedorf bleibt nämlich parallel bestehen. Dort werden alle vier Spezialfallschirmjägerkompanien (EGB)[15] angesiedelt. Diese können weiter zur Unterstützung der Spezialkräfte (KSK und KSM) eingesetzt werden. Ihr Hauptauftrag ist allerdings die Rettung von im Feindgebiet isolierten Soldat*innen und die Durchführung von Militärischen Evakuierungsoperationen, wie sie zuletzt im August 2021 am Flughafen Kabul vor den Augen der Weltöffentlichkeit durchgeführt wurden.

Alles in allem bedeutet das einen Ausbau der Fallschirmjägertruppe und eine weitere Konzentration von Einheiten für Spezialoperationen. Die angeblichen Reformprozesse rund um Rechte Netzwerke und das KSK hatten noch im letzten Jahr das Ziel, diese Konzentration aufzulockern, um die Bildung von extremem Korpsgeist und rechten Strukturen zu verhindern.

Neue Standorte

Um all diese Umstrukturierungen umsetzen zu können, werden an mindestens sieben bestehenden Standorten (Seedorf, Lüneburg, Havelberg, Stallendorf, Schwarzenborn, Stetten, Weiden) die dort statio-

Schwere Kräfte
Robust/ auf Ketten
Langsam

Leichte Kräfte
Luftbeweglich
Schnell

Mittlere Kräfte
Radbeweglich
Flexibel
(Neu)

Auslandseinsatz **Abschreckung** **Krieg**

Quelle: IMI.

nierten Truppen deutlich aufgestockt. Das allein wird den neuen Platzbedarf allerdings nicht decken. Daher sieht das Konzept zwei völlig neue Bundeswehrstandorte vor.

Bereits im März 2021 hatten die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und der sächsische Ministerpräsiden Kretschmer angekündigt, zur Stationierung neuer Truppenteile und zur Strukturförderung in der Braunkohleregion Oberlausitz einen neuen Bundeswehrstandort einrichten zu wollen.[16] Auf den jetzt veröffentlichten Schaubildern finden sich zwei neue Artilleriebataillone, die anscheinend in Bautzen stationiert werden sollen. Wo genau diese Kaserne gebaut werden soll, ist bisher allerdings nicht bekannt.

Etwas klarer scheint das Bild an einem zweiten neuen Standort. Bereits Ende Juni 2022 geisterte es durch die Presse, dass die Bundeswehr in Oerbke in der Heide einen neuen Standort errichten will.[17] Das Schaubild enthält jetzt zwei Artilleriebataillone, ein Panzerpionier- und ein Versorgungsbataillon mit der Ortsbezeichnung Osterheide. Dabei handelt es sich um einen Bereich auf dem riesigen Truppenübungsplatz Bergen, in dem sich eine große Kaserne befindet, die 2015 von den letzten britischen Soldat*innen verlassen wurde. Nachdem dort zwischenzeitig Geflüchtete in Massenunterkünften untergebracht waren, entsteht hier ein neuer Großstandort der Bundeswehr. Damit wird der Trend der Gegenkonversion, also die Wiederinbeschlagnahme bereits abgegebener Militärstandorte und die Inbesitznahme ehemals ziviler Flächen weiter fortgesetzt.

Und das Personal

Auch wenn es sich bei den beiden neuen Standorten um eher strukturschwache Regionen handelt scheint eine Frage für die Bundeswehr allerdings weiter ungeklärt: Woher soll das Personal für die neuen Verbände kommen? Schließlich müssen rund 14 neuen Bataillone und diversen neuen Kompanien nicht nur mit Kasernen und Material ausgerüstet werden. Ein Teil des Umbaus trügt allerdings. So sind die aktuellen Artilleriebataillone beispielsweise so personalstark, dass ohne große Verluste fast zwei aus ihnen gemacht werden können. Personaleinsparungen durch neue Technologie kommen hinzu. So werden die künftigen Radhaubitzen nicht mehr von vier, sondern nur noch von zwei Soldat*innen bedient. Zudem werden einige künftige Bataillone schlicht kleiner sein als ihre aktuellen Vorgänger. Einen weiteren Weg weist das Stichwort „Tiefe Integration der Reserve“.[18] So ist auf dem Schaubild zur Bundeswehrstruktur bisher nur ein eigenständiges Reservebataillon zu sehen. Die weiteren bestehenden Reservebataillone könnten aufgelöst und als Personalverstärkung in die neuen Verbände integriert werden. Nichtsdestotrotz läuft die Bundeswehr wie alle anderen Arbeitgeber auf eine demographische Delle zu. Aktuell sinken die Zahlen der aktive Soldat*innen sogar leicht, anstatt wie geplant deutlich zu steigen. Daher setzt die Bundeswehr aktuell wieder verstärkt auf Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen.[19] Während Standorte und Kriegsmaterial mit 100

Milliarden Euro eingekauft werden können, scheint die Rekrutierungsfrage komplexeren Gesetzen zu folgen. Die Intensität der Versuche Menschen in die Bundeswehr zu locken, wird daher deutlich zunehmen.

Fazit

Die Bundeswehr macht sich also, sofern es die Personallage zulässt und alle Beschaffungsprojekte nach Plan laufen, NATO-Fit. Teil davon ist die faktische Verschmelzung des Niederländischen und des Deutschen Heeres. Die künftigen Strukturen von NATO und Bundeswehr ähneln auf erschreckende Weise denen aus dem letzten Kalten Krieg. Allerdings auch mit deutlichen Anpassungen. Stand die Bundeswehr vor 1990 in vorderster Front, soll sie jetzt als Verstärkung an die Bündnisgrenzen eilen können, um dann dort zu kämpfen. Um diesen NATO-Auftrag zu erfüllen, werden Fallschirmjäger und Spezialkräfte ausgebaut bzw. konzentriert und ganze Panzerbrigaden zu Mittleren Brigaden mit Radpanzern umgebaut. Die Bundeswehr folgt damit dem Weg, den die USA, Frankreich und Großbrittanien schon länger eingeschlagen haben. Die Truppen sollen beides erfüllen können: An der NATO-Ostflanke in Europa sollen sie abschrecken und bei Bedarf auch kämpfen und zugleich weiterhin für die Option zur Verfügung stehen, in Auslandseinsätze auf andere Kontinente geschickt zu werden.

Sollte dem Verteidigungsministerium dieser Umbau der Bundeswehr trotz diverser Komplikationen gelingen, wäre die deutsche Armee tatsächlich nicht nur auf dem Papier im Club der größten Militärmächte in der NATO angekommen. Welche erschreckenden politischen Ambitionen einige führende Politiker*innen daraus ableiten, lässt sich stellvertretend in Reden von SPD Generalsekretär Lars Klingbeil[20] und der grünen Außenministerin Annalena Baerbock[21] nachverfolgen. Dort ist dann von militärischer Gewalt als legitimem Mittel der Politik und von einer deutschen „Führungspartnerschaft“ mit den USA die Rede.

Anmerkungen

1 NATO: New NATO Force Model, nato.int.

2 Spiegel-Online: Bundeswehr soll künftig „zehn Prozent der Fähigkeiten“ in der Nato stellen, 17.7.21, spiegel.de.

3 Stiftung Wissenschaft und Politik, Claudia Major und Göran Swistek: SWP-Aktuell - Die Nato nach dem Gipfel von Madrid - Norderweiterung, neues Strategisches Konzept und militärische Neuaufstellung, swp-berlin.org.

4 Ebd.

5 Augen Geradeaus: NATO-Battlegroup in Litauen - Wechsel an der Spitze, Weichen für künftige Brigade gestellt, 10.8.22, augengeradeaus.net.

6 Bundesministerium der Verteidigug: New Force Model - Wie Deutschland sich ab 2025 in der NATO engagiert, 25.7.22, bmvg.de.

7 Reservistenverband, Magazin Loyal: Neue Heeresstruktur weist den Weg in die Zukunft, 8.8.22, reservistenverband.de.

8 Hardthöhen-Kurier: Landdivision soll schon 2025 einsatzbereit sein, 22.3.22, hardthoehenkurier.de.

9 Bezüglich der dritten Division: Förderkereis Deutsches Heer e.V.: Rede Inspekteur des Heeres im Rahmen des Parlamentarischen Abends des FKH e.V. „Deutsche Landstreitkräfte und die NATO – Ostflanke“ am 6.4.22, fkhev.de.

10 IMI, Martin Kirsch: IMI-Studie 2021/05, Bundeswehr der Zukunft - Eckpunkte für den Kalten Krieg 2.0, 26.5.21, imi-online.de.

11 Reservistenverband, Magazin Loyal: Neue Heeresstruktur weist den Weg in die Zukunft, 8.8.22, reservistenverband.de.

12 Bundesministerium der Verteidigung: Deutsch-Niederländische Militärintegration: Kräfte bündeln, Handlungsfähigkeit … , 4.2.16, bmvg.de.

13 BehördenSpiegel: Defence Days - Mittlere Kräfte des Heeres, 14.12.21, via Youtube: youtube.com.

14 IMI, Martin Kirsch: IMI-Analyse 2022/05, Die NATO macht mobil - Deutschland als Aufmarschgebiet, 1.3.22, imi-online.de.

15 Bundeswehr: EBG – Spezialisierte Kräfte des Heeres, bundeswehr.de.

16 Süddeutsche: Bundeswehr unterstützt Strukturwandel in der Lausitz, 21.3.21, sueddeutsche.de.

17 NDR: Oerbke wird neuer Bundeswehr-Standort - mit 2.000 Soldaten, 28.6.22, ndr.de.

18 Reservistenverband, Magazin Loyal: Neue Heeresstruktur weist den Weg in die Zukunft, 8.8.22, reservistenverband.de.

19 Horizont - Margaux Adam: Neue Imagekampagne - Die Bundeswehr kämpft erstmals seit 2016 wieder im TV um Nachwuchs, 8.8.22, horizont.net.

20 Friedrich-Ebert Stiftung: Zeitenwende - Der Beginn einer neuen Ära, Rede von Lars Klingbeil, 21.6.22, via Youtube: youtube.com.

21 Auswertiges Amt: In schwierigen Zeiten den transatlantischen Moment nutzen - unsere gemeinsame Verantwortung in einem neuen globalen Umfeld. Rede von Außenministerin Annalena Baerbock an der New School/ New York, 2.8.22, auswaertiges-amt.de.

Acatech im Rüstungstaumel

Technikwissenschaftlicher Opportunismus und akademische Blockbildung

von Christoph Marischka

Die „Deutsche Akademie der Technikwissenschaften“ (acatech) beschreibt sich selbst als „die von Bund und Ländern geförderte nationale Akademie und Stimme der Technikwissenschaften im In- und Ausland. Wir beraten Politik und Gesellschaft in technikwissenschaftlichen und technologiepolitischen Zukunftsfragen. Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten erfüllen wir unseren Beratungsauftrag unabhängig, faktenbasiert und gemeinwohlorientiert“. Eine aktuelle Publikation der Akademie offenbart dabei die Auslassungen und Setzungen dieser öffentlich finanzierten Beratung und das Verständnis von „Dialog mit der Gesellschaft“, das hiermit einhergeht.

Das Papier erschien in der Reihe acatech IMPULS, die vom Präsidenten der Akademie, Prof. Dr.-Ing. Johann-Dietrich Wörner, sowie einem der Vizepräsidenten, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, herausgegeben wird. Beide sind zugleich Mitglieder der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina und werden – gemeinsam mit zwei weiteren Mitgliedern der acatech – auch als Autor*innen des Textes angegeben. Er trägt den zunächst unspektakulären Titel „Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit“[1] und beschäftigt sich mit den Konsequenzen – fast möchte man meinen: Chancen – die der russische Angriff auf die Ukraine für die deutsche Wissenschaft, Wirtschaft, die EU und die NATO nahelegt bzw. eröffnet.

Das Papier bestätigt dabei grundlegende Wertvorstellungen und Interessen, die in den Technikwissenschaften schon immer existiert haben und in den letzten Jahren auch in Deutschland immer mehr die Oberhand gewinnen. Zu diesen Interessen gehören u.a. umfangreiche öffentliche Förderung; zugleich enge Kooperation mit Kapital, Wirtschaft und Industrie; regulatorische Freiräume für die Einführung neuer Technologien und eine entsprechend innovationsfreundliche Haltung in der „Gesellschaft“, welche den damit einhergehenden Chancen und Risiken gegenüber offen sein sollte. Im hier besprochenen Papier ist in diesem Zusammenhang von „Agilität und Adaptivität“ die Rede, die als „Voraussetzungen für Resilienz“ von der Gesellschaft eingefordert werden. Dabei geht es aber auch im Kontext von „Nachhaltigkeit“ nicht um Verzicht oder Einsparungen, sondern allenfalls um die Bedingungen einer technologisch gesteigerten Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit. An anderer Stelle ist allerdings erstaunlich konkret vom wachsenden „Risiko für Verluste materieller Art und insbesondere von Menschenleben in der Bundeswehr“ die Rede.

Wissenschaftsfremde Setzungen: Führungsrolle in der NATO

Die implizite Kernforderung des Papiers der acatech läuft darauf hinaus, die Gesellschaft, die Wissenschaft, die Wirtschaft und das Militär auf eine Art Gesamtverteidigung auszurichten, indem eine national gedachte Sicherheit in das Zentrum aller Bemühungen der beteiligten Akteure gestellt werden soll. Hierfür wird wiederholt eine Stelle im Kanzleramt eingefordert, welche „partei- und ressortübergreifend“ den „permanente[n], übergreifende[n] Blick für die gemeinsame Betrachtung der Querschnittsthemen“ gewährleisten soll. So nebulös wie diese Formulierungen bleibt der Text insgesamt zu den Aufgaben und Befugnissen der vorgeschlagenen Stelle, welche offenbar ganz an der Spitze der politischen Hierarchie, nahe an der Koordination der nationalen Geheimdienste öffentliche Aufträge und Forschungspolitik koordinieren soll. Historische Vorbilder gäbe es zwar, sie zu nennen wären dem Ansinnen in diesem Zusammenhang aber nicht dienlich.

Für eine Publikation einer vermeintlich wissenschaftlichen Institution werden dabei zahlreiche Setzungen aus der Politik übernommen, die in keiner Weise objektiv sind. So heißt es u.a., dass „[v]or dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine [...] die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger die Mittel für die Ausstattung der Bundeswehr lange Zeit nicht adäquat angepasst“ und „[b]ürokratische Hürden [...]

die ohnehin vorhandene Schwäche der Streitkräfte noch verstärkt“ hätten. Auf welcher Grundlage und mit welcher technikwissenschaftlichen Kompetenz diese Behauptung aufgestellt wird, bleibt jedoch offen. Etwas konkreter wird allerdings etwas später behauptet, dass „in den vergangenen Jahren vielfach international ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands und eine bessere Ausstattung der Bundeswehr gefordert wurden“, aber „Deutschland diesem Ansinnen nur sehr zögerlich nach[kam]“.

Zur Begründung der Einschätzung werden also internationale Partner angeführt – wobei die „Schwäche der Streitkräfte“ dennoch in Abwesenheit konkreter und sicherlich kontroverser Zielvorstellungen von „Stärke“ eine kühne Behauptung bleibt. Die selektive Bezugnahme auf internationale Stimmen verweist auf eine Block-Mentalität der acatech, die ebenfalls nicht – und schon gar nicht (technik)wissenschaftlich – begründet wird. Als Garant für Sicherheit und Resilienz wird in erster Linie die NATO verstanden und hervorgehoben und zwar weil und soweit „es an vielen Stellen unmöglich [ist], rein nationale Lösungen zu finden“. Bei aller offenkundig und wiederholt bekundeten Sympathie für die NATO wird jedoch auch die Abhängigkeit von den USA an verschiedenen Stellen kritisch hervorgehoben, weshalb „eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Staaten wichtig“ sei. Grundsätzlich solle es jedoch (offenbar auch gegenüber den Partnern in EU und NATO) das Ziel sein, „(strategische) Abhängigkeiten von einzelnen Ländern zu verringern, um jeweils die eigene strategische Souveränität zu gewährleisten“. Der auf den Westen fokussierte Multilateralismus schließt insofern die Forderung nach einer deutschen „Führungsrolle“ ein, die explizit antizipiert wird: „Aufgrund der [durch die Einhaltung des 2%-Ziels] wachsenden militärischen Stärke wird Deutschland künftig eine größere Rolle in sicherheitspolitischen Belangen zukommen“. Hier schließt sich ein wenig der Zirkelschluss zur zuvor behaupteten „Schwäche der Streitkräfte“, die dadurch definiert scheint, dass Deutschland seine angestammte Führungsrolle bislang nicht einnehmen kann.

Opportunismus

Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu schäbig, wie das acatech-Papier den Krieg in der Ukraine als Chance darstellt, entsprechende Zielvorstellungen – auch gegen den bisherigen Widerstand in der Bevölkerung – durchzusetzen. Demnach habe es vor dem russischen Angriff „in Deutschland kaum einen öffentlichen Diskurs zu Fragen der Sicherheit [gegeben], und auch die gesellschaftliche Unterstützung für die Bundeswehr war gering“. Demgegenüber bestehe „gegenwärtig eine außergewöhnlich große Bereitschaft, über strategische Grundlinien unseres Gemeinwesens zu diskutieren und Konsequenzen zu definieren. Politik und Öffentlichkeit sind in besonderem Maße für die Probleme sensibilisiert und offen für grundlegende Lösungsansätze“: „Das aktuell gestiegene öffentliche Bewusstsein für sicherheitspolitische Herausforderungen schafft Akzeptanz für die Aufwertung der Sicherheitspolitik und die Neuallokation von Mitteln für die Bundeswehr.“

Bei den etwas konkreteren Forderungen zu deren Ausgestaltung treten dann die explizit technikwissenschaftlichen Interessen etwas deutlicher in den Vordergrund. So solle die Bundeswehr „jetzt auf der Basis strategischer Überlegungen neu ausgerüstet – statt nur aufgerüstet werden“: „So sollten beispielsweise vermehrt untereinander vernetzte Systeme angeschafft werden, die Synergie- und somit Effizienzeffekte schaffen können“. In diesem Kontext wird auch auf den „demografischen Wandel“ verwiesen, welcher der Rekrutierung zusätzlichen Personals für die Bundeswehr Grenzen setzt und dementsprechend eine kampfwertgesteigerte Ausrüstung der Armee mit High-Tech und autonomen Systemen attraktiv erscheinen lässt. Entsprechend müsse auch das Beschaffungswesen reformiert werden, damit schnellere und weniger bürokratische Anschaffungen möglich werden. Etwas verklausuliert wird dies im Kapitel zur „Resilienz“ mit weiteren der oben angedeuteten, gängigen Forderungen industrienaher, profitorientierter Technikwissenschaf-

acatech
DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN

ten ergänzt: „Essenziell sind überdies zukunftsfähige Gründungsbedingungen, das Vorhandensein von ausreichendem inländischen Wachstumskapital sowie von virtuellen oder physischen Bewegungsräumen, aus denen Ideen entstehen [...]. Die klassische Aufgabenteilung, bei der sich die Politik auf die Rahmensetzung fokussiert und nicht aktiv eingreift, dürfte zur systematischen Erhöhung der Resilienz nur bedingt ausreichen. Deshalb sollten in einem ersten Schritt die Risiken analysiert und relevante, eingehender zu betrachtende Wertschöpfungsketten identifiziert werden. In einem nächsten Schritt sollten Staat und Unternehmen in einem dynamischen Aushandlungsprozess die Verteilung der Risiken und die Übernahme der jeweiligen Handlungsverantwortung diskutieren“. In technikwissenschaftlichem Verständnis und der rüstungs- bzw. technologiepolitischen Praxis ist damit typischer Weise die Sozialisierung von Risiken und die Privatisierung von Gewinnen gemeint. Etwas kryptischer werden hingegen an anderer Stelle (unter „Cybersicherheit“) regulatorische Freiräume eingefordert, die Risiken für die Bevölkerung bergen, aber trotzdem als notwendig für die Innovationsfähigkeit erachtet werden. Lösen soll dieses Dilemma ein „transparente[r] Diskurs“ mit der Gesellschaft, um deren Sicherheit und Resilienz es doch angeblich geht: „Eine stark sicherheitsfokussierte Regulierung schmälert den Nutzen von IT und mindert somit die Innovationsanreize im IT-Bereich. Bei der erforderlichen Abwägung von Sicherheit und Innovation sollte die Gesellschaft mitgenommen und in einen transparenten Diskurs eingebunden werden.“

Repressiver Sicherheitsbegriff und Aufrüstungsspirale

Zu den verschiedenen, unhinterfragten Setzungen des Papiers gehört eine Vorstellung von Sicherheit, die paternalistisch und autoritär ist. So wird der für das Papier immerhin zentrale Begriff in einer der zahlreichen, aber oft wenig aussagekräftigen Abbildungen in vier Dimensionen ausgelegt: Äußere Sicherheit, Innere Sicherheit, Betriebssicherheit und Versorgungssicherheit. Die soziale Sicherheit taucht dabei allenfalls ansatzweise in den Unterkategorien „Schutz des Gemeinwesens und der Verfassung“ (unter Innere Sicherheit) und z.B. „Lebensmittel“ (unter Versorgungssicherheit) auf – wird im Text aber nicht weiter aufgegriffen. Durchgängig wird Sicherheit als etwas verstanden, was Behörden und suprastaatliche Institutionen herzustellen hätten, wofür sie gestärkt werden und besser mit Industrie und Technikwissenschaften kooperieren müssten (die jeweils ihrerseits gestärkt werden müssten). Eine Resilienz der Bevölkerung selbst, z.B. im Sinne eines wirklich gestärkten Risikobewusstseins, Fähigkeiten zur Selbsthilfe und die weitgehende Beschränkung auf beherrschbare Technologien und lokal verfügbare Ressourcen spielt hingegen keinerlei Rolle in dem Papier. Die Bevölkerung wird insgesamt als träge und dumm wahrgenommen, die sich nun allerdings nach dem Schock über den Krieg in der Ukraine gefügig für die erhofften Reformen zeigen könnte. Dazu passt auch eine der dreistesten Forderungen des Papiers: die als „Handlungsoptionen“ angeführte „Streichung der Zivilklauseln“ aus den Hochschulgesetzen der Länder und den Satzungen der Universitäten.

Das bereits auf der Mikro-Ebene einseitige und eingeschränkte Verständnis von Sicherheit setzt sich auf der internationalen und geopolitischen Ebene fort. Sicherheit gewährleisten demnach gut finanzierte und ausgerüstete Streitkräfte und zwar für Deutschland ausschließlich auf der nationalen, EU-europäischen und der NATO-Ebene. Von anderen Sicherheitsarchitekturen und z.B. Abrüstungsverträgen ist dabei überhaupt keine Rede. Es wird damit ganz offensichtlich, hinter einem Blendwerk unhinterfragter Begrifflichkeiten, einer Aufrüstungsspirale das Wort geredet; globale Konsequenzen einer stärkeren deutschen Rolle und einer weiter hochgerüsteten NATO werden komplett ausgeblendet. Wenn auch über „vernetzte Systeme“ und „IT“ hinaus die angestrebten Innovationen völlig unkonkret bleiben, so fehlt dabei – mit Ausnahme des angeführten Zitats zur IT-Sicherheit – jede weitere Berücksichtigung möglicher neuer Risiken und Gefährdungen durch die Einführung neuer Technologien bei den Streitkräften Deutschlands, Europas, der NATO und weltweit. Unter dem Titel „Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit“ hätte man von einem Papier, das sich explizit mit militärischen Fragen und den bürokratischen Hürden im Beschaffungswesen auseinandersetzt, zumindest eine Erwähnung der Bemühungen erwartet, im Rahmen der UN die Regulation autonomer Waffensysteme voranzutreiben. Aber solch ein Verständnis gemeinsamer, durch Verhandlungen erzielter Sicherheit und Resilienz ist dem Papier und seinen Autoren ganz offenbar völlig fremd – es deckt sich auch nicht mit den Interessen einer industrie- und staatsnahen Technikwissenschaft, welche die Kosten und Risiken ihres Tuns auf eine Gesellschaft abwälzen will, die zu schützen sie gelegentlich vorgibt.

Anmerkungen

1 Johann-Dietrich Wörner, Christoph M. Schmidt (Hrsg.): Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit, acatech-IMPULS (24.6.2022). www.acatech.de.

Neues Territorialkommando

Truppenaufmarsch, Inlandseinsätze und Reformvorhaben

von Martin Kirsch

Reformideen zum Umbau der Führungsstrukturen der Bundeswehr stehen schon seit Längerem im Raum. Im letzten Jahr wurden sie von der Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Zorn konkretisiert und in einem Eckpunktepapier zur Zukunft der Bundeswehr zusammengefasst (siehe IMI-Studie 2021/5). Diese Reformansätze wurden von der neuen Verteidigungsministerin Lambrecht mit Amtsantritt auf Eis gelegt. Ein Ergebnis dieser Revision wurde bisher nicht bekannt. Ein im Eckpunktepapier angekündigter Reformschritt wird jetzt allerdings vollzogen: Die Bundeswehr bekommt ab Oktober 2022 ein Territoriales Führungskommando in Berlin. Neben dem Einsatzführungskommando, das von Schwielowsee bei Potsdam aus seit 2001 alle Auslandseinsätze der Bundeswehr führt, soll das neue Territoriale Führungskommando alle Einsatzaufgaben der Bundeswehr im Inland aus einer Hand koordinieren und befehligen. Laut Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums ist es verantwortlich „für die operative Führung nationaler Kräfte im Rahmen des Heimatschutzes, einschließlich der Amts- und Katastrophenhilfe sowie der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit.“ Darüber hinaus nimmt es „die Aufgaben als ‘Aufmarsch führendes Kommando’ für nationale Verlegungen gemäß den Planungen der NATO zur Landes- und Bündnisverteidigung wahr“ und ist darmit auch für die „Verlegung alliierter Kräfte durch Deutschland in enger Abstimmung mit den NATO-Kommandos“ zuständig.

Inlandseinsätze und Truppenaufmarsch aus einer Hand

Bereits seit 2013 existiert in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin-Wedding das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr (KTA). Das dortige Lagezentrum dient als bundesweite Koordinationsstelle für Inlandseinsätze der Bundeswehr. Mit den Landeskommandos der Bundeswehr in den Landeshauptstädten und den Bezirks- und Kreisverbindungskommandos in den Regierungsbezirken und Kommunen ist es das Zentrum eines Netzes der sogenannten Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit in Deutschland. Die alleinige Kontrolle über die Einsätze der Bundeswehr im Inland hatte des KTA allerdings nie. Ihm vorgeschaltet ist bisher die Streitkräftebasis, deren Inspekteur auch die Rolle des „Nationalen Territorialen Befehlshabers“ innehat und damit die Hoheit über die für Inlandseinsätze zur Verfügung gestellten Truppen besitzt.

Aufbauend auf dem bisherigen KTA soll jetzt am selben Ort und mit demselben Personal ein neues Kommando entstehen. Es wird allerdings nicht mehr als Zweisternekommando der Streitkräftebasis unterstehen, sondern als Dreisternekommando unter dem Dach des Verteidigungsministeriums gleichberechtigt neben dem Einsatzführungskommando für Auslandseinsätze, dem Heer, der Luftwaffe, Marine und dem Cyber- und Informationskommando (CIR) platziert. In dieser neuen Rolle wird die Aufgabe des „Nationalen Territorialen Befehlshabers“ samt der zugehörigen Führungsstrukturen und des Personals vom Inspekteur der Streitkräftebasis auf den neuen Kommandeur des Territorialen Führungskomandos übergehen.

Zudem werden dem Territorialen Führungskommando ab Oktober 2022, wie bereits zuvor dem KTA, die sechzehn Landeskommandos in den Landeshauptstädten, die aus Reservist*innen bestehenden Heimatschutzverbände und das Bundeswehrzentrum für Ausbildung und Einsatz aller Spezialist*innen für Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (Multinational CIMIC Comand) unterstehen. Darüber hinaus betreut das neue Kommando auch das deutsche Personal des NATO-Aufmarschkommandos JSEC und des Multinationalen Kommando Operative Führung in Ulm. Diese Zuständigkeit verweist darauf, welche Rolle das neue Kommando für Truppenverlegungen in Deutschland künftig spielen wird.

„Aufmarschführendes Kommando“

Die durch das Verteidigungsministerium verbreitete Begründung, die Entscheidung für die Aufstellung des Territorialen Führungskommandos sei aufgrund des Ukrainekrieges gefallen, hat mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun. Wie bereits erwähnt, existieren entsprechende Pläne spätestens seit letztem Jahr. Zutreffend ist allerdings, dass Truppenverlegungen der NATO durch Deutschland in den letzten Jahren durch Großmanöver und akut in den letzten Monaten deutlich an Relevanz gewonnen haben. Nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die USA, Großbritannien und weitere NATO-Staaten haben seit Anfang Februar 2022 teils in großen Mengen Truppen, Material und Waffen über Deutschland in die Grenzregionen zur Ukraine und in andere Ecken der sogenannten NATO-Ostflanke verschoben.

Auf NATO-Ebene wurde mit Beschluss von 2018 bis Ende 2021 in Ulm ein neues Logistik- und Mobilmachungskommando für den rückwärtigen Raum in Europa namens Joint Support and Enabeling Comand (JSEC) geschaffen. Für das Bündnis werden also die Truppenbewegungen in Europa aus dem schönen Baden-Württemberg koordiniert. Bisher gab es innerhalb der Bundeswehr allerdings kein entsprechendes nationales Gegenstück zum neuen NATO-Kommando. Die Entscheidungen über Truppenbewegungen fielen irgendwo zwischen dem KTA in Berlin, dem Kommando Streitkräftebasis in Bonn und dem Logistikkommando in Erfurt. Ab Oktober 2022 soll das neue Territoriale Führungskommando die Rolle des alleinigen Entscheiders übernehmen und damit als Ansprechpartner aus einer Hand für die NATO fungieren.

Der designierte Chef des neuen Territorialen Führungskommandos Carsten Breuer. Quelle: Wikimedia Commons /7th Army Training Command from Grafenwoehr, Germany.

Wenn sich also Truppen der Bundeswehr, der NATO, der EU oder anderer Partnerstaaten durch Deutschland bewegen, fallen die Entscheidungen über den sogenannten Host Nation Support – Genehmigungen, Routen, Zeitpläne usw. – ab Oktober zentralisiert in Berlin.

Mit dem Aufbau des neuen Kommandos macht das Verteidigungsministerium sein 2018 in der Konzeption der Bundeswehr gegebenes Versprechen wahr, Deutschland als zentrale Drehscheibe für Logistik und Truppenbewegungen der NATO in Europa fit zu machen. Dass Deutschland in dieser Rolle spätestens im Falle eines direkten Krieges mit Russland zur Zielscheibe werden würde, ist den Verantwortlichen im Bendler-Block dabei völlig bewusst. So heißt es in einer Broschüre des Ministeriums mit dem Titel „Auftrag: Landes- und Bündnisverteidigung“ von 2020: „Durch seine geografische Lage mitten im europäischen NATO-Gebiet ist Deutschland als Drehscheibe alliierter Truppenbewegungen und rückwärtiger Operationsraum potenzielles Angriffsziel“.

Inlandseinsätze

Neben Truppenverlegungen spielt das künftige Territorialkommando im Spannungs- und Verteidigungsfall, wie die Mobilmachung und der Kriegseintritt im Behördendeutsch heißt, eine weitere wichtige Rolle. Ihm unterstehen dann die Reserveverbände der Heimatschutztruppe, die aktuell deutlich ausgebaut wird. Schutz von Kasernen, Marschrouten, Verkehrsknoten und weiterer kritischer Infrastruktur sowie die Bekämpfung feindlicher Truppen im Hinterland wären dann ihre Aufgabe.

Der „Nationale Territoriale Befehlshaber“ der Bundeswehr, der künftig auch dem Territorialen Führungskommando vorstehen wird, ist allerdings nicht nur für Truppenbewegungen und Heimatschutz zuständig. Er ist vielmehr der General, der alle Inlandseinsätze der Streitkräfte befehligt. In den letzten Jahren war die Bundeswehr in diesem Rahmen der sogenannten Amts- und Katastrophenhilfe nicht nur bei Hochwasser, Waldbränden, extremen Schneefällen oder Überschwemmungen im Einsatz. Trainiert wurde auch die Terrorabwehr gemeinsam mit der Polizei. Laut Grundgesetz könnte bei Ausrufung des sogenannten Inneren Notstands auch ein Einsatz gegen bewaffnete Staatsfeinde im Inland hinzukommen.

Den längsten und umfangreichsten Inlandseinsatz in der Geschichte der Bundeswehr hat die Truppe erst in diesem Frühjahr beendet. Im Rahmen der Corona-Pandemie stellten die Streitkräfte zwischen März 2020 und April 2022 zehntausende Soldat*innen für die

Pandemiebekämpfung bereit. Zwischenzeitig waren über 25.000 Soldat*innen in Bereitschaft. Ein Großteil von ihnen wurde in Impfzentren, Teststationen, Krankenhäusern, Gesundheitsämtern und Altenheimen eingesetzt. Um einen Einsatz dieser Dimension zu koordinieren und zu führen, reichten die dafür vorgesehenen Strukturen der Bundeswehr nicht aus. Kurzfristig wurden daher Befehlsstellen von Heer, Luftwaffe und Marine mit entsprechenden Aufgaben betraut. Die Vorstellungen einer künftigen Struktur, die auch Inlandseinsätze dieser Größenordnung stemmen kann, gingen innerhalb der Truppe allerdings auseinander. Beendet wurde der Corona-Einsatz dann schließlich im März 2022 mit dem Argument, dass die Soldat*innen im Angesicht des Ukrainekrieges ihre kostbare Zeit dafür bräuchten, sich kampfbereit zu halten.

Krisenstäbe

Im Rahmen der Corona-Pandemie bekam die Bundeswehr allerdings auch an einem eher ungewöhnlichen Ort im politischen Berlin Relevanz. Als damals noch designierter Bundeskanzler hohlte Olaf Scholz einen General der Bundeswehr ins Bundeskanzleramt. Als Leiter des Krisenstabes sollte Generalmajor Carsten Breuer die Impfkampagne im Winter 2021/22 zum Erfolg führen. Damit drang die Bundeswehr so weit an die Spitze und so tief in die Strukturen des staatlichen Katastrophenschutzes vor wie nie zuvor.

Jetzt ist General Breuer damit betraut, das künftige Territorialkommando aufzubauen. Seine Erfahrungen im Krisenstab kann er dort gleich einbringen. So verkündete Verteidigungsministerin Lambrecht: „Mit dem neuen Kommando können wir über die rein militärischen Aufgaben hinaus sehr schnell die nötigen Kräfte für einen nationalen Krisenstab bereitstellen, wenn das notwendig ist – etwa im Falle von Hochwasserkatastophen oder wie in der Covid-Pandemie.“ Die Option, die Bundeswehr also erneut als Koordinationsstelle für die bundesweite Abstimmung von Katastropheneinsätzen einzusetzen, ist in dem neuen Territorialkommando anscheinend bereits angelegt. Schaut man sich die Gesetzeslage an, sind für den Katastrophenschutz in Deutschland die Länder und Kommunen zuständig. Der Bundesregierung und damit auch der ihr unterstellten Bundeswehr wird lediglich eine unterstützende Rolle eingeräumt, wenn die Länder mit ihren Mitteln an Grenzen stoßen. Die sich in den letzten Jahren einschleichende Rolle des Bundes als Koordinations- und Führungsebene und zudem der Bundeswehr als militärischer Organisation, ist also alles andere als selbstverständlich. An einer ebenfalls zentralisierten aber deutlich zivileren Führungsstruktur für den Katastrophenschutz wird seit zwei Jahren im Innenministerium gearbeitet.

Laut Ampel-Koaltionsvertrag soll der Bund „mehr Verantwortung für den Bevölkerungsschutz übernehmen.“ Ein zentrales Element ist der Ausbau des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zu einer bundesweiten Zentralstelle mit einem dort entstehenden Kompetenzzentrum, in dem alle Fäden für den Katastrophenschutz zusammenlaufen sollen.

Parallel zu den Plänen zum Ausbau des BBK arbeitet die Bundeswehr daran, die Kommunikation mit dem und innerhalb des zivilen Katastrophenschutzes zu vereinfachen und zu digitalisieren. Das entsprechende IT-Vernetzungsprojekt läuft unter dem Namen Territorial Hub. In der neuen Softwareumgebung sollen alle Akteure von THW, Feuerwehren und Rettungsdiensten über Polizei, Bundeswehr und andere in Deutschland stationierte Streitkräfte bis zu NGOs vernetzt werden. Trotz unterschiedlicher Computersysteme in den einzelnen Organisationen sollen diese mit einer Art Cloud auch geheime Daten austauschen können. Eine gemeinsame Einsatzführungssoftware soll die gemeinsame Planung erleichtern.

Damit würde die Rolle der Bundeswehr vom Rettungsanker im Falle der Überforderung ziviler Strukturen zur zentralen Schaltstelle des Ganzen auf den Kopf gestellt. Die befürchtete Militarisierung des Katastrophenschutzes durch Zivil-Militärische-Zusammenarbeit würde somit auch strukturell in Form gegossen. Ein rein ziviles Handeln des Katastrophenschutzes im Frieden wie im Kriegsfall würde damit faktisch unmöglich gemacht.

Noch sind die Würfel nicht gefallen. Die nächsten Monate könnten allerdings entscheidend dafür sein, ob sich das zivile BBK oder die Bundeswehr als bundesweite Schnitstelle für den Katastrophenschutz durchsetzen wird. Abgesehen von einer Vielzahl guter Gegenargumente sollte allein der Fakt, dass die Bundeswehr sich aus dem Corona-Einsatz mit der Begründung zurückgezogen hat, wieder für den Krieg trainieren zu müssen, allen Freund*innen eines funktionierenden Katastrophenschutzes Warnung genug sein.

Eckpunkte scheibchenweise?

Im Mai 2021 verabschiedete die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer gemeinsam mit dem obersten Soldaten, Generalinspekteur Zorn, das Eckpunktepapier für die Bundeswehr der Zukunft. In der Hauptstadtpresse wurde das Papier als Bewerbung von AKK auf die Fortsetzung ihres Ministeramtes bewertet und dabei dessen Inhalte fast völlig ausgeblendet. Nach Jahren der internen Debatten sieht das Eckpunktepapier einen grundlegenden Umbau der Führungsstrukturen der Bundeswehr vor.

Zur Führung der Einsätze sollte neben dem bestehenden Einsatzführungskommando für Auslandseinsätze auch ein Territoriales Führungskommndo für alle Inlandseinsätze entstehen. Daneben war geplant, die Truppe in die vier Dimensionen Land (Heer), Luft (Luftwaffe), See (Marine) und Cyber- und Informationsraum (CIR) zu unterteilen. Die Streitkräftebasis und der Zentrale Sanitätsdienst wären dann als Dreisternekommandos gestrichen und die ihnen unterstellten Truppen auf die Dimensionen bzw. auf niedrigere Kommandos innerhalb des Verteidigungsministeriums verteilt worden.

Alles in allem sollte dieser Umbau der Führungsstruktur der Truppe dazu dienen, die Bundeswehr auf die künftige Kriegsführung und die reibungslose Zusammenarbeit mit den entsprechenden NATO-Kommandos in den vier Dimensionen vorzubereiten.

Mit der Bundestagswahl kam dann alles anders. Die CDU ging in die Opposition und die SPD machte Christine Lambrecht im Dezember 2021 zur Verteidigungsministerin. Im Januar 2022 kündigte Lambrecht eine grundlegende Bestandsaufnaheme bis Ende Mai 2022 an und legte die Reformpläne ihrer Vorgängerin damit auf Eis. Im Februar folgte die Ankündigung, keine große Strukturreform durchführen zu wollen. Zwischenzeitig wurde sogar darüber spekuliert, ob Lambrecht Generalinspekteur Zorn entlassen würde, weil dieser zu eng mit der Vorgängerin und ihren Reformprojekten verbunden war.

Diese Zweifel sind jetzt ausgeräumt. Verteidigungsministerin Lambrecht hat sich offensichtlich nicht nur für ihren Generalinspekteur, sondern faktisch auch für die Fortführung des Reformprogramms entschieden. Am 13. Juni 2022 veröffentlichte die Bundeswehr einen Tagesbefehl zur Aufstellung eines Territorialen Führungskommandos. Unterschrieben war das Dokument, das den Umbau der Führungsstrukturen einleutet, von Lambrecht und Zorn gemeinsam.

Der Linie der Ministerin folgend, keine große Strukturreform aufzusetzen, scheint es aber darauf hinauszulaufen, dass die Reformschritte scheibchenweise kommen. Durch die Einführung des Territorialen Führungskommandos werden zuvor zentrale Aufgaben aus der Streitkräftebasis herausgelöst. Bisher war die Rolle der Streitkräftebasis als Führungsorganisation für Inlandseinsätze und die Funktion des Inspekteurs als „Nationaler Territorialer Befehlshaber“ allerdings nicht nur identitätsstiftend, sondern auch zentraler Teil ihrer Existenzberechtigung. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die Streitkräftebasis in absehbarer Zeit aufgelöst wird. Die verbleibenden Truppenteile werden aktuell verstärkt – ein neues Logistikbataillon mit 1.000 zusätzlichen Soldat*innen, zwei neue ABC-Abwehrkompanien (700) und eine zusätzliche Feldjägerkompanie (200) sollen entstehen. Das steht allerdings den bereits in den Eckpunkten formulierten Plänen nicht im Weg, die dazugehörigen Fähigkeitskommandos Feldjäger, ABC-Abwehr und die mobile Logistiktruppe künftig dem Heer bzw. der Dimension Land zu unterstellen. Die restlichen Teile der Bundeswehrlogistik und das Streitkräfteamt könnten dann dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt werden.

Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin scheint Lambrecht allerdings nicht auf große Ankündigungen mit ungeklärten Details, sondern auf die schrittweise Verkündung konkreter Entscheidungen zu setzen. Was diese Vorgehensweise für den Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr bedeutet, ist noch offen. Das Eckpunktepapier hatte die Zerschlagung in ein Kommando Gesundheitsversorgung unter dem Dach des Verteidigungsministeriums und die Unterstellung der mobilen Sanitätstruppe unter das Heer vorgesehen. Diese Ankündigung hatte zu teils massivem öffentlichem Druck geführt.

Folgt man der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, wird allerdings auch die Fokussierung auf die Organisation nach Dimensionen kommen. Auf bundeswehr.de wurde am Tag der Verkündung der Aufstellung des neuen Territorialkommandos ein Artikel veröffentlicht, der die Relevanz der Dimensionen als solche ausbuchstabiert und die Bedeutung für die Verzahnung der Bundeswehr mit den entsprechenden Führungsebenen der NATO ausbuchstabiert. In einem Link wurde das Eckpunktepapier, das nach der Wahl von offiziellen Kanälen der Bundeswehr nicht mehr öffentlich erwähnt wurde, als mögliche weitere Lektüre zum Thema angepriesen.

Wie genau die aktuelle Ministeriumsspitze die bereits seit Jahren vorbereiteten Reformpläne umsetzen wird, ist noch offen. Die Zielrichtung scheint sich aber mit der der Vorgängerregierung zu decken. Die Führungs- und Kommandostrukturen und die Zuordnung der Truppenteile sollen klarer und effizienter werden, um die Bundeswehr schnell und flexibel in Einsätze schicken zu können – von der Katastrophenhilfe im Inland über Auslandseinsätze in aller Welt bis zu einem möglichen direkten Kriegseinsatz gegen Russland.

Schöngeredetes Kriegsbündnis

Zur Geschichte der NATO

von Tobias Pflüger

Auf den ersten Blick ist die NATO einfach ein Militärbündnis von einigen Staaten unter der Führung der USA mit Frankreich, Großbritannien, Kanada und Deutschland sowie der Türkei. Im übertragenen Sinne also eine Melone, fünf Äpfel und viele kleine Pflaumen. Doch diese NATO hat eine zum Teil erschreckende Geschichte und Gegenwart.

NATO-Gründung

Gegründet wurde die NATO am 4. April 1949 als »North Atlantic Treaty Organization« von den westlichen Mächten, die gegen Deutschland u. a. den Zweiten Weltkrieg gewonnen haben. Die zwölf Gründungsstaaten der NATO 1949 waren die USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien (damals mit Malta), Italien, Belgien, Dänemark (mit Grönland), Niederlande, Norwegen, Portugal, Luxemburg und Island. Die eher östlichen europäischen Staaten schlossen sich später unter der Ägide der Sowjetunion in der »Warschauer Vertragsorganisation« – im Westen »Warschauer Pakt« genannt – zusammen, formal ratifiziert wurde er durch die Gründungsstaaten am 5. Mai 1955.

NATO mit Diktaturen

Heute wird die NATO gerne fälschlicherweise als »Bündnis von Demokratien« bezeichnet. Aber schon zur Gründung der NATO 1949 war mit Portugal eines der Mitglieder eine Diktatur. Portugal wurde von 1926 bis 1974, bis zur Nelkenrevolution, diktatorisch regiert, da es aber gegen »den Kommunismus« ging, wurde das in Kauf genommen. Nicht nur Frankreich trat im übrigen mit bestehenden Kolonien der NATO bei, so waren damals die von Frankreich besetzten Gebiete in Algerien Teil des Bündnisses.

Zentrales Moment der Gründung der NATO waren die Spannungen zwischen den westlichen Siegermächten USA, Frankreich und Großbritannien einerseits und der UdSSR andererseits. Mit der Gründung der NATO war die Phase des »Kalten Krieges« eingeläutet. Der Begriff »Kalter Krieg« – wohl tatsächlich erstmals durch George Orwell im Observer genutzt – beschreibt die Zeit von 1945 bis etwa 1991, in der sich (ausgehend vom Norden der Erde) zwei ideologisch und wirtschaftlich konträre politische Systeme gegenüberstanden. Die Rolle der NATO war dabei, insbesondere die militärische Komponente des westlichen Blocks auszufüllen. Die politisch-militärische Funktion der NATO war also zur Gründungszeit, einen militärischen Block gegen die UdSSR und den »Warschauer Pakt« aufzubauen.

Im Jahr 1952 wurden gleichzeitig Griechenland und die Türkei in die NATO aufgenommen. Als 1967 in Griechenland ein rechter Militärputsch hin zu einer Militärdiktatur stattfand, blieb Griechenland Mitglied. Es waren sogar etwa 300 Mitglieder einer NATO-Brigade direkt am Putsch in Griechenland beteiligt und stützten sich auf die geheime NATO-Militärstruktur »Prometheus«. Eine direkte Beteiligung der USA bzw. der NATO am Putsch konnte nicht nachgewiesen werden, der Militärputsch und das sogenannte Obristenregime in Griechenland wurden aber von der US-Regierung Lyndon B. Johnsons hingenommen und der nachfolgenden Regierung von Richard Nixon aktiv unterstützt. In der Bundesrepublik regierte damals eine sozial-liberale Bundesregierung, aus der CDU/CSU-Opposition, insbesondere Bayern, wurde intensiv mit den diktatorischen Obristen in Griechenland zusammengearbeitet. Ab 1952 bekam die NATO auch eigene politische und militärische Strukturen. Es wurde ein erster NATO-Generalsekretär (Lord Hastings Ismay) eingesetzt. Von ihm stammte auch der Spruch über den damaligen Sinn der NATO: »The only purpose was to keep the United States in, to keep the Russians out and to keep Germany down …« – der einzige Zweck bestünde also darin, die USA drinnen, die Russen draußen und die Deutschen »unten« zu halten«.

Die jeweiligen Armeen der einzelnen NATO-Staaten waren und sind (bis heute) nun Teil der militärischen Strukturen der NATO. Darüber hinaus schaffte sich die NATO eigenständige, multinationale Militärstrukturen. Es wurde ein NATO-Hauptquartier, zuerst in London, später in Paris, dann in Brüssel geschaffen. Außerdem wurden erste alliierte NATO-Kommandos gebildet, so in der Türkei (Izmir), in den USA (Norfolk, Virginia), in Malta und in Frankreich (Fontainebleau). Die NATO gab sich ein eigenes »Strategisches Konzept«, das mit dem widersinnigen, aber bezeichnenden Begriff der »Vorneverteidigung« umschrieben wurde.

BRD-Wiederbewaffnung

Beginnend mit den Pariser Verträgen wurde nun die sogenannte Westintegration Westdeutschlands vorbereitet. Am 9. Mai 1955 erfolgte der NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland (BRD), die Gründung der Warschauer Vertragsorganisation (»Warschauer Pakt«) erfolgte wenige Tage später.

Zu diesem Zeitpunkt 1955 gab es formal die Bundeswehr noch gar nicht. In Westdeutschland lief eine heftige Debatte über eine »Wiederbewaffnung«. Die Friedensbewegung und zu Beginn auch die Gewerkschaften und insbesondere die evangelische Kirche wehrten sich heftig gegen die Wiederbewaffnung. Wichtig ist, das ursprüngliche Grundgesetz vom Mai 1949 sah keine (west)-deutsche Armee, sah keine Bundeswehr vor. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) war allerdings von Anfang an als Artikel 4, Absatz 3 Teil des Grundgesetzes. Als Ergebnis der Wiederbewaffnung wurde das Grundgesetz geändert und der Artikel 86a eingefügt: »(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben. (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.«

Konrad Adenauer setzte als damaliger CDU-Bundeskanzler die Wiederbewaffnung Stück für Stück durch. Anfangs war auch die SPD noch gegen die Wiederbewaffnung. Die offizielle Einführung der Bundeswehr wurde am 6. März 1955 noch gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Am 7. Juli 1956 wurde dann die allgemeine Wehrpflicht (für Männer) eingeführt. Schlüsselpositionen der Bundeswehr wurden durch ehemalige Wehrmachtssoldaten besetzt. Noch 1959 waren von den damaligen 14.900 Offizieren der Bundeswehr 12.630 bereits bei der Reichswehr oder der Wehrmacht Offiziere, 300 Offiziere waren zuvor in der Waffen-SS.

Der ursprünglich angedachte Weg über eine »Europäische Verteidigungsgemeinschaft« (EVG) insbesondere mit Frankreich und eine dann spätere NATO-Mitgliedschaft die militärische Einbindung Westdeutschlands zu erreichen, scheiterte an der Ablehnung der EVG am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung. Doch Konrad Adenauer fand den dann eingeschlagenen Weg einer direkten NATO-Mitgliedschaft ohnehin besser: »Für uns Deutsche insgesamt ist die neue Organisation viel besser, als es die EVG gewesen ist. – Wir haben das Besatzungsregime nicht mehr. Wir sind wieder ein freies Volk. (…) Wir können dann mit Fug und Recht behaupten, dass wir wieder eine Großmacht geworden sind.«

Quelle: Pixabay.

Interessant war, dass die damalige Bundesrepublik für ihre NATO-Mitgliedschaft und die Gründung der Bundeswehr eine Reihe von Auflagen hatte: So sollten die von den USA gelieferten Waffen (Sturmgewehre, Panzer, Artilleriegeschütze, Feldhaubitzen und Kampfflugzeuge) nur zur Verteidigung im Rahmen der NATO genutzt werden dürfen. Die Waffen durften zudem nicht weiterverkauft werden.

Stationierung von Atomwaffen

Mitte der 1950er-Jahre fanden wesentliche Verschärfungen der NATO-Politik statt: 1955 kündigte US-Präsident Dwight D. Eisenhower für den Kriegsfall den Einsatz taktischer Atomwaffen an. Seither und bis heute ist damit der mögliche Einsatz von Atomwaffen von NATO-Staaten Teil der Strategie der NATO. Sie bezeichnete sich selbst deshalb auch als »nukleares Bündnis«.

Im März 1957 wurde bekanntgegeben, dass US-Atomwaffen in Westdeutschland stationiert wurden. Dies war seit 1955 der Fall. Verschiedene Versuche, eine Stationierung von Atomwaffen in Europa zu verhindern, wie der nach dem polnischen Außenminister benannte Rapacki-Plan, mit dem Mitteleuropa (Polen, die BRD, die DDR und später die damalige Tschechoslowakei) zur atomwaffenfreien Zone gemacht werden sollte, wurden von der NATO zurückgewiesen und scheiterten. 1957 wurde von der NATO eine Atomwaffeneinsatzstrategie, die sogenannte massive Vergeltung beschlossen. 1958 wurden dann Atomwaffen – sogenannte Mittelstreckenraketen – in Großbritannien stationiert. Stationierungen von »Mittelstreckenraketen« in der Türkei und Italien folgten in den nächsten Jahren.

Frankreichs Austritt

Allerdings lief diese Entwicklung der NATO zum militärischen Atombündnis mit US-Atomwaffen nicht reibungslos. Die französische Regierung unter Charles de Gaulle trat Stück für Stück von 1959 bis 1964 aus den militärischen Strukturen der NATO, die mit US-Atomwaffen zu tun hatten, aus. 1966 wurde dann der vollständige Austritt Frankreichs aus den militärischen Strukturen der NATO beschlossen. De Gaulle etablierte stattdessen Frankreich als eigene Atommacht mit eigenen Atomwaffen. Die oberirdischen Atomwaffentests Frankreichs fanden zuerst in bewohntem Gebiet im besetzten Algerien, später insbesondere auf den Pazifikatollen Mururoa, aber auch Fangataufa statt. Die Folgen dieser französischen wie der »Atomtests« aller anderen Länder sind bis heute erheblich: Ganze Landstriche sind atomar verseucht, viele Bewohner*innen wurden vertrieben oder radioaktiv verseucht.

Die Proteste gegen die Atomtests in Mururoa waren sowohl in Tahiti als auch Europa erfreulicherweise sehr umfangreich.

»Nukleare Teilhabe« der BRD

Eine zentrale Rolle bei der Stationierung von Atomwaffen spielte die damalige Bundesrepublik. Das Konstrukt, mit dem Westdeutschland in die Atomwaffenplanung der NATO und der USA eingebunden war, war die sogenannte nukleare Teilhabe, wiederum von Konrad Adenauer durchgesetzt. Kurz gesagt wurden damit US-Atomwaffen in Deutschland stationiert, die auf bundesdeutschen »Trägersystemen«, derzeit »Tornados«, geflogen werden. Weitere US-Atomwaffen im Rahmen dieser »nuklearen Teilhabe« sind heute in Belgien (Peer), Italien (Rimini), Niederlande (Uden) und in der Türkei auf der Militärbasis Incerlik stationiert. In Hochzeiten wurden allein in Westdeutschland 1.500 Atomsprengköpfe und in den anderen westlichen europäischen Staaten noch mal 1.500 Atomsprengköpfe stationiert. Die entsprechende NATO-Strategie war ab 1967/68 die »Flexible Response«, also der geplante gestufte Einsatz »konventioneller« und dann atomarer Waffen. Bis heute sind 20 US-Atomwaffen in Büchel, Rheinland-Pfalz stationiert. Das Trägersystem »Tornado« soll nach dem Willen der neuen Ampelregierung nun durch den Kauf US-amerikanischer F-35-Kampfflieger abgelöst werden. Die Stationierung und der mögliche Einsatz von Atomwaffen war und ist bis heute also mit der NATO und der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands verbunden.

NATO-Soldaten vor Ort

In Westdeutschland wurden und waren bis 1991 umfangreich Soldaten und Soldatinnen aus NATO-Staaten stationiert. Umgekehrt waren in den »Ostblock«-Staaten, wie der DDR, sowjetische Soldatinnen und Soldaten stationiert. Beides waren zuerst Stationierungen im Rahmen des Besatzungsrechts. Danach wurde die Rechtsstellung verändert. Und Stationierungsabkommen wurden getroffen.

In der damaligen DDR waren bis zu 380.000 Soldaten und 120.000 Familienangehörige aus der Sowjetunion stationiert. US-Truppen waren in der damaligen BRD in einer Größenordnung von ca. 246.000 Soldatinnen und Soldaten. Aus Frankreich waren ca. 44.000 Soldatinnen und Soldaten, aus Großbritannien ca. 60.000, aus Belgien und den Niederlanden 7.500 bzw. 26.500 und aus Kanada ca. 8.000 in Westdeutschland stationiert. Das sogenannte NATO-Truppenstatut regelte den Aufenthalt ab 1951, dazu kam das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1959.

Entgegen der landläufigen Meinung unterlagen und unterliegen die Liegenschaften, die z. B. von NATO-Truppen genutzt werden, und das was auf und mit den Liegenschaften passiert, deutschem Recht. Allerdings können sich die stationierten Truppen auf die sogenannte Staatenimmunität berufen und damit eigene Regelungen auf und in den genutzten Liegenschaften anwenden.

Die Stationierung von NATO-Truppen kostete und kostet die Bundesrepublik erheblich Geld. Allein in zehn Jahren zahlte die Bundesregierung eine Milliarde Euro für die Stationierung von US-Truppen (Zahl von 2019). 648,5 Millionen Euro davon waren Kosten für Baumaßnahmen, 333,9 Millionen sogenannte Verteidigungsfolgekosten.

NATO-Doppelbeschluss

Der Blockgegensatz zwischen den NATO-Staaten und den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation verschärfte sich. Zwar wurde der Atomwaffensperrvertrag 1968 und der SALT-I-Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion unterschrieben, doch insbesondere das atomare Wettrüsten ging weiter. Die UdSSR modernisierte ihre Atomraketen (SS 20). Auf Initiative von Helmut Schmidt fasste die NATO dann am 12. Dezember 1979 den NATO-Doppelbeschluss. Es sollten neue US-Atomraketen in Westdeutschland stationiert werden (Pershing II und »Tomahawks«) und zugleich sollte mit der Sowjetunion über atomare Mittelstreckenraketen (Reichweite 1.500 bis 5.500 Kilometer) verhandelt werden. 1983 und 1987 wurden diese Atomraketen dann von der NATO stationiert.

Friedensbewegung gestärkt

Dagegen gab es die bisher stärksten Proteste der Friedensbewegung in den westlichen NATO-Staaten, darunter der damaligen Bundesrepublik: Von Großdemonstrationen mit mindestens 400.000 Menschen u. a. im Bonner Hofgarten über die Menschenkette von Ulm nach Stuttgart und die Gründung von Friedensinitiativen in fast allen Städten prägte die Friedensbewegung die damalige politische Zeit. Die Partei »Die Grünen« wurde mit ihren Galionsfiguren um Petra Kelly im Zuge dieser Proteste der Friedensbewegung groß und zog 1983 erstmals in den Bundestag ein. Die USA unter dem damaligen Präsidenten Ronald Reagan verschärfte die Hochrüstung enorm. Zugleich brach der Afghanistankrieg aus, den die Sowjetunion führte. 1982 wechselten die FDP und Hans-Dietrich Genscher den Koalitionspartner, und so löste Helmut Kohl Helmut Schmidt als Bundeskanzler ab. Der NATO-Doppelbeschluss und seine Folgen prägten die Weltpolitik und die Politik in der Bundesrepublik somit auf viele Jahre. Erst mit dem neuen Staatschef der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, kam wieder ernsthafte Bewegung in die Abrüstungsverhandlungen. Der INF-Vertrag vom 1. Juni 1988 führte zu realer (atomarer) Abrüstung von 2.692 atomaren Mittelstreckenraketen. Es ist offensichtlich, dass der Druck der Friedensbewegung ein wesentlicher Faktor für die dann erfolgte Abrüstung war.

Neue NATO nach 1990?

Der NATO-Gipfel von 1990 in London erklärte den Warschauer Pakt zum Partner statt Gegner, kündigte an, die NATO-Strategien »Flexible Response« und »Vorneverteidigung« zu beenden und die Zahl der Atomwaffen weiter zu reduzieren. Ziel war es damals, die NATO zu einer ausschließlich politischen Organisation zu machen. Im November 1990 wurde auf dem KSZE-Gipfeltreffen angehängt an den KSE-Vertrag eine gemeinsame Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes und der NATO verabschiedet, in der erklärt wurde, nun nicht mehr Gegner, sondern Partner zu sein. Verabschiedet wurde auch die Charta von Paris, mit der eine neue Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges beschrieben werden sollte. Die Warschauer Vertragsorganisation wurde am 1. Juli 1991, die militärischen Strukturen bereits am 31. März 1991 aufgelöst. Es wurde ein »Nordatlantischer Kooperationsrat« gegründet, in dem die Zusammenarbeit der ehemaligen Blockgegner geregelt sein sollte. Die damalige DDR trat der damaligen Bundesrepublik bei, und es wurde der »Zwei-plus-Vier-Vertrag« verabschiedet.

Umstrittene NATO-Osterweiterung

Ab 1999 begann die erste Runde der Beitritte von ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes in die NATO. Doch wie kam es dazu? Bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, der DDR, der damaligen Sowjetunion, den USA, Frankreich und Großbritannien wurde vom damaligen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und dem US-Außenminister James Baker Michail Gorbatschow suggeriert, eine Ausweitung der NATO würde nicht nur auf das ehemalige Gebiet der DDR, sondern auf alle Staaten des ehemaligen »Ostblocks« ausgeschlossen. Heute streiten die Westmächte ab, dass es dazu Zusagen gegeben hat. Fakt ist, zu einer vertraglichen Vereinbarung dazu kam es nicht. Nach längerem Vorlauf und offiziell nach der Verfassungskrise 1993 in Russland, dem Krieg in Abchasien 1992/1993 und dem ersten Tschetschenienkrieg 1994 bis 1996 kam es zu fünf Runden einer NATO-Osterweiterung: Nach dem Ange-

bot an Polen, Tschechien und Ungarn auf dem NATO-Gipfel 1997 traten am 12. März 1999 – also kurz vor Beginn des NATO-Angriffskriegs gegen Jugoslawien – Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei. 2004 folgten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien. Albanien und Kroatien folgten im Jahr 2009, 2017 Montenegro und 2020 nach Klärung der Namensfrage Nordmazedonien. Natürlich ist diese enorme Ausdehnung der NATO nach Osteuropa die Entwicklung einer »neuen NATO«.

Angriffskrieg gegen Belgrad

Was diese »neue NATO« bedeutet, zeigte sich im Umgang mit dem ehemaligen Jugoslawien. Nach dem Tod von Josip Broz Tito nahmen die politischen Spannungen in Jugoslawien zu. Es gab eine enorm ungleiche ökonomische Situation in den verschiedenen Teilrepubliken. Nationalistische Bestrebungen innerhalb aller ethnischen Gruppen, insbesondere der kroatischen und serbischen Bevölkerungen, nahmen zu. Mit tatkräftiger Unterstützung des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher erklärten sich Kroatien und Slowenien 1991 für unabhängig. In der Süddeutschen Zeitung stand 1999 dazu: »Die vom damaligen deutschen Außenminister Genscher durchgesetzte völkerrechtliche Anerkennung von Slowenien und Kroatien hat die derzeitige Balkankrise nicht behoben, sondern verschärft, insofern sie der historisch überholten und durch die Geschichte des 20. Jahrhunderts kompromittierten Idee des Selbstbestimmungsrechts neuen Auftrieb gab.« Von 1991 bis 1995 folgte der Kroatienkrieg.

Die NATO war schon 1995 direkt in die Jugoslawienkriege involviert: Ab 30. August 1995 fand die von der NATO durchgeführte »Operation Deliberate Force« statt, die von der UN unterstützt wurde. Dabei wurden von NATO-Flugzeugen serbisch-bosnische Militärstrukturen bombardiert, so die offizielle Lesart. Allerdings wurde erwartungsgemäß auch zivile Infrastruktur getroffen. Beteiligt waren 5.000 Soldatinnen und Soldaten aus 15 Ländern mit 400 Flugzeugen, drei Flugzeugträgern und 18 Militärstützpunkte in Europa. NATO-Flugzeuge insbesondere aus den USA flogen 3.500 Einsätze, die Bundeswehr war mit 65 Flügen von »Tornados«, stationiert im italienischen Piacenza beteiligt. Zugleich beteiligte sich die Bundesrepublik an der UNPROFOR-Mission. Der Einsatz der »Tornados« war der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr-Luftwaffe.

Kurz vor dem NATO-Einsatz fand vom 4. bis 8. August die »Operation Oluja« statt. Hier eroberte die kroatische Armee wesentliche Teile der Krajina (zurück). Serbische Bevölkerung wurde aus der Krajina vertrieben, zuvor war aus der Region kroatische Bevölkerung durch serbische Truppen vertrieben worden. Dass die USA und womöglich andere NATO-Staaten damals Kroatien auch mit Waffen belieferten und mit Logistik unterstützten, ist ein offenes Geheimnis. Diese Situation, dass eine Kriegsseite durch Waffenlieferungen und logistische Unterstützung von außen Territorium, das zuvor (mit ethnischen Vertreibungen) »verloren« wurde, wieder »rückerobert« (ebenfalls mit ethnischen Vertreibungen), bezeichne ich als »Krajina-Effekt.

Ab dem 24. März 1999 bombardierten die NATO und die Bundeswehr umfangreich Jugoslawien bzw. Serbien und Montenegro. Die Begründung waren ethnische Säuberungen durch die serbische Armee im Kosovo. 78 Tage bombardierte die NATO Serbien und Montenegro. Der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) startete die Kriegsteilnahme Deutschlands mit folgendem widersinnigen Satz in einer Fernsehansprache: »Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.«

Als Kriegsbegründung wurde die Ablehnung des Vertrags von Rambouillet durch die serbische Seite genommen. Dass dieser Vertrag allerdings einen militärischen Annex beinhaltete, der bedeutet hätte, dass 30.000 NATO-Soldaten im gesamten Serbien (nicht nur im Kosovo) stationiert worden wären, brachte z. B. auch Henry Kissinger dazu zu sagen, dass damit die Ablehnung der serbischen Seite absehbar war und die Vorlage einem Ultimatum gleichgekommen sei. Als Kriegsbegründung hätte die Ablehnung seiner Ansicht nach nicht genommen werden sollen. Die NATO agierte eindeutig völkerrechtswidrig, ein UN-Mandat lag nicht vor, es wurde auch nicht darum ersucht, im Gegenteil der UN-Sicherheitsrat und die UN sind absichtlich umgangen worden.

Vonseiten der rot-grünen Bundesregierung und vonseiten der NATO wurde nachweisbar gelogen, um den NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien zu rechtfertigen. Die Bevölkerung in der Bundesrepublik war nicht so recht kriegswillig. Der Rogovo-Vorfall stimmte so nicht. Das Massaker von Racak fand so, wie es der ehemalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) und Co. geschildert hatten, nicht statt. Der angebliche Hufeisenplan war ein Konstrukt. Bild titelte damals damit, dass Scharping von KZs im Kosovo sprach: »Sie treiben sie ins KZ«. Der ehemaligen Außenminister Joseph Fischer (Grüne) wollte ein erneutes Auschwitz im Kosovo verhindern. Hier wurde heftig verbal aufgerüstet. Die Kriegsbegründungen von Scharping und Fischer waren unerträglich. Das war nichts anderes als offener Geschichtsrevisionismus und Verharmlosung von Auschwitz. Diese Kriegsbegründungen sind etwas, was mich bis heute wütend macht. Was allerdings durch

diese Form der Kriegsbegründung »gelang«, war entweder die Verunsicherung eines ganzen (rot-grünen) Milieus oder dessen Kriegszustimmung.

Der NATO-Sprecher Jamie Shea sprach bei Zivilopfern der NATO-Angriffe von »Kollateralschaden«. Ich war froh, Jamie Shea 2008 bei einer Anhörung im Europäischen Parlament offen sagen zu können, dass er zu den eindrücklichsten Persönlichkeiten des NATO-Angriffskriegs gegen Jugoslawien gehört hat, mit seiner menschenverachtenden Äußerung von Zivilopfern als Kollateralschaden. Der Belgrader Journalist Andrej Ivanji brachte es auf den Punkt: »Ja, serbische Streitkräfte und paramilitärische Einheiten haben Albaner systematisch aus dem Kosovo vertrieben, aber erst nach den ersten NATO-Bomben. Und nein, es gab keine Konzentrationslager im Kosovo, von wegen Auschwitz.«

Die NATO und die NATO-Mitgliedsstaaten einschließlich Deutschland betrieben 1999 also einen mit Lügen begründeten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien, bei dem auch Zivilisten getötet wurden. In Deutschland fand unter einer SPD-Grünen-Bundesregierung ein Dammbruch hin zur Teilnahme der Bundeswehr (und der NATO) an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen statt.

Waterloo der NATO

2001 beschloss die NATO, dass die Terroranschläge von New York und Washington als NATO-Bündnisfall zu interpretieren seien, also der Artikel 5 des Nordatlantikvertrags zur Anwendung komme: Ein Angriff auf einen Staat werde als Angriff auf alle NATO-Staaten verstanden. Dies ist eindeutig eine völkerrechtliche Überdehnung und Überinterpretation des Artikels 5, da es sich ja bei den Terroranschlägen nicht um einen Angriff eines Staates handelte. Kurz nach dem 11. September 2001 wurde beschlossen, dass die NATO in Afghanistan einmarschieren solle, da dort die Unterstützer und Initiatoren der Terroranschläge lokalisiert wurden.

Am 7. Oktober 2001 startete die Militärintervention in Afghanistan »Operation Enduring Freedom«, sie wurde begleitet durch einen weltweiten »War on Terror«. Nach heftigsten Kämpfen war Afghanistan offiziell ab Dezember von der dort herrschenden Taliban erobert. Die NATO begann ab 2002 einen Besatzungseinsatz (ISAF), ausgehend von Kabul ausgedehnt auf ganz Afghanistan (2003). Offiziell sollte damit das Land wieder aufgebaut werden. Dazu wurden afghanische Militär- und Polizeistrukturen geschaffen und ausgebildet, mit denen man gemeinsam gegen die Taliban kämpfte. Ab 2009 wurden die NATO-Truppen enorm aufgestockt, so dass bis zu 130.000 Soldatinnen und Soldaten der NATO in Afghanistan waren. 2014 wurde ISAF beendet und »Resolute Support« begonnen, nun sollte der Schwerpunkt offiziell auf der Ausbildung liegen durch ca. 10.000 Soldatinnen und Soldaten der NATO. Der Einsatz endete im September 2021 in einem Desaster, da die NATO abziehen musste und die Taliban das Land nun erneut kontrollieren.

Die Bundesrepublik beteiligte sich umfangreich an den Einsätzen in Afghanistan. Dazu verknüpfte Schröder die Zustimmung der rot-grünen Bundesregierung mit der Vertrauensfrage. Es ginge um »uneingeschränkte Solidarität« der Bundesrepublik gegenüber den USA. Die Bundeswehr war mit bis zu 5.350 Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan, darunter auch Spezialtruppen, wie dem Kommando Spezialkräfte. Die Bundeswehr kämpfte auch aktiv und offensiv. Der Bündnisfall der NATO wurde bisher nicht aufgehoben. So teuer wie der NATO-Einsatz in Afghanistan, war bisher kein Einsatz der Bundeswehr. Etwa 15 Milliarden Euro kosteten die Einsätze. Etwa 160.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr waren über die Jahre in Afghanistan. Neben vielen Menschen der Zivilbevölkerung starben auch 59 Soldaten der Bundeswehr. Trauriger Höhepunkt der Bundeswehreinsätze in Afghanistan war das Massaker von Kundus, bei dem rund 150 Menschen bei der Bombardierung zweier Tanklaster auf Befehl des Oberst Klein der Bundeswehr getötet wurden.

Dass beim Abzug der Bundeswehr ein angeblicher Evakuierungseinsatz stattfand, krönte nur das Desaster. Offiziell sollten neben deutschen Staatsbürgerinnen und -bürgern auch gefährdete Ortskräfte der Bundeswehr und ziviler Hilfsorganisationen sowie andere gefährdete Afghaninnen und Afghanen ausgeflogen werden. Dies war allerdings unzutreffend. So sind noch heute viele ehemalige Ortskräfte auf der Flucht, entweder in Afghanistan, den benachbarten Ländern oder auf dem Weg nach Europa.

Schöngeredetes Kriegsbündnis

Die NATO ist also sowohl in ihrer Geschichte als auch in ihrer Gegenwart eindeutig ein Kriegsführungsbündnis. Die NATO-Strategie beinhaltet bis heute bei ihren Kriegsführungsszenarien den Einsatz von Atomwaffen. Ein positives Verhältnis zur NATO ist somit sowohl aus geschichtlichen, als auch aktuell politischen Gründen für mich ausgeschlossen. Die NATO wird gerne »schöngeredet«, dazu gibt es keinen Grund.

Die G7 auf Weltkriegs-Kurs

von Bernhard Klaus

Abgeschottet von Protesten und Öffentlichkeit haben die G7 im bayerischen Schloss Elmau u.a. eine gemeinsame Erklärung abgestimmt, die sich zum größten Teil um den Krieg in der Ukraine und dessen weltweite Folgen dreht.[1] Die Maßnahmen, die darin zu ihrer Bewältigung angekündigt werden, offenbaren, dass man unter den G7 davon ausgeht, dass der Krieg und seine globalen Folgen – für die Lebenshaltungskosten, den Zugang zu Grundnahrungsmitteln und die Energiesicherheit – noch lange anhalten werden. Von Verhandlungen – zumindest mit Russland – ist hingegen keine Rede. Von einer „Beendigung dieses Krieges" ist im Grunde nur an einer Stelle die Rede und offenbar sieht man dazu nur den einen Weg, „Russland erhebliche anhaltende Kosten auferlegen". Außerdem wird angekündigt, „der Ukraine so lange wie nötig zur Seite [zu] stehen und die erforderliche finanzielle, humanitäre, militärische und diplomatische Unterstützung für die mutige Verteidigung ihrer Souveränität und territorialen Unversehrtheit bereit[zu]stellen". Man richtet sich auf einen langen Krieg ein, dessen einziges denkbares Ende der Ruin Russlands sein kann. Hierzu schmiedet man auf dem G7 auch Bündnisse über EU und NATO hinaus. Entsprechend waren zu den Arbeitssitzungen tw. auch „bewusst einflussreiche Vertreter des Globalen Südens nach Elmau eingeladen".[2] Konkret habe man sich mit den „Staats-und Regierungschefs von Argentinien, Indien, Indonesien, Senegal und Südafrika sowie der Ukraine ausgetauscht", so die Abschlusserklärung.[3]

Vermeintlich spontan haben die G7 noch eine weitere Erklärung veröffentlicht, die sich auf den mutmaßlichen russischen Luftangriff auf ein Einkaufszentrum in Krementschuk befasste. Auch hier wird bekräftigt: „Wir werden weiterhin finanzielle, humanitäre sowie militärische Hilfe für die Ukraine bereitstellen, so lange es nötig ist". Außerdem wird dort festgestellt: „Willkürliche Angriffe auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten sind Kriegsverbrechen. Der russische Präsident Putin und die Verantwortlichen werden dafür Rechenschaft ablegen müssen".[4] So sehr das unserem Gerechtigkeitsempfinden entsprechen mag, ist es eine weitere Absage an eine Verhandlungslösung und Bekräftigung der Absicht, den Krieg bis zur völligen Niederlage Russlands anhalten zu lassen – unabhängig davon, wie viele ukrainische Zivilist*innen und Soldaten und Freiwillige aus aller Welt darin noch umkommen werden. Zudem sind Angriffe auf Zivilist*innen ein Verbrechen, das in nahezu jedem Krieg stattfindet, auch jenen, welche die G7 (Japan vielleicht ausgenommen) in der Vergangenheit (Ex-Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen) vom Zaun gebrochen oder – z.B. im Jemen – unterstützt haben. Mit am Tisch saß schließlich auch der französische Staatspräsident Macron, dessen Luftwaffe am 3. Januar 2021 in Mali eine Hochzeitsgesellschaft bombardiert und dabei 19 Zivilisten getötet hatte. Auf eine parlamentarische Anfrage zu diesem Vorfall hatte die Bundesregierung seinerzeit übrigens geantwortet, sie nehme „grundsätzlich keine Stellung zu den Operationen ausländischer Streitkräfte"[5] – offensichtlich eine dreiste Lüge.

„Im Krieg versuchen Staaten, ihren Streit gewaltsam mit Soldaten und Waffen zu lösen. Oft sind daran nur zwei Staaten beteiligt. Von einem ‚Weltkrieg' spricht man, wenn die Kämpfe zwischen vielen Staaten stattfinden und sich über die ganze Welt erstrecken".[6] Mit diesen Sätzen beginnt der Eintrag „Weltkrieg" im „junge[n] Politik-Lexikon" der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Bislang findet in der Ukraine ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine statt. Die Bemühungen der NATO und der G7 gehen dahin, die Kriegshandlungen zwar auf die Ukraine zu begrenzen, den Kreis der indirekten Kriegsbeteiligten jedoch durch Waffenlieferungen, Sanktionen und gemeinsame Festlegungen auf eine russische Niederlage als einziges akzeptables Ergebnis möglichst groß zu halten. Dabei erscheinen im Moment drei Szenarien denkbar:

(1) Ziemlich unwahrscheinlich erscheint, dass Russland sich tatsächlich zurückzieht und auch die Krim

aufgibt, wie von den G7 gefordert. Im Grunde müsste zusätzlich das Regime um Putin zusammenbrechen und dieser ausgeliefert werden, damit er – wie eingefordert – zur Verantwortung gezogen werden kann. Das könnte in Russland tatsächlich als so grundlegende Gefährdung der eigenen Sicherheit wahrgenommen werden, wie es in der russischen Nuklearstrategie als Voraussetzung für den Einsatz von Atomwaffen definiert wurde.

(2) Deutlich wahrscheinlicher ist, dass es früher oder später doch zu einer Verhandlungslösung kommt, in der die Ukraine Teile ihres Territoriums abgeben muss oder der Konflikt – vergleichbar zur Situation 2014 bis 2022 – einfriert. Dieser Weg wird gerade von NATO und den G7 kategorisch ausgeschlossen und mit jeder neuen, gemeinsamen Erklärung weiter verbaut. Falls es doch zu diesem Ergebnis kommt, müssten sich die westlichen Politiker fragen lassen, wofür so viele ukrainische (und russische) Soldaten ihr Leben haben lassen und so viele Menschen weltweit Entbehrungen in Kauf nehmen mussten.

(3) Der Krieg eskaliert und internationalisiert sich weiter. Dieses Szenario wird im Moment durch das Handeln der NATO und der G7 immer wahrscheinlicher. Es ist ein Weltkriegs-Kurs.

Das nicht explizit auf ein junges Publikum ausgerichtete Politiklexikon der BpB definiert Weltkrieg als „militärische Auseinandersetzungen, 1) die aufgrund des geografischen Ausmaßes und des unbegrenzten Einsatzes aller verfügbaren Mittel (Menschen, Waffen u. a.) von weltweiter Bedeutung sind und 2) deren Resultat eine grundsätzliche Neuordnung der Beziehungen und Gewichte zwischen den Staaten der Welt ist…“.[7]

Die erste Bedingung ist bislang nicht erfüllt. Zwar ist der Krieg in der Ukraine v.a. auch aufgrund der westlichen Sanktionen und Waffenlieferungen zweifellos von weltweiter Bedeutung. Ein „unbegrenzte[r] Einsatz aller verfügbaren Mittel (Menschen, Waffen u. a.)“ lässt sich allerdings noch nicht feststellen. Auch jenseits von Atomwaffen besteht z.B. in den Domänen Cyber und Weltraum noch erhebliches Eskalationspotential. Bei aller Bestialität des von Russland entfesselten Krieges ist auch zu konstatieren, dass auch die Luftwaffe noch eher zurückhaltend eingesetzt wird und es z.B. bislang zu keinen Flächenbombardements kam. Beide unmittelbar beteiligten Länder rekrutieren zwar längst Kämpfer(innen?) aus Drittstaaten, haben aber bislang auf eine Generalmobilmachung verzichtet.

Es ist das zweite Kriterium, das zu Denken gibt. Zumindest von Seiten der G7 und der NATO wird eine grundsätzliche Neuordnung der Welt, ein „Bündnis der Demokratien gegen die Autokratien der Welt“ relativ offen angestrebt. Die G7 haben entsprechend in Elmau angekündigt. in den nächsten fünf Jahren 600 Mrd. US$ für seine „Partnerschaft für Globale Infrastruktur und Investitionen“ zu mobilisieren – in Anlehnung an Chinas „neue Seidenstrasse“. Russland seinerseits hat mit dem Angriff auf die Ukraine die Bereitschaft signalisiert, sich weiter von China abhängig zu machen und in offener Feindschaft zum Westen neue Bündnisse zu schmieden. Es scheint, als wären beide Seiten bereit, das genannte Ergebnis eines Weltkrieges – eine Neuordnung der Welt – hinzunehmen und der Westen dies sogar offen anzustreben. Dazu passt auch die völlige Marginalisierung und Ignoranz gerade auch des Westens gegenüber der UN, die als Grundlage dieser Weltordnung gilt (und vom„junge[n] Politik-Lexikon“ der BpB auch als Folge des Zweiten Weltkrieges hervorgehoben wird).

Die Frage, welche NATO und G7 damit aufwerfen, lautet also: Kann man das Ergebnis eines Weltkrieges erreichen, ohne den Krieg in der Ukraine zum Weltkrieg zu eskalieren? Und wie weit will man noch gehen, um das herauszufinden?

Die an den Katzentisch geladenen Drittstaaten jedenfalls scheinen diesen Weg nicht weiter mitgehen zu wollen. Zwischen vielen Floskeln von der „Geschlossenheit des Westens und Stärkung des globalen Südens“ (Deutschlandfunk)[8] geht fast unter, dass diese Staaten keine Bereitschaft zu (weiteren) Sanktionen erklärt haben.

Anmerkungen

1 G7 2022 Germany: Kommuniqué der Staats-und Regierungschefs der G7 –Zusammenfassung, Elmau, 28. 6.2022.

2 Die G7 steht geschlossen an der Seite der Ukraine, https://www.g7germany.de/g7-de/g7-gipfel.

3 S. FN 1.

4 G7 2022 Germany: Erklärung der G7 Staats-und Regierungschefszum Raketenangriff auf ein Einkaufszentrum in Krementschuk, Elmau, 27.6.2022.

5 Bundestags-Drucksache 19/26065.

6 Christiane Toyka-Seid, Gerd Schneider: „Weltkrieg“, in: Das junge Politik-Lexikon (Bundeszentrale für politische Bildung, https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321418/weltkrieg/.

7 Klaus Schubert, Martina Klein: Das Politiklexikon. 7. Auflage (2020), https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18475/weltkrieg/.

8 Stephan Detjen: Geschlossenheit des Westens und Stärkung des globalen Südens, in: Deutschlandfunk: Informationen am Morgen vom 27.6.2022, https://www.deutschlandfunk.de/treffen-der-g7-staaten-in-elmau-dlf-dd7dbeeb-100.html.

Bollwerk des Westens

Die NATO ruft mit ihrem Strategischen Konzept endgültig die globale Großkonkurrenz aus

von Jürgen Wagner

Es lässt sich wohl mit Fug und Recht sagen, dass die NATO mit der Verabschiedung ihres neuen Strategischen Konzeptes auf dem Madrider Gipfeltreffen Ende Juni 2022 endgültig die „Ära der Konkurrenz großer Mächte“ (Ursula v.d. Leyen) ausgerufen hat. Während Russland im bis dato gültigen Konzept aus dem Jahr 2010 noch überwiegend in einem positiven Licht erschien und von China gleich überhaupt keine Rede war, hat sich der Wind schon seit einigen Jahren spürbar gedreht. Das nun verabschiedete Strategische Konzept stellt somit den vorläufigen Höhepunkt sich bereits seit Längerem abzeichnender Entwicklungen dar. Seit Jahren wird immer eindringlicher vor der Gefahr gewarnt, dass es zu einem Krieg zwischen den Großmächten, der NATO auf der einen und Russland und/oder China auf der anderen Seite kommen könnte – nach der Lektüre des neuen NATO-Konzeptes sollte allen klar sein, dass es sich hierbei keineswegs um Panikmache handelt. Besonders beunruhigend ist dabei vor allem die darin vorgenommene regionale wie funktionale Entgrenzung der besagten Großmachtkonkurrenz, ohne gleichzeitig irgendwelche Wege aufzuzeigen, wie aus der immer gefährlicher werdenden Krise wieder herausgekommen werden kann.

Großmachtkonkurrenz…

Die Vorarbeiten für das neue Strategische Konzept begannen spätestens, als es im November 2019 im Bündnis zwischen dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump und den europäischen Verbündeten, insbesondere mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der die NATO für „Hirntod“ erklärt hatte, zu erheblichen Spannungen gekommen war. Daraufhin beauftragte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine 10köpfigen Expertengruppe unter Co-Vorsitz des ehemaligen Verteidigungsministers Thomas de Maizière damit, Eckpunkte für eine Revitalisierung des Bündnisses und ein künftiges Strategisches Konzept zu erarbeiten.

Der von dieser Gruppe im November 2020 im Konsens verabschiedete Bericht „NATO 2030“ kam dann auch mit der Kernaussage daher, das Bündnis müsse seine Position gegenüber Russland und nun auch China grundlegend ändern: „Die NATO muss ihr Strategisches Konzept von 2010 erneuern. […] Die NATO muss sich an die Erfordernisse herausfordernderer strategischer Rahmenbedingungen anpassen, die durch die Rückkehr systemischer Rivalitäten, einem unablässig aggressiven Russland, den Aufstieg Chinas und die wachsende Bedeutung neuer Technologien geprägt werden.“ Dementsprechend wurde bereits in der Erklärung des letztjährigen NATO-Gipfels im Juni 2021 der Ton gegenüber Russland und China verschärft, was nun also auch im ranghöchsten Strategiedokument der Allianz aufgegriffen wurde.

Es gehört seit eh und je zum „guten“ Ton in Strategiedokumenten, ökonomisch-machtpolitische Konflikte als Auseinandersetzungen zwischen „gut“ und „böse“ zu beschreiben – das neue Konzept der NATO macht hier keine Ausnahme: „Autoritäre Akteure stellen unsere Interessen, unsere Werte und unsere demokratische Lebensweise infrage. […] Diese Akteure stehen ebenfalls an vorderster Front der Anstrengungen, multilaterale Normen und Institutionen vorsätzlich zu untergraben und autoritäre Regierungsmodelle zu fördern“ (Ziffer 7). Wer im Strategischen Konzept gleich im nächsten Absatz als Hauptgegner identifiziert wird, dürfte nach dem Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht weiter überraschen: „Die Russische Föderation ist die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum.“ (Ziffer 8) Wie bereits angedeutet, wird nun erstmals auch China im Strategischen Konzept prominent als ernste Bedrohung der Allianz ausgewiesen. Das Land sei eine „Herausforderung“ und es strebe danach, „die regelbasierte internationale Ordnung zu untergraben“. (Ziffer 13)

… auf allen Ebenen…

Sorgen macht, wie gesagt, die inzwischen völlige geografische wie auch funktionale Entgrenzung der neuen Großmachtkonkurrenz, die aus Sicht der NATO mittlerweile tatsächlich auf allen erdenklichen Ebenen ausgetragen wird.

Räumlich werden etwa die „Westbalkanstaaten und der Schwarzmeerraum“ genannt, die von „strategischer Bedeutung“ seien und „gegenüber böswilliger Einmischung und Zwang seitens Dritter“ unterstützt werden müssten (Ziffer 45). Als weitere Regionen von „strategischem Interesse für das Bündnis“ führt das Konzept auch den „Nahen Osten“ sowie „Nordafrika“ und die „Sahel-Region“ auf. Dortige Konflikte könnten ein Einfallstor für Einflussgewinne der erklärten Gegner Russland und China sein, wird gewarnt: „Die südliche Nachbarschaft der NATO, insbesondere der Nahe Osten, Nordafrika und die Sahelregion, stehen Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, Demografie, Wirtschaft und Politik gegenüber, die sich gegenseitig bedingen. Diese werden durch die Auswirkungen des Klimawandels, schwache Institutionen, gesundheitliche Notlagen und Ernährungsunsicherheit noch verschlimmert. Diese Situation bildet einen fruchtbaren Boden für die Ausbreitung nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen einschließlich Terrororganisationen. Sie macht es darüber hinaus möglich, dass sich strategische Wettbewerber destabilisierend und mit Zwangsmaßnahmen einmischen können.“ (Ziffer 11)

Weiter wird Russland vorgeworfen, es wolle „Länder östlich und südlich von uns destabilisieren“, dies schließe auch den „Hohen Norden“ den „Ostsee-, Schwarzmeer- und Mittelmeerraum“ ein, was die westliche „Sicherheit und Interessen infrage“ stelle. (Ziffer 8) Mit Blick auf Osteuropa sind es wenig überraschend besonders Georgien und natürlich die Ukraine, denen verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Bei der extrem konfliktbeladenen Frage der NATO-Mitgliedschaft beider Länder, wurde ein Mittelweg gewählt: Auf der einen Seite wurde betont, die NATO bekräftige den „auf dem Gipfeltreffen 2008 in Bukarest gefassten Beschluss“, wo beiden Ländern eine Beitrittsperspektive in Aussicht gestellt wurde. Nachdrücklich wird zudem darauf verwiesen: „Beschlüsse über eine Mitgliedschaft werden von den NATO-Verbündeten gefasst und Dritte haben in diesem Prozess kein Mitspracherecht.“ Auf der anderen Seite betont man, die NATO stehe zwar für „alle demokratischen Staaten offen“, knüpfte dies aber an die Bedingung, dass sie „willens und in der Lage sind, die Aufgaben und Pflichten einer Mitgliedschaft zu übernehmen“ und eine Aufnahme zur „gemeinsamen Sicherheit“ beitragen müsse (Ziffer 40f.).

Während all diese Passagen zwar nicht ausschließlich, aber doch fast überall primär auf Russland gemünzt sind, ist es klar, dass sich die erstmalige Erwähnung einer weiteren Region in einem Strategischen Konzept der NATO nur gegen ein anderes Land richten kann: „Der indopazifische Raum ist für die NATO wichtig, da Entwicklungen in dieser Region unmittelbare Auswirkungen auf die euro-atlantische Sicherheit haben können. Wir werden den Dialog und die Zusammenarbeit mit neuen und bestehenden Partnern im indopazifischen Raum stärken, um regionenübergreifende Herausforderungen anzugehen und gemeinsame sicherheitspolitische Interessen zu verfolgen.“ (Ziffer 45)

Darüber hinaus werden auch sogenannte „hybride Bedrohungen“ im „politischen, wirtschaftlichen, Energie- und Informationsbereich“ genannt, die eigentlich unterhalb der Schwelle eines klassischen Krieges liegen. Aus Sicht der NATO könnten „Hybride Operationen“ jedoch ebenso „schwerwiegend wie ein bewaffneter Angriff sein“ und dazu führen, „dass der Nordatlantikrat Artikel 5 des Nordatlantikvertrags ausruft.“ (Ziffer 27) Ferner gelte es den „Zugang zum Weltraum“ (Ziffer16) und die Fähigkeit im „Cyberraum wirksam zu operieren“ (Ziffer 24) zu gewährleisten.

… mit konkreten Kriegsvorbereitungen…

Jahrelang bestimmten Fragen, wie Militäreinsätze gegen kleine oder allenfalls mittlere Gegner gewonnen werden können, die Planungen der NATO – dies ist schon länger nicht mehr der Fall, wie nun auch im wichtigsten Dokument der Allianz bestätigt wird: „Wir werden einzeln und kollektiv das volle Spektrum an Streitkräften, Fähigkeiten, Plänen, Ressourcen, Mitteln und Infrastruktur liefern, das zur Abschreckung und Verteidigung benötigt wird, und zwar auch für hochintensive dimensionsübergreifende Kriegsführung gegen gleichwertige Wettbewerber, die Kernwaffen besitzen.“ (Ziffer 22)

Abseits der zwar nüchternen, nichtsdestotrotz aber überaus Besorgnis erregenden Feststellung, dass sich die NATO nun auf Großmachtkriege vorbereitet, ist hier vor allem der Plural „interessant“, der nahelegt, dass in dieser Passage nicht nur Russland, sondern auch China gemeint ist. Gleichzeitig betont das Konzept den Anspruch, gegenüber diesen Gegnern eine militärische Überlegenheit zu erlangen, indem in neue Technologien investiert wird: „Aufstrebende und disruptive Technologien bergen sowohl Chancen als auch Risiken. Sie verändern das Wesen von Konflikten, gewinnen größere strategische Bedeutung und werden zu maßgeblichen Schauplätzen des weltweiten Wettbe-

NATO-Gipfel in Madrid Ende Juni 2022. Quelle: NATO.

werbs. Der [sic] technologische Vorherrschaft bestimmt zunehmend den Erfolg auf dem Schlachtfeld." (Ziffer 17) Trotz seiner begrenzten Eigenmittel dient diesem Zweck vor allem das Sicherheits- und Investitionsprogramm (NATO Security Investment Programme, NSIP), dessen Budget, bei einem deutschen Anteil von rund 16,3 Prozent, im Zuge des NATO-Gipfels deutlich erhöht wurde, schreibt die Wirtschaftswoche: „Den Angaben zufolge soll der zivile und der militärische Haushalt von 2023 an jährlich um je 10 Prozent erhöht werden, der für das Sicherheits- und Investitionsprogramm NSIP sogar um 25 Prozent. Für die Periode von 2023 bis 2030 würden Nato-Berechnungen zufolge dann knapp 45 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Ohne die Erhöhung wären es nur um die 20 Milliarden Euro gewesen."

Die Sicherstellung technologischer Überlegenheit ist aber vor allem Sache der Einzelstaaten und sie erfordert von ihnen erhebliche Investitionen, woran auch das NATO-Konzept erinnert. Pünktlich kurz vor Gipfelbeginn hatte die NATO neue Zahlen zu den Militärausgaben ihrer Mitgliedsstaaten veröffentlicht, die von 895 Mrd. Dollar (2015) auf 1190 Mrd. Dollar (2022) deutlich gestiegen sind. Dennoch gelte es hier weiter aufzusatteln, man müsse „sicherstellen, dass unsere Nationen die Verpflichtungen im Rahmen der Zusage zu Investitionen im Verteidigungsbereich (Defence Investment Pledge) vollständig erfüllen, sodass das gesamte Spektrum an benötigten Fähigkeiten bereitgestellt werden kann." (Ziffer 48) Zum Vergleich, die aktuelle Military Balance weist für China Militärausgaben von 207 Mrd. Dollar (2021) und für Russland von 62 Mrd. Dollar (2021) aus.

… gegen Russland…

Im Strategischen Konzept werden eine Reihe von Aufrüstungsmaßnahmen angekündigt, die teils dann auch bereits in noch konkreterer Form im Zuge des Gipfels beschlossen wurden. Die NATO wolle ihr „Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv deutlich verstärken" und in diesem Zug eine „substantielle und durchgängige Präsenz auf dem Land, zur See und in der Luft sicherstellen", und zwar „vorne mit robusten, im Einsatzgebiet stationierten dimensionsübergreifenden kampfbereiten Streitkräften [und] Infrastruktur zur schnellen Verstärkung". (Ziffer 21)

Was man sich darunter konkret vorzustellen hat, wurde bereits einen Tag vor Gipfelbeginn in einer Pressekonferenz des NATO-Generalsekretärs deutlich. Stoltenberg kündige an, die NATO beabsichtige mehrere oder womöglich sogar alle bisher in Bataillonsstärke (~1.000-1.500) in acht osteuropäischen Ländern befindlichen NATO-Vorposten künftig auf Brigadestärke (~3.000-5.000) auszubauen. Ferner solle die Schnelle Eingreiftruppe (NATO Response Force, NRF) von 40.000 auf 300.000 SoldatInnen erheblich aufgestockt werden, hieß es dort weiter. Medienberichten zufolge sollen Teile der NRF künftig innerhalb von 10 Tagen, andere in spätestens 30 oder 50 Tagen verlegbar sein. Außerdem scheint vorgesehen zu sein, die jeweiligen Kräfte eines Landes einem bestimmten Gebiet zuzuordnen, woraus sich für Deutschland eine „Zuständigkeit" für Litauen oder gar die gesamte baltische Region ergeben könnte. Deutschland werde

hierzu 15.000 SoldatInnen, 65 Kampfjets und Transportflieger sowie 20 Kriegsschiffe beisteuern, war kurz darauf ebenfalls der Presse zu entnehmen.

Unmissverständlich wird im Konzept zudem betont, dass nukleare Abrüstung zwar wünschenswert wäre, an sie aber auf absehbare Zeit nicht zu denken sei. Schließlich seien die „strategischen nuklearen Kräfte des Bündnisses“, vor allem der USA, mit Abstrichen aber auch die Großbritanniens und Frankreichs, „der oberste Garant für die Sicherheit des Bündnisses.“ (Ziffer 29) Und aus diesem Grund wird auch unmissverständlich an der Nuklearen Teilhabe festgehalten, bei der in fünf europäischen NATO-Ländern, darunter auch Deutschland, US-Atomwaffen lagern und im Ernstfall von lokalen PilotInnen ins Ziel geflogen würden. Zwischenzeitlich war die Nukleare Teilhabe in Deutschland durchaus sehr umstritten – und auch wenn die kritischen Stimmen spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine weitgehend verstummt sind, betont das Konzept noch einmal zur Sicherheit: „Die nationalen Beiträge an Flugzeugen mit dualer Einsatzfähigkeit für den NATO-Auftrag der nuklearen Abschreckung bleiben bei dieser Anstrengung von zentraler Bedeutung.“ (Ziffer 29) Ferner wird auf der einen Seite beklagt, die „Russische Föderation modernisiert ihre nuklearen Kräfte“ (Ziffer 8). Geflissentlich unter den Tisch fällt aber, dass auch die USA derzeit die in Europa lagernden Atomwaffen auf den Typ B61-12 „modernisieren“ und sie damit treffsicherer und durchschlagsfähiger – kurz: gefährlicher – machen.

… und China…

Diese NATO-Schieflage hat durchaus Methode: „Die Volksrepublik China erweitert ihre Kernwaffenbestände rapide und entwickelt immer fortschrittlichere Trägersysteme, ohne dabei die Transparenz zu erhöhen oder sich in gutem Glauben auf Rüstungskontrolle und Risikominderung einzulassen.“ (Ziffer 18) Auch hier wird natürlich mit keinem Wort erwähnt, dass die USA ihr strategisches Nuklearwaffenarsenal derzeit mit denselben Zielen wie die taktischen in Europa lagernden Waffen „modernisieren“ – und zwar für eine Summe von über 630 Mrd. Dollar in den kommen Jahren. Es spricht einiges für die Annahme, dass der Ausbau des chinesischen Atomwaffenarsenals eine Reaktion auf diese US-Maßnahmen darstellt, da ansonsten Pekings Zweitschlagfähigkeit zunehmend in Frage stehen würde (siehe IMI-Standpunkt 2022/002).

Weiter werde die NATO dafür Sorge tragen, den von China ausgehenden „systemischen Herausforderungen“ zu begegnen. Was darunter genau zu verstehen ist, bleibt allerdings reichlich vage. Lediglich an einer Stelle wird das Konzept etwas konkreter: „Wir werden für unsere gemeinsamen Werte und die regelbasierte internationale Ordnung einschließlich der Freiheit der Schifffahrt eintreten.“ (Ziffer 14) Hier geht es um überaus brisante Gebietsstreitigkeiten insbesondere im Südchinesischen Meer, wo China auf eine Reihe von Inseln und damit faktisch auch auf die Durchfahrtsrechte in der Region Anspruch erhebt. Der Westen lehnt diese Ansprüche unter Verweis auf das Seerechtsübereinkommen ab und verleiht seiner Rechtsauffassung durch immer häufigere Manöver zur Freiheit der Schifffahrt (Freedom of Navigation Operations, FONOPs) Nachdruck.

Diese FONOPS sind hochriskant, die Gefahr von Zusammenstößen und daraus resultierenden Eskalationsspiralen ist erheblich. Schon vor einiger Zeit warnte die Stiftung Wissenschaft und Politik: „Solche Fahrten bergen allerdings immer die Gefahr einer Gegenreaktion und können Anlass für Zwischenfälle auf See und in der Luft sein. […] Die durch amerikanische Schiffe seit Jahrzehnten regelmäßig durchgeführten ‚Freedom of Navigation‘-Einsätze haben vor allem in den letzten Jahren im Zeichen sich anbahnender Großmachtrivalitäten im Indo-Pazifik den Beigeschmack amerikanischer Machtprojektion gegenüber China bekommen.“

Aus chinesischer Sicht überdehnen die westlichen Staaten das, was unter der Freiheit der Schifffahrt verstanden werden kann, mit ihren Militärmanövern erheblich. Deshalb handelt es sich bei derlei Übungen um ein Spiel mit dem Feuer, da China mit Maßnahmen reagiert, die das Risiko weiter erhöhen, warnt etwa der US-Politikprofessor Michael Klare: „Auf derart provozierende Manöver der US-Marine antwortet das chinesische Militär, die Volksbefreiungsarmee (PLA), in der Regel herausfordernd mit eigenen Schiffen und Flugzeugen. […] Häufig entsendet die chinesische

Quelle: Wikipedia. Eigene Montage.

Seite ein oder mehrere eigene Schiffe, die das amerikanische Schiff – um die Sache so höflich wie möglich zu gestalten – aus dem Gebiet herauseskortieren. Diese Begegnungen haben sich manchmal als äußerst gefährlich erwiesen, insbesondere wenn die Schiffe nahe genug aneinander gerieten, als dass es zu einem Kollisionsrisiko kam."

Es ist unklar, ob FONOPs künftig nicht nur von diversen Einzelstaaten, sondern auch unter dem offiziellen Dach der NATO durchgeführt werden sollen – beunruhigend ist jedenfalls, dass etwa die folgende Passage im Strategischen Konzept dies durchaus nahelegen könnte: „Die maritime Sicherheit ist für unseren Frieden und unseren Wohlstand von entscheidender Bedeutung. Wir werden unser Dispositiv und unser Lagebild ausbauen, um gegen alle Bedrohungen in der Dimension See Abschreckungs- und Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen, die Freiheit der Schifffahrt zu wahren, Seehandelswege zu sichern und unsere Hauptverbindungsrouten zu schützen." (Ziffer 23)

Schon im Vorwort des Strategischen Konzeptes verdeutlicht die NATO, sie verstehe sich als „Bollwerk der regelbasierten internationalen Ordnung", die sie mit Klauen und Zähnen zu verteidigen gedenke. Es hat aber einen überaus faden Beigeschmack, wenn sich westliche Staaten – und nun womöglich auch die NATO als Ganzes – auf die Fahnen schreiben, mit ihren Manövern dem Seerechtsübereinkommen und damit der regelbasierten Ordnung Geltung zu verschaffen. Schließlich hat der Hauptakteur USA besagtes Abkommen bis heute nicht einmal ratifiziert, weil es der Durchsetzung von US-Interessen in anderen Weltgegenden im Wege steht. Und der diesbezüglich zweitumtriebigste westliche Staat, Großbritannien, verletzt – u.a. mit Unterstützung der USA und Deutschlands - zum Beispiel auf eklatante Weise die viel beschworene regelbasierte Ordnung, indem er sich weigert einen Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofs (IGH) umzusetzen, der das Land auffordert, die Chagos-Inseln, wo sich auch die für die Machtprojektion in den Indo-Pazifik zentrale Militärbasis Diego Garcia befindet, an Mauritius zurückzugeben.

…. als Bollwerk gegen Machtverschiebungen!

Bereits unter US-Präsident Barack Obama gab es Überlegungen, die NATO zu einer Art „Allianz der Demokratien" auszubauen. Auch im aktuellen Konzept finden sich Sätze, die in eine solche Richtung deuten: „Wir werden unsere Beziehungen zu Partnern intensivieren, die die Werte des Bündnisses teilen und wie das Bündnis ein Interesse daran haben, die regelbasierte internationale Ordnung zu wahren." (Ziffer 44) Als mögliche Kandidaten werden hier immer wieder Länder wie Japan, Australien oder auch Süd-Korea gehandelt. Doch es zeigt sich immer deutlicher, dass sich mehr und mehr Länder dem „Bollwerk der regelbasierten internationalen Ordnung" nicht anschließen möchten. Zuletzt wurde dies beim kurz vor dem NATO-Gipfel erfolgten G7-Treffen in Elmau offensichtlich, als Argentinien, Indien, Indonesien, Senegal und Südafrika dem Westen mehr oder minder offen die Gefolgschaft verweigerten.

Triebfeder der neuen Großmachtkonkurrenz sind die dramatischen Machtverschiebungen im internationalen System: Während der kaufkraftbereinigte Anteil Chinas am globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) laut Statista von 2,27% (1980) auf 18,56% (2020) in die Höhe schnellte, schrumpfte der US-Anteil am BIP-Kuchen von 21,41% (1980) auf 15,98% (2020). Noch ausgeprägter fiel der Rückgang bei der Europäischen Union aus, die von 26,02% (1980) auf 14,90% (2020) abstürzte.

Vor diesem Hintergrund fordern die Aufsteiger – und hier eben mit am lautesten China - mehr Mitspracherechte, die ihnen aber vom Westen versagt bleiben. Er pocht weiterhin auf eine „regelbasierte Ordnung", in der der Westen bestimmt, wie diese Regeln auszusehen haben und vor allem, wer sie ungestraft brechen darf und wer eben nicht. Dies entspricht aber schlicht nicht mehr den machtpolitischen Realitäten - und wenn die NATO nun in ihrem Strategischen Konzept die „immer enger werdende strategische Partnerschaft zwischen der Volksrepublik China und der Russischen Föderation" beklagt und deren sich „gegenseitig verstärkende[n] Versuche, die regelbasierte internationale Ordnung zu unterhöhlen", so hat sie sich diese Entwicklung zu einem guten Stück auch selbst zuzuschreiben. (Ziffer 13)

Es gibt in diesem Ringen um Macht und Einfluss keine guten Akteure, nicht der Westen, nicht die NATO und auch nicht Deutschland – aber sicher auch nicht Russland und China. Es gibt aber völlig berechtigte Forderungen an die Bundesregierung, dass alles dafür getan wird, dass die Großmachtkonflikte nicht immer weiter außer Kontrolle geraten. Bisher hat sie dabei wie auch die NATO als Ganzes vollständig versagt und das neue Strategische Konzept gibt wenig Anlass zur Hoffnung, dass sich dies in absehbarer Zeit ändern wird. So ist im Strategischen Konzept viel darüber zu lesen, wie sich die NATO für die globale Großmachtkonkurrenz zu rüsten gedenkt – wie sie aus ihr herauskommen möchte, bleibt aber leider völlig im Dunkeln.

Eine gekürzte Fassung dieses Artikels erschien am 4.7.2022 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1.300 km Grenze zu Russland

Finnlands wehrhafte Gesellschaft setzt auf die NATO

von Ben Müller

Am 18.5.2022 hat Finnland zusammen mit Schweden die Mitgliedschaft in der NATO beantragt. Zwar konnten beide Staaten auch schon vor dieser Entscheidung nicht als neutral bezeichnet werden; durch ihre Mitgliedschaft in der EU und durch ihren Status als NATO-Partnerländer mit enger militärischer Zusammenarbeit und Informationsaustausch sind sie schon lange klar dem nordatlantischen Lager zuzurechnen.

Dennoch stellt dieser Schritt eine deutliche Zäsur dar. Im Ostsee-Raum etwa werden sich die Kräfteverhältnisse durch zwei weitere NATO-Staaten stark verschieben, und auch in der Arktis werden dann unter acht arktischen Staaten sieben NATO-Mitglieder sein. Das kann bestehende Spannungen, Drohungen und Konflikte leicht verschärfen. Und auch das Verhältnis von Schweden und Finnland zu Russland dürfte sich grundlegend verändern.

Zeitenwende und Bildersturm in Finnland

Während des Kalten Kriegs war Finnland unter seinen Präsidenten Paasikivi und Kekkonen durch strikte Neutralitätspolitik geprägt. Nach zwei verlorenen Kriegen[1] gegen die Sowjetunion wurde 1948 ein Freundschaftsabkommen zwischen Finnland und seinem östlichen Nachbarn geschlossen, und Finnland hielt sich aus militärischen Bündnisfragen heraus. Das machte Finnland einerseits zu einem möglichen Vermittler zwischen Ost und West. Andererseits kritisierten vor allem konservative Kreise unter dem Stichwort »Finnlandisierung« einen zu starken Einfluss Moskaus auf die finnische Politik.

Das Prinzip der formalen Bündnisfreiheit war in Finnland auch noch nach der Auflösung der Sowjetunion und dem finnischen Beitritt zur Europäischen Union für viele Jahre vorherrschend. Im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine hatte sich die öffentliche Meinung allerdings schlagartig umgekehrt.[2] Auf einmal gab es in Meinungsumfragen Mehrheiten für einen Beitritt zur NATO und der Anteil der Befragten, der Russland als Bedrohung betrachtete, stieg auf knapp 80%.[3] Finnland hat sich in der Folge an Sanktionen gegen Russland beteiligt, die Ukraine mit Waffenlieferungen unterstützt[4] und seine eigenen Militärausgaben gesteigert.[5]

Finnland hat aber auch mit Verweis auf den Ukraine-Krieg seine letzten Lenin-Statuen in Turku und Kotka aus dem öffentlichen Raum entfernt.[6] Da dieser Schritt weder den Menschen in der Ukraine hilft, noch dem russischen Militärapparat schadet (schließlich hat Putin selber in seiner Kriegsbegründung Lenin für die Existenz der Ukraine verantwortlich gemacht), geht es Finnland vermutlich eher um einen grundsätzlichen Kurswechsel und die Abkehr von seiner Vergangenheit und der »Finnlandisierung«. Anfang August wurde auch die seit 1990 in Helsinki stehende Statue für den Weltfrieden entfernt. Die von der Stadt Moskau gestiftete Skulptur war bereits in den Jahren davor wiederholt zum Ziel von Kritik und Anschlägen geworden.[7]

Blockadehaltung der Türkei

Die anderen NATO-Mitglieder haben die Entscheidung Schwedens und Finnlands überwiegend begrüßt und betont, dass die militärischen Kräfte der beiden Kandidaten die Allianz stärken werden. Gelegentlich wurde problematisiert, dass der Beistandsschutz nach Artikel 5 des NATO-Vertrags erst gelte, wenn alle 30 NATO-Mitglieder den Beitritt ratifiziert haben und dass Russland die Zwischenzeit für einen Vergeltungsschlag gegen Finnland oder Schweden nutzen könnte. Ungeachtet der Wahrscheinlichkeit eines derartigen Szenarios würden die NATO-Staaten aber Mittel dagegen finden wie etwa bilaterale Schutzversprechen.[8]

Tatsächlich kam es seit dem Antrag auf NATO-Mitgliedschaft zu einer verstärkten Präsenz und Manöverbeteiligung anderer NATO-Truppen in Finnland. Bereits einen Tag nach Ankündigung des Beitrittsge-

suchs flog ein US-Tankflugzeug demonstrativ die 1.340 km lange Landgrenze zwischen Finnland und Russland ab.[9] Ende Mai 2022 legten dann vier Kriegsschiffe aus Deutschland, Frankreich und den USA im Hafen von Helsinki an, um ihre Unterstützung zu zeigen.[10] Und im Juni machten zwei britische Kampfflugzeuge der Joint Expeditionary Force Station auf der Basis Rissala nahe Kuopio Halt.[11] Hinzu kamen gemeinsame Militärübungen von finnischen mit US-amerikanischen oder britischen Kräften.[12]

Das NATO-Mitglied Türkei nutzte den Antrag von Schweden und Finnland allerdings, um seine Zustimmung an politische Bedingungen zu knüpfen. Recep Tayyip Erdoğan beschuldigte die beiden Staaten, Angehörige kurdischer Organisationen und der Gülen-Bewegung zu unterstützen, bei denen es sich aus Sicht der Türkei um Terrorgruppen handele. Außerdem verweigerten sie Waffenlieferungen an die Türkei. Laut einer Umfrage waren 70% der Finnen nicht bereit, für die NATO-Mitgliedschaft ihres Landes der Türkei Zugeständnisse zu machen.[13] Trotzdem hatten sich die drei Staaten kurz vor dem NATO-Gipfel in Madrid auf eine Position geeinigt, wobei Finnland und Schweden in allen Punkten auf die Forderungen der Türkei eingegangen sind.

Das verabschiedete Abkommen betont die gemeinsamen Werte der drei Staaten und die gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen terroristische Bedrohungen. Schweden und Finnland erklären die kurdische Arbeiterpartei PKK zu einer Terrororganisation und wollen den kurdischen Gruppen YPG/PYD sowie der Gülen-Bewegung keine Unterstützung zukommen lassen.

Sie verweisen auf neuere Gesetzesausweitungen und Verschärfungen in der Strafverfolgung und verpflichten sich, türkische Auslieferungsgesuche zu prüfen. Außerdem bestünden keine Waffenembargos zwischen den drei Ländern.[14] Um der türkischen Position Nachdruck zu verleihen, hat Erdoğan später erneut angedroht, den Beitritt nicht zu ratifizieren, falls Schweden und Finnland ihre Zusagen nicht einhalten.[15]

Reaktionen aus Russland

Am zweiten Tag des Ukraine-Kriegs, lange vor den NATO-Beitrittsgesuchen, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Marija Sacharowa, Schweden und Finnland sollten ihre Sicherheit nicht darauf begründen, die Sicherheit von anderen zu zerstören, das könne militärische und politische Konsequenzen nach sich ziehen.[16] Diese Äußerung wurde umgehend auf Twitter und in westlichen Medien als »Drohung« Russlands eingestuft. Eine weitere Warnung kam im April 2022 vom stellvertretenden Leiter des russischen Sicherheitsrats Dmitri Medwedew. Er kündigte an, Russland müsse als Reaktion auf einen NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands seine Verteidigung im Ostsee-Raum verstärken und dort auch Atomwaffen stationieren.[17]

Etwas entspannter wird im Mai der russische Außenminister Sergei Lawrow zitiert. Der Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO mache keinen großen Unterschied. Die NATO werde aber wahrscheinlich die finnische und schwedische Souveränität nicht achten und das Territorium für ihre Ausdehnung nach Osten einplanen.[18] Auch Wladimir Putin sagte, es sei kein Problem, wenn Schweden und Finnland der NATO beitreten. Bisher gebe es dort keine Bedrohung. Aber wenn die NATO Militäreinheiten und Infrastruktur in diese Länder verlege, dann müsse Russland reagieren und die gleiche Bedrohung als Gegengewicht aufbauen.[19]

Gelegentlich wird im Westen auch über visuelle Propaganda gegen die NATO-Beitritte berichtet. So wurde am 8. Juni am Zaun des finnischen Konsulats in Murmansk ein Banner »Heil NATO« angebracht und auf dem Boden Grenzmarkierungen mit dem Schriftzug »NATO-Territorium«.[20] Zu einem anderen Zeitpunkt wurden in Moskau Werbeplakate gesehen, auf denen die finnisch-schwedischen Kinderbuchfiguren Muminpapa und Pippi Langstrumpf als Marionetten in der Hand von Uncle Sam dargestellt waren.[21] Auch eine konkrete Einschränkung für den finnischen Frachtverkehr steht im Raum, so könnte Russland den Pachtvertrag für den Saimaa-Kanal kündigen. Der 1856 fertiggestellte Kanal verbindet das Saimaa Seegebiet mit der Ostsee und verläuft etwa zur Hälfte über russisches Territorium.[22]

Militarisierung der finnischen Gesellschaft

In Finnland gilt eine Wehrpflicht für Männer, und für Frauen gibt es einen freiwilligen Wehrdienst. Damit kommt Finnland im Kriegsfall auf eine Truppenstärke von etwa 280.000 Soldat*innen. Hinzu kommen noch etwa 870.000 Reservist*innen bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 5,5 Millionen. Ein Ausschuss des Parlaments führt in Finnland regelmäßig eine Umfrage zur Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung durch. Die im April/Mai 2022 erfassten Daten zeigen dabei den höchsten jemals ermittelten Wert: 83% sprechen sich dafür aus, Finnland bei einem Angriff auf jeden Fall mit Waffen zu verteidigen, auch wenn das Ergebnis unsicher sei.[23] Auch Militärchef General Timo Kivinen rühmt die finnische Kampfbereitschaft: »Die wichtigste Verteidigungslinie ist zwischen den Ohren« und: »Die Ukraine war ein harter Bissen zu kauen (für Russland) und das würde auch Finnland sein.«[24]

Der finnische Reservistenverband FRA, der unter anderem Militärtrainings anbietet, hat bereits im Januar und Februar einen starken Mitgliederzuwachs verzeichnet. Im Vergleich zum Vorjahr hätten sich die Zahlen mehr als verdoppelt.[25] Auch die Teilnahme an militärischen Trainingskursen ist sprunghaft gestiegen. Der nationale Militärtrainingsverband MPK, der neben Trainings für Reservist*innen auch Kurse für Zivilpersonen anbietet, meldete Anfang des Jahres 700 Anmeldungen anstatt der sonst üblichen 150.[26] Auch der finnische Frauenverband für Notfallvorsorge spricht von einer deutlich stärkeren Nachfrage für seine Kurse. Er bietet unter anderem Survivaltrainings für Frauen an, bei denen die Teilnehmerinnen in Militärkleidung und mit pinkfarbenen Kappen üben, Zelte aufzubauen, Feuer zu machen und sich mit dem Kompass zu orientieren.[27]

Mit der großen Nachfrage nach Militärtrainings hat Verteidigungsminister Antti Kaikkonen auch eine Änderung des Waffengesetzes begründet. Die regulären Waffen und Munition von Militär und Grenzschutz sollen künftig auch in freiwilligen Schießtrainings eingesetzt werden. Bisher war der Einsatz auf die Pflichtübungen der Reservist*innen beschränkt. Durch die Änderung würden zusätzliche Schießtrainings möglich, ohne einen »Wilden Westen« zu schaffen.[28] Seit dem Herbst 2021 gibt es in Finnland auch eine Debatte über eine Wehrpflicht für Frauen. Nach einer Umfrage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks YLE unter den Mitgliedern des Parlaments gibt es dafür allerdings keine Mehrheit.[29] Zur finnischen Wehrbereitschaft passt auch die ausgedehnte Versorgung mit Schutzbunkern. Etwa 50.000 Bunker gibt es im Land, in denen rund 80% der Bevölkerung Schutz suchen können. Viele Schwimmbäder, Sporthallen und Parkhäuser sind so konstruiert, dass sie im Ernstfall in Schutzbunker umfunktioniert werden können. Auch das »Weihnachtsmanndorf« in Rovaniemi, eine touristische Attraktion mit eigenem Postamt des Weihnachtsmanns, ist als Bunkeranlage gebaut, die auch chemischen und atomaren Angriffen standhalten soll. Im Ernstfall könnten hier 3.600 Menschen untergebracht werden.[30]

Grenzsicherung gegen »hybride« Bedrohungen

Die Landgrenze zwischen Finnland und Russland erstreckt sich, wie gesagt, über 1.340 km. Der Großteil verläuft durch äußerst dünn besiedeltes Gebiet mit Hügeln, Seen, Wäldern und Mooren. Diese Grenze möchte Finnland jetzt stärker gegen »hybride« Bedrohungen sichern. Gemeint sind Flüchtlinge und Asylsuchende, die aus Russland nach Finnland einreisen könnten. Vorbild ist die Situation im November 2021 an der polnisch-belarussischen Grenze. Dort hatte Polen mit militärischer Härte die Einreise von Flüchtlingen verhindert, um der Welt die Skrupellosigkeit von Belarus und die Überlegenheit europäischer Werte zu demonstrieren.

Eine Umfrage unter Mitgliedern des finnischen Parlaments ergab im Juni 2022 eine Mehrheit für stärkere Grenzzäune zu Russland. Auch wenn es unrealistisch sei, die gesamte Grenze zu verstärken, sollten wenigstens kritische Bereiche mit stärkeren Zäunen versehen werden. Ein Mitglied der rechten Partei Die Finnen bemerkte zu seinem Votum, Zäune alleine würden nicht helfen, wenn sich die Tore durch das magische Wort »Asyl« öffneten.[31] Als Konsequenz verabschiedete das Parlament im Juli eine Änderung seiner Grenzgesetzgebung. Damit dürfen Behörden künftig in Ausnahmesituationen Grenzen schließen oder auf wenige Grenzübergänge reduzieren. Außerdem dürfen sie die Annahme von Asylanträgen auf einen zentralen Grenzübergang einschränken, sodass an der Grenze zu Russland dann keine Asylgesuche mehr gestellt werden können.[32]

Im Südosten Finnlands soll noch in diesem Sommer mit der Errichtung eines Versuchszauns auf einer Länge von 100-250 km begonnen werden. Dann könne seine Einsatzfähigkeit auch unter Herbst- und Winterbedingungen getestet werden. Es sei nicht nur ein Zaun, er verfüge auch über ein technisches Überwachungssystem, erläutert Matti Pitkäniity vom finnischen Grenzschutz.[33] Der Grenzschutz hat auch bereits seine Überwachungsflüge an der östlichen Grenze ausgeweitet. Für 2022 sind rund 4.000 Flugstunden mit Hubschraubern und Überwachungsflugzeugen geplant, das sind 25% mehr als 2021. Bei den vierstündigen Flügen werden verschiedene Sensoren wie Filmaufnahmen und Wärmebildkameras ausgewertet. 2026 oder 2027 sollen neue Flugzeuge in Betrieb gehen mit noch mehr Überwachungstechnologie, deren Auswertung nur mit künstlicher Intelligenz möglich sei.[34] Auch das finnische Militär setzt auf Überwachungsflüge und will bis zu 2.000 Drohnen für 14 Mio. Euro beschaffen.[35]

Ähnlich wie Estland, Lettland und Polen erwägt auch Finnland, die Vergabe von Tourismus-Visa an russische Staatsangehörige einzuschränken. Nach der Rückkehr von ihrem Sommerurlaub sagte Ministerpräsidentin Sanna Marin, es sei nicht richtig, dass Russ*innen ein normales Leben führen und als Tourist*innen nach Europa reisen könnten, während Russland in Europa einen brutalen Angriffskrieg führe. Sie hoffe auf eine gemeinsame Entscheidung der europäischen Staaten. In der Zwischenzeit könne Finnland aber die Visa-Vergabe erschweren und verlangsamen.[36] Ab September sollen nur noch rund 100 Tourismus-Visa pro Tag an russische Staatsangehörige ausgegeben werden statt bisher rund 1.000.[37]

Unterzeichnung eines Abkommen beim NATO-Gipfel 2022, das den Weg für eine finnische und schwedische NATO-Mitgliedschaft ebnet - im Hintergrund stehen NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der finnische Präsident Sauli Niinistö und die schwedische Premierministerin Magdalena Andersson. Quelle: Flickr/NATO North Atlantic Treaty Organization.

Die NATO in Finnland

Einen Tag nach der Einreichung des Antrags auf NATO-Mitgliedschaft, beeilte sich Sanna Marin, einen Pressebericht richtig zu stellen. Die Nachrichtenagentur Reuters hatte berichtet, Marin habe sich auch im Fall eines NATO-Beitritts ihres Landes gegen die Errichtung von NATO-Basen und gegen die Stationierung von Atomwaffen in Finnland ausgesprochen. Marin betonte, diese Einschränkung nicht gemacht zu haben.[38] Der Bürgermeister der Stadt Lappeenranta, das in Südkarelien etwa 30 km von der russischen Grenze entfernt liegt, hat im Alleingang bereits den örtlichen Flughafen als mögliche NATO-Basis ins Gespräch gebracht.[39]

Die Militärallianz hat zwar noch im Mai eine technische Vereinbarung mit Finnland abgeschlossen, die Details für den »host nation support« regelt, also für den Aufenthalt von NATO-Truppen in Finnland.[40] Die NATO habe aber bisher keine Pläne, Militärbasen in Schweden oder Finnland zu errichten oder dort zusätzliche Kräfte zu stationieren. Nach Aussage des stellvertretenden NATO-Generalsekretärs Mircea Geoana haben Schweden und Finnland ausgezeichnetes Militär, so dass sie sich selber verteidigen können.[41]

Ein Strategiepapier des Atlantic Council betont allerdings, dass ein NATO-Beitritt für Schweden und Finnland nicht nur Sicherheitsversprechen bringe. Auf die Länder kämen auch neue Aufgaben und Erwartungen zu. So könnte von Finnland verlangt werden, eine mechanisierte Bataillonsgruppe oder gar eine ganze Infanterie-Brigade für NATO-Einsätze bereitzustellen. Außerdem müssten beide Länder rund 150-200 zusätzliche Personen in NATO-Strukturen entsenden und auch über die Bereitstellung von Infrastruktur für die NATO-Kommandoebene nachdenken.[42]

Einschätzungen

Mit ihrer Entscheidung für einen NATO-Beitritt scheint die finnische Regierung blind der öffentlichen Meinung hinterherzulaufen. Wenn sich die Bürger bedroht fühlen und in Militärkursen ihre Verteidigungsfähigkeit trainieren, dann wird die NATO-Mitgliedschaft als einziger denkbarer Ausweg dargestellt. Im Gegensatz zu Norwegen, das zumindest formal keine fremden Basen und Truppen sowie keine Atomwaffen auf seinem Territorium zulassen will, nimmt Finnland keinerlei Rücksicht auf mögliche Sicherheitsbedürfnisse seines Nachbarlandes.

Vielmehr wird die Gelegenheit genutzt, um alten Ballast der »Finnlandisierung« abzuwerfen und nach Wegen zu suchen, Russland möglichst großen Schaden zuzufügen. Die drohende Grenzschließung und die Einschränkung bei der Visa-Vergabe betrifft dabei auch Menschen, die mit der russischen Innenpolitik nicht einverstanden sind und die den Krieg in der Ukraine ablehnen.

Noch ist nicht absehbar, wie die NATO das Territorium von Schweden und Finnland in ihre strategischen Pläne einbeziehen wird. Da sich die Allianz aber anscheinend nicht mehr an die NATO-Russland-Grundakte gebunden fühlt, ist es gut möglich, dass das gesamte Ostsee-Gebiet und die ausgedehnte Landgrenze zwischen Finnland und Russland künftig zum Austragungsort von Drohgebärden, Wettrüsten und Kriegsspielen wird. Mit mehr Sicherheit hat das jedenfalls nichts zu tun.

Anmerkungen

1 Die Sowjetunion hat im »Winterkrieg« 1939 Finnland angegriffen, das nach dem geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt in den sowjetischen Einflussbereich fiel. Im »Fortsetzungskrieg« ist Finnland dann 1941 an der Seite Deutschlands in die Sowjetunion einmarschiert. Als Folge beider Kriege musste Finnland große Teile Kareliens sowie seinen Zugang zum Arktischen Ozean abgeben.

2 Christina Boger: Ja zur NATO? Finnland und Schweden nähern sich Beitritt, 11.4.2022 imi-online.de.

3 Yle survey: Nearly 80% consider Russia a threat, 3.3.2022 yle.fi.

4 Marin: Finland sending arms to Ukraine, MPs to discuss Nato on Tuesday, 28.2.2022 yle.fi.

5 Finland directs resources at defence after Russia's attack on Ukraine, 6.4.2022 yle.fi.

6 Ronan Browne: Turku takes down Lenin statue, 28.4.2022 yle.fi, Finland's last Lenin monument removed from streets of southern city, 14.6.2022 yle.fi.

7 Joshua Manning: Finland angers Russia with removal of Soviet Union World Peace statue, 8.8.2022 euroweekly-news.com.

8 If Finland and Sweden apply to join NATO, they would be welcomed, Stoltenberg says, 5.4.2022 reuters.com.

9 US military refuelling plane flies over Lapland day after NATO announcement, 14.5.2022 thebarentsobserver.com.

10 Four Nato warships dock in Helsinki, 29.5.2022 yle.fi.

11 British F-35's to visit Finland next week, 22.6.2022 yle.fi.

12 US soldiers train with Finnish forces in Helsinki, 29.6.2022 yle.fi, Amphibious assault ship USS Kearsarge heads to Helsinki, 3.8.2022 yle.fi.

13 HS poll: Majority opposed to Turkey's demands, 27.6.2022 yle.fi.

14 Trilateral Memorandum between Türkiye, Finland and Sweden, 28.6.2022 um.fi.

15 Erdogan says Turkey will freeze Finland, Sweden's NATO bids if promises not kept, 18.7.2022 reuters.com.

16 Russia warns Sweden and Finland not to try to join NATO. 25.2.2022 arctictoday.com.

17 Russia's Medvedev issues warning about Finland, Sweden Nato membership, 14.4.2022 yle.fi.

18 Russian Foreign Minister: Finland, Sweden Nato membership makes »not much difference«, 17.5.2022 yle.fi.

19 Putin plays down Finnish Nato accession, issues warning over military infrastructure, 30.6.2022 yle.fi.

20 In front of Finland's Consulate office in Murmansk appears anti-NATO banner with Nazi undertone, 8.6.2022 thebarentsobserver.com.

21 Moomin features in anti-Finland propaganda on Moscow streets, 13.7.2022 yle.fi.

22 Russian media: Kremlin may terminate Saimaa canal contract if Finland joins Nato, 27.4.2022 yle.fi.

23 Ministry of Defence: Finns' opinions on foreign and security policy, national defence and security, 18.5.2022 defmin.fi.

24 Anne Kauranen: Finland is ready to fight Russia if attakked – defence chief, 22.6.2022 reuters.com.

25 Finnish reservists' group sees spike in new applications, 28.2.2022 yle.fi.

26 Hundreds sign up for defence prep courses in Finland, 1.3.2022 yle.fi.

27 Essi Lehto: Worried about Russia, Finnish women sign up to learn defence skills, 8.6.2022 reuters.com.

28 New law puts more weapons in hands of volunteers, 23.5.2022 yle.fi.

29 Yle poll: One-third of MPs say conscription should be obligatory for women, 3.5.2022 yle.fi.

30 Essi Lehto, Anne Kauranen: In wary Finland, Santa's grotto is also bomb shelter, 1.6.2022 reuters.com.

31 Survey: Majority of MPs back building fences on Finnish-Russian border, 7.6.2022 yle.fi.

32 Parliament approves border law change to thwart hybrid attacks, 7.7.2022 yle.fi.

33 Official: Trial of updated eastern border fence may start this summer, 8.7.2022 yle.fi.

34 Border Guard increases aerial surveillance along Russian border, 25.7.2022 yle.fi.

35 Finnish military to procure surveillance drones valued at €14m, 11.4.2022 yle.fi.

36 Finnish PM: EU should restrict Russian tourism, 8.8.2022 yle.fi.

37 Haavisto: Finland will cut Russian visas by 90%, 16.8.2022 yle.fi.

38 PM: Reuters misrepresented Nato comments, 19.5.2022 yle.fi.

39 Anurag Roushan: Finland: Lappeenranta Authorities Mull Offering City's Airport To NATO For Military Base, 4.7.2022 republicworld.com.

40 Finland and NATO sign a Host Nation Support Technical Arrangement , 24.5.2022 valtioneuvosto.fi.

41 NATO Says No Plans for Bases in Sweden or Finland, 6.7.2022 thedefensepost.com.

42 John R. Deni: Sweden and Finland are on their way to NATO membership. Here's what needs to happen next., 8.8.2022 atlanticcouncil.org.

Neue Großoffensive in Nordsyrien?

Der Krieg tobt bereits – und die EU profitiert

von Jacqueline Andres

Rania Eta, Zozan Zedan, Dilan Ezedin und Diyana Elo – das sind die Namen der vier Mädchen, die am 18. August 2022 durch einen Drohnenangriff der Türkei auf ein von der UN gefördertes Mädchenbildungszentrum in Nordostsyrien umgebracht wurden. Zum Zeitpunkt des Luftangriffs spielten sie Volleyball im Hof des Bildungszentrums. Elf weitere Mädchen erlitten Verletzungen. Das Bildungszentrum ist Teil des UN-Aktionsplans gegen die Rekrutierung von Kindern unter 18 Jahren. Zuvor waren die vier ermordeten Mädchen Teil der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), jedoch ohne in Kampfeinsätze eingebunden zu sein.[1] Dieser Angriff reiht sich ein in eine ganze Serie von Artillerie- und Drohnenangriffen, die sich seit dem Treffen des türkischen Präsidenten Erdogan mit seinen Amtskollegen Putin und Raisi in Teheran intensivieren.

Luftschläge und Artillerieangriffe nehmen zu

Erst im Mai 2022 kündigte der türkische Präsident Erdogan die nächste (völkerrechtswidrige) Militäroffensive in Nordsyrien an; bislang steht die Offensive aus, die sich gegen die als „Terroristen“ erklärten kurdische Kämpfer*innen in den von der YPG kontrollierten Städten Tal Rifaat und Manbij richten soll.[2]

Bei dem Treffen in Teheran blieb die erhoffte Rükkendeckung von Russland und Iran für eine erneute Großoffensive aus – auch die USA äußern sich kritisch und rufen offiziell zur Deeskalation auf.[3] Unterstützung zeichnet sich auch aus Syrien nicht ab – bei einem Treffen des syrischen und des russischen Außenministers Mitte August lehnten beide eine mögliche militärische Invasion der Türkei in Nordsyrien ab.[4] Die Großoffensive bleibt zunächst aus, doch der Krieg tobt bereits und die Luftschläge nehmen zu. In Erinnerung dürfte noch die Bombardierung Nordiraks einen Tag nach dem Treffen in Teheran sein – bei Luftschlägen am 20. Juli 2022 im Ferienort Barakh starben acht irakische Tourist*innen, davon zwei Kinder.[5] Insgesamt sind laut dem Rojava Information Centre im Jahr 2022 bislang 75 Luftangriffe durch Kampfdrohnen erfasst.[6] Seit Januar 2022 erfolgten demnach mehr als 3.700 Angriffe auf das Gebiet der kurdischen Selbstverwaltung – 1.420 davon seit Juni.[7] Mittlerweile vergeht kaum ein Tag ohne einen Luft- oder Artillerieangriff. Die Artillerieangriffe verlaufen nicht nur tödlich für die Menschen vor Ort, sondern führen immer wieder auch zu massiver Zerstörung. So zum Beispiel bei einem Artilleriebeschuss am 12. August 2022, durch den ein Waldbrand vom türkischen Militär in Colemêrg ausgelöst wurde und die Löschversuche der Bevölkerung vom Militär unterbunden wurden.[8]

Die türkische Regierung scheint ihren Drohnenkrieg und Artilleriebeschüsse zu intensivieren, um dennoch ihr denkbares Ziel umzusetzen: die Vertreibung der Bevölkerung zur Etablierung einer so genannten Sicherheitszone entlang der türkischen Grenze und die Zerschlagung der kurdischen Selbstverwaltung. Zudem stehen Wahlen in der Türkei an und die Inflation erreichte im Juli 2022 unerträgliche 79,6%. Am stärksten stiegen die Verbraucherpreise im Verkehrssektor (+119%) und für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+95%).[9] Erdogan nutzt den Krieg in Nordsyrien und im Nordirak, um u.a. von der desolaten Wirtschaftssituation vor der bevorstehenden Wahl in der Türkei abzulenken und den sozialen Unmut in rassistischer und nationalistischer Manier auf die syrischen Geflüchteten und die Kurd*innen zu richten.

30-km tiefe „Sicherheitszone“?

Im Mai 2022 bekräftigte der türkische Präsident erneut seinen Plan, eine sogenannte Sicherheitszone mit einer Breite von 30 km entlang der türkischen Grenze zu Nordsyrien errichten zu wollen. Bereits im Jahr 2019 stellte er diesen Plan vor der UN vor. Dort will er 1 Million der 3,6 Millionen syrischen Geflüchteten ansiedeln, die momentan in der Türkei leben.[10] Bis-

lang wurden laut dem Rojava Information Centre mehr als 300.000 Menschen aus diesem Gebiet vertrieben – und damit mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Ersetzt wurden sie durch fast ebenso viele Binnenvertriebene aus überwiegend arabisch geprägten Regionen Syriens. In einem Bericht des Rojava Information Centre heißt es: „Nach Angaben der Afrin Human Rights Organization waren im Jahr 2020 rund 65% der Siedler*innen Familienangehörige von SNA-Milizionären oder ISIS-Mitgliedern, die nach der Niederlage der Organisation geflohen waren.“[11] Dies findet in von der Türkei besetzten Gebieten, wie in der Region Afrin, statt – alleine in der Zeit von 2018-2021 wurden dort 32 Dörfer errichtet.[12]

Zudem tragen nicht nur die militärischen Angriffe zur Vertreibung der Bevölkerung bei – hinzu kommen die Zerstörung der Lebensgrundlage, z.B. durch das Roden von Olivenbäumen. Laut dem Rojava Information Centre fällten SNA-Gruppen mehr als 3.688 Bäume in den von der Türkei besetzten Gebieten. Dem Information Centre liegen auch Berichte von mindestens 19 Fällen von unrechtmäßiger Beschlagnahmung und dem Verkauf von Eigentum, u.a. von Häusern, vor, die an Binnenvertriebene aus den Regionen Homs und Damaskus verkauft wurden. Erschwert wird den Menschen vor Ort ihre Existenz durch das Erheben hoher Steuern für landwirtschaftliche Produktion, wie zum Beispiel eine 50%-Steuer auf die Olivenproduktion.[13]

Waffen aus der EU

In den Jahren 2017-2021 bezog die Türkei ihre Rüstungsimporte hauptsächlich aus Italien (30%), den USA (22%) und Spanien (21%).[14] In der Zeit von 2015-2020 lieferte Italien 57 Kampfhubschrauber des Typs A-129C Mangusta an die Türkei, die laut Berichten aus Nordirak dort durch das türkische Militär eingesetzt werden.[15] Auch die Rüstungslieferungen aus der BRD spielen eine große Rolle für die türkischen Waffenarsenale – die größten Waffenexporteure an die Türkei in den letzten 40 Jahre waren die USA, Deutschland und Frankreich.[16]

In den Jahren 2018 und 2019 war die Türkei das Hauptempfangsland deutscher Kriegswaffen – fast ein Drittel aller Rüstungsgüter gingen an den Bosporus, im Jahr 2018 im Wert von 242,2 Mio.€ und im Jahr 2019 im Wert von stolzen 344,6 Mio €. Im Jahr 2020 erteilte die BRD 68 Einzelgenehmigungen im Wert von 22,9 Mio € und im Jahr 2021 35 Genehmigungen mit einem Gesamtwert von 11,1 Mio €.[17] Dabei beschloss die Bundesregierung bereits im Jahr 2016 eine restriktivere Exportpolitik für die Türkei und im Jahr 2019 – nach der dritten völkerrechtswidrigen Großoffensive der Türkei im Nordosten Syriens und den steigenden Spannungen wegen Ölgasfeldern im Mittelmeer zwischen der Türkei, Zypern und Griechenland – führte sie einen löchrigen Rüstungsexportstopp ein. Der „Exportstopp“ sollte die Lieferung von Waffen verhindern, die die Türkei im Syrienkrieg einsetzen könnte – jetzt würden hauptsächlich Waffen für den maritimen Bereich geliefert. Hierbei geht es vor allem um im Jahr 2009 genehmigte Lieferungen von U-Boot-Komponenten, mit denen in der Türkei in Zusammenarbeit mit ThyssenKrupp Marine Systems sechs U-Boote montiert werden.[18]

Doch genau dies kritisieren sowohl die griechische Regierung als auch Friedensaktivist*innen, denn abgesehen von den tödlichen Militäraktivitäten in Nordsyrien und Nordirak, umgeht die Türkei das Waffenembargo Libyens und greift dort u.a. durch Waffenlieferungen in den Krieg ein und streitet mit Zypern und Griechenland um die Rechte von Öl- und Erdgasfeldern im östlichen Mittelmeer – ein Streit, der das Potenzial hat, zu einem militärischen Konflikt auszuwachsen.

Abgesehen davon limitierte der Rüstungsexportstopp keine Sammelgenehmigungen und keine Re-Exportgenehmigungen. Diese laufen weiter: So wurden 2021 drei Re-Exportanfragen aus Frankreich für die Ausfuhr an die Türkei genehmigt – für elektronische Ausrüstung und Ortungsausrüstung. Auch sieben Sammelausfuhrgenehmigungen wurden 2021 erteilt – hier heißt es nur schwammig, dass diese u.a. Empfänger in der Türkei beinhalten. Diese umfassen u.a.: Splitter-Gefechtsköpfe für die Flugabwehrrakete Evolved Sea Sparrow Missile (ESSM) von TDW sowie die zugehörige Software und Technologie, Nachbrennertriebwerke von MTU Aero Engines sowie dazugehörige Software und Technologie und von DIEHL Aviation Gilching Komponenten für den Airbus A400M – sowie Technologie dazu.

Die Türkei nutzt bereits neun Transportflugzeuge des Typs A400M und erwartet die Lieferung eines zehntens – dieser Typ gelangte in die Schlagzeilen, nachdem 2020 öffentlich wurde, dass dieses Flugzeug von der Türkei dazu genutzt wurde, kriegsrelevante Fracht, Soldaten und Söldner in das Bürgerkriegsland Libyen zu bringen, gegen welches ein UN-Waffenembargo besteht. Nichtsdestotrotz wartete Airbus zeitgleich das Flugzeug in der Türkei – und unterstützte dadurch die türkischen Streitkräfte bei ihrem Bruch des Waffenembargos.[19]

Durch Technologietransfers stärkt die Türkei immer weiter die eigene Rüstungsindustrie. Die Entwicklung der Drohnenproduktion in der Türkei zeigt, inwiefern Technologietransfers aus der EU als technologischen Steigbügel zum Aufstieg zu einer Drohnenmacht fungierten.

Beihilfe zum Aufstieg der Drohnenmacht

Komponenten aus der EU (Österreich, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden) spielen eine wichtige Rolle in der Konstruktion des tödlichen Drohnenexportschlagers der Türkei, der Bayraktar TB2 Drohne.[20] Einige der Komponenten kann die türkische Rüstungsindustrie mittlerweile selbst produzieren. Die Thermalbatterie für die Munitionen stellte SB Aerospatiale in Frankreich her. Dieses Unternehmen gehört zur ASB-Gruppe, einem Unternehmen von Saft (ein Tochterunternehmen von TotalEnergies) und Airbus. Die Komponenten aus Deutschland betreffen u.a. auch die Munition; aus der BRD wurden Tandemsprengköpfe und Know-how in die Türkei exportiert: „Das an diesem Austausch beteiligte Unternehmen war TDW, das sich zu 100 % im Besitz des europäischen Raketenherstellers MBDA befindet, der wiederum im Besitz des deutsch-französischen Airbus, des britischen BAE Systems und des italienischen Leonardo ist.“[21] Ein weiteres Beispiel ist das mit optischen und infrarotbasierten Kameras und Lasertechnologie ausgestattete Sensormodul der TB2, das Matthias Monroy quasi als das Auge der Drohne bezeichnet. Zwischenzeitlich lieferte es Hensoldt (Modul ARGOS-II), doch mittlerweile produziert das türkische Rüstungsunternehmen Aselsan die Sensormodule für die TB2.[22]

Stopp die Waffenexporte an die Türkei!

Die Forderung von Außenministerin Baerbock nach einem Rüstungsexportstopp in die Türkei ist begrüßenswert, doch angesichts der vorangegangenen Schritte hin zu einer „restriktiveren“ Exportpolitik in die Türkei lassen sich Lehren ziehen, um dieser Forderung starken Nachdruck verleihen zu können. Zum einem müssen Sammel- und Re-Exportgenehmigungen eingeschlossen werden in einen Rüstungsexportstopp. Dazu müssen die mit den EUropäischen Partnern geschlossenen Abkommen geändert werden. Solange dies nicht geschieht, kann die BRD keinen ernsten Rüstungsexportstopp einführen. Zweitens müssen mehr Informationen zu den Rüstungsexporten zugänglich sein – doch es werden immer weniger. So veröffentlicht die Bundesregierung seit 2019 in den Rüstungsexportberichten weniger Einzelangaben zu den Empfängerländern: „Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass anhand der hier aufgelisteten Einzelangaben eine Re-Identifizierung betroffener Unternehmen möglich ist. Nach den Regelungen des Bundesstatistikgesetzes kann daher zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen eine Veröffentlichung nicht erfolgen“.[23] Zu guter Letzt muss die BRD allgemein von einer Ausrichtung abkommen, in der dem Ausbau der eigenen Rüstungsindustrie eine solche Wichtigkeit zugeschrieben wird, dass sie von Waffenexporten abhängig ist und diese bereitwillig an zahlreiche Staaten, die in Kriege verwickelt sind, liefert – wie z.B. die VAE, Ägypten, Türkei und Saudi-Arabien.

Anmerkungen

1 Rojava: Vier Kinder bei türkischem Drohnenangriff getötet, anfdeutsch.com, 19.8.2022.
2 Turkey’s Erdogan renews case for Syria operation at Tehran talks, aljazeera.com, 19.7.2022.
3 Questions and Answers: Turkey’s Threatened Incursion into Northern Syria, reliefweb.int, 17.8.2022, Department Press Briefing – August 18, 2022, state.gov, 18.8.2022.
4 Russian-Syrian agreement on rejecting Turkish operation in north Syria, npasyria.com, 23.8.2022.
5 Turkish air raids kill eight tourists in northern Iraq: Officials, aljazeera.com, 20.7.2022.
6 Rojava Information Centre, twitter.com, 24.8.2022.
7 Elke Dangeleit: Vier Mädchen tot: Türkei bombardierte UN-Bildungszentrum in Nordsyrien, heise.de, 21.8.2022.
8 Colemêrg: Soldaten setzen Waldgebiet in Brand, anfdeutsch.com, 18.8.2022.
9 Turkish inflation hits almost 80%, peak might be near, reuters.com, 3.8.2022.
10 State of the Occupation Q4: Infighting Reaches All Time High During the Fall as War Looms, rojavainformationcenter.com, 21.6.2022.
11 Ebd.
12 Ebd.
13 Ebd.
14 Trends in International Arms Transfers, 2021, sipri.org, März 2022.
15 Civilian Casualties of Turkish Military Operations in Northern Iraq (2015 – 2021), A report byEnd Cross-border Bombing CampaignAugust 2022, iraqicivilsociety.org, August 2022.
16 Thodoris Chondrogiannos: How EU weapons sales are stoking an arms race between Greece and Turkey, investigate-europe.eu, 28.3.2022.
17 Drucksache 20/819: Deutsche Rüstungsexporte in die Türkei und speziell für die türkische Kriegsmarine, Kleine Anfrage, dserver.bundestag.de, 23.2.2022.
18 Ebd.
19 Airbus wartet türkische Militärflugzeuge, tagesschau.de, 25.8.2020.
20 Apostolis Fotiadis und Niamh Ni Bhriain:Smoking Guns. How European arms exports are forcing millions from their homes, tni.org, 28.7.2021.
21 Ebd.
22 Matthias Monroy: Krieg niederer Intensität, medico.de, 9.8.2022.
23 Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2020 - Rüstungsexportbericht 2020, bmwk.de, Juni 2021.

Mali

Ende einer gescheiterten Militärpräsenz?

von Christoph Marischka

Am Montag, den 15. August 2022, hat der Generalstab der französischen Streitkräfte nüchtern bekanntgegeben, dass die letzten französischen Einsatzkräfte der Operation Barkhane Mali verlassen hätten. Kurz darauf informierte das Einsatzführungskommando der Bundeswehr die Obleute des Verteidigungsausschusses, dass höchstwahrscheinlich russische Soldaten nun auch am Flughafen der nordmalischen Stadt Gao gesichtet worden seien, in dessen unmittelbarer Nähe sich das größte Feldlager der Bundeswehr in Mali befindet. Drei Tage zuvor hatte die deutsche Verteidigungsministerin bereits erklärt, dass das dortige deutsche Kontingent der UN-Mission MINUSMA seine Operationen weitgehend einstelle und nannte als Grund Unstimmigkeiten mit der malischen Regierung über Überflugrechte. Vieles spricht dafür, dass die Bundeswehr Mali in den kommenden Monaten verlassen wird müssen, obwohl die Bundesregierung sicherlich lieber mit einer kleineren Präsenz vor Ort bleiben würde.

Aussichtslose Militarisierung

Seit 2013 ist die Bundeswehr offiziell mit zwei Missionen in Mali präsent. Bereits kurz nach der französischen Militärintervention „Serval“, welche damals den Auftakt sowohl zur UN-Mission MINUSMA als auch der EU-Ausbildungsmission EUTM bildete, warnten renommierte Institutionen (wie die International Crisis Group[1]), die Region einfach nur weiter zu militarisieren, werde die vielfältigen Probleme vor Ort nicht lösen, sondern vielleicht sogar verschärfen. Anfang 2017 betitelte das Magazin des deutschen Reservistenverbands mit dem vielsagenden Namen „loyal“ seine Beiträge zur Bundeswehr in Mali mit der Überschrift „Mission impossible“[2] und zitierte einen damals 28-jährigen Hauptfeldwebel der Bundeswehr vor Ort mit den Worten: „meinen Verwandten daheim kann ich nicht erklären, warum ich in Mali bin und was wir hier erreichen wollen.“ Das war bevor die Lage immer weiter eskalierte und sich im August 2020 und dann erneut im Mai 2021 das von Deutschland und EU ausgebildete Militär an die Macht putschte und sich gegen den Widerstand aus Europa an Russland annäherte.

Die EU-Ausbildungsmission EUTM war schon mit dem Beginn der Corona-Pandemie weitgehend ausgesetzt und nie wirklich wieder aufgenommen worden – nun soll sie in die benachbarte Republik Niger verlegt werden. Seit einigen Tagen ist nun auch der deutsche Beitrag zu MINUSMA – dessen Mandat noch im Mai 2022 vom Bundestag auf 1.400 Kräfte erhöht wurde – ausgesetzt. Beide Kontingente sind also noch präsent, aber auf Selbstschutz und Selbstbeschäftigung beschränkt. Der aktuelle Zustand steht damit geradezu symbolisch für eine westliche „Sicherheitspolitik“, der es jenseits von Aufrüstung und halbherzigen Truppenstationierungen an tragfähigen Konzepten mangelt. Er veranschaulicht damit zugleich, dass es der Politik – trotz andauernder Erfahrungen in genau diese Richtung – auch an Strategien mangelt, wie mit dem Scheitern ihrer Interventionen umzugehen ist.

Freilich ist die Lage in Mali sehr verschieden von jener in Afghanistan. Man muss aber daran erinnern, dass auch dieser Bundeswehreinsatz jahrelang wieder und wieder mit hochtrabenden Reden von hehren Zielen im Bundestag verlängert wurde, obwohl längst feststand, dass sich diese militärisch nicht erreichen lassen würden. Der Abzug der NATO war bereits seit Jahren mit den Taliban ausgehandelt und terminiert gewesen, bevor er dann im Sommer 2021 völlig chaotisch und unter Verlust zahlreicher Menschenleben vollzogen wurde. Heute sitzen die Taliban fester im Sattel als je zuvor – nachdem 2001 der Westen auf dem Bonner Petersberg eine andere Regierung installiert und 20 Jahre militärisch abgesichert hatte. Trotz offenkundigem Scheitern war dieses bis zuletzt in der Berliner Politik und auch der militärischen Führung nicht wahrgenommen worden. Das ist die entscheidende Analogie zu den aktuellen Einsätzen der Bundeswehr in Mali.

EUTM und MINUSMA

Konkreter Gegenstand der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali, bei der Deutschland häufig größer Truppensteller war, war die Ausbildung der malischen Streitkräfte. Bis heute jedoch sind Bundesregierung und EU nicht in der Lage anzugeben,[3] wie viele Soldaten dabei ausgebildet wurden, wie viele davon noch im Dienst sind, wie viele davon aktiv an den vergangenen Putschen beteiligt waren und wie groß diese Streitkräfte überhaupt sind. Die immer wieder als Drohung gegenüber der Putschregierung gedachte Ankündigung, die Ausbildungsmission bei fehlendem Wohlverhalten weiter zu reduzieren oder auszusetzen, verhallte wirkungslos. Denn in der Praxis erwies sich die europäische Ausbildung als wenig hilfreich für die konkreten militärischen Auseinandersetzungen oder sogar hinderlich. Die malische Armeeführung hat ohnehin Schwierigkeiten, ihre mit verschiedenen „internationalen Partnern“ gegen Djihadisten und Aufständische kämpfenden Truppen zusammenzuhalten und den Überblick zu bewahren – da ist die wochen- und monateweise Verlegung kleiner Kontingente ins EU-Trainingscamp nahe der Hauptstadt und deren anschließende Reintegration in die kämpfenden Truppen selbst dann eine besondere Herausforderung, wenn die angebotenen Ausbildungsinhalte tatsächlich mal mit der Ausrüstung und Truppengattung der abkommandierten malischen Soldaten übereinstimmen sollten. Die flankierend im Rahmen der „Ertüchtigungsinitiative“ gelieferten Fahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und die von EU und Bundeswehr aufgebaute militärische Infrastruktur nahm man natürlich gerne. Allerdings hat Russland in den vergangenen Wochen und Monaten mit der Lieferung von Kampfhubschraubern und Flugzeugen bewiesen, dass solche Ausstattungshilfe auch anderswo, billiger und robuster zu bekommen ist.

Wenn in den hiesigen Medien von der Bundeswehr in Mali die Rede war, dann ging es jedoch meist um die UN-Mission MINUSMA, bei der die Bundeswehr zumindest unter den westlichen Staaten zu den größten und kontinuierlichsten Truppenstellern zählt. Deren offizielle Aufgabe ist die „Stabilisierung“ des Landes und die Unterstützung bei der Umsetzung eines Friedensabkommens, was dann auch gerne ohne weitere Erklärungen zur Lage von den Medien so übernommen wird. Es waren auch deutsche Soldaten dieses Kontingents, die bei einem Hubschrauberabsturz im Juli 2017[4] starben und bei einem Anschlag im Juni 2021[5] teilweise schwer verletzt wurden. Die Masse der über 250 Gefallenen dieser Mission jedoch stammt aus dem globalen Süden: der Tschad etwa hat dort bereits 75 Soldaten verloren, die Nachbarstaaten Burkina Faso und Guinea jeweils 25 bzw. 26. Diese offiziellen Zahlen der UN sind jedoch nur begrenzt aussagekräftig, denn sie erfassen zum Beispiel nicht all jene privaten „Contractors“, die z.B. in den vierteljährlichen Berichten des UN-Generalsekretärs zur Lage in Mali[6] immer wieder als Opfer von Anschlägen und Gefechten angegeben werden. Auf der anderen Seite kämpften gerade Soldaten aus dem Tschad, aber auch anderer Staaten der Region, immer wieder außerhalb des UN-Mandates an der Seite der französischen Anti-Terror-Mission Barkhane, wobei ihre formale Zugehörigkeit zur MINUSMA häufig unklar war. Auch in Deutschland tauchten mehrfach Hinweise auf, dass die Spezialkräfte des KSK im Rahmen des MINUSMA-Mandates eingeflogen seien, um dann aber jenseits des Mandates verdeckte Operationen durchführten.

Streit um militärische Logistik

Der aktuelle Konflikt zwischen der Bundesregierung und der malischen Führung dreht sich zumindest an der Oberfläche exakt um jene verschwommenen Grenzen der MINUSMA und der sich hierum entfalteten militärischen Logistik. Einer der Höhepunkte dieser Auseinandersetzung, die nun zur Aussetzung des deutschen MINUSMA-Einsatzes geführt hat, war die Verhaftung von 49 ivorischen Soldaten auf dem Flughafen Bamako am 10. Juli 2022. Nach Angaben der UN handelte es sich dabei um „Nationale Unterstützungselemente“ (NSE), die zwar nicht zum offiziellen Kontingent der UN-Mission gezählt werden, deren Verlegung allerdings aus Sicht der MINUSMA in deren Rahmen stattfindet. Die Aufgabe der ivorischen Soldaten sei demnach die Sicherung des Geländes eines Logistik-Unternehmens im Umfeld des Flughafens gewesen. Die malische Regierung behauptete, ihr sei die Ankunft der ivorischen Soldaten und Waffen nicht ordnungsgemäß mitgeteilt worden und ließ sie unter dem Vorwurf des Söldnertums festnehmen. Die deutsche Verteidigungsministerin wie auch die politische Führung der MINUSMA hingegen forderte deren Freilassung.

Die deutsche Stellungnahme erfolgte nicht ohne Grund, denn das betreffende Logistikunternehmen, Sahel Aviation Service (SAS), wurde nicht nur von einem Hauptmann der Reserve begründet, sondern arbeitet auch eng mit der Bundeswehr zusammen. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung wurde bekannt, dass auf ihrem Gelände am Flughafen Bamako auch verschiedene Truppenkontingente der MINUSMA – darunter zuletzt 60 deutsche – „stationiert“ waren. Aus Sicht der malischen Behörden hat das private Logistikunternehmen auf dem Vorfeld des Flughafens eine „Beherbergungsstätte“ für militärisches Personal errichtet, was im Mietvertrag für die Überlassung des Geländes nicht vorgesehen sei. Sie

forderten den Abzug aller ausländischen Streitkräfte von diesem Standort innerhalb von 72 Stunden. Die Bundeswehr kam dem fristgerecht nach.

Eine weitere Reaktion der malischen Behörden auf den Vorfall bestand darin, alle geplanten Truppenrotationen im Rahmen der MINUSMA vorläufig auszusetzen, bis neue Modalitäten über die Anmeldung und Genehmigung der Truppentransporte ausgehandelt wären. Mitte August war es dann so weit: die malische Regierung und die MINUSMA hatten vereinbart, dass künftig nicht mehr die jeweiligen truppenstellenden Staaten einzeln ihre Bewegungen melden, sondern diese gesammelt von der MINUSMA bearbeitet und den malischen Behörden vorgelegt werden. Gemeinsam kündigte man an, dass ab Montag, den 15. August, die Kontingentwechsel nach den neuen Verfahren wieder aufgenommen würden. Über diese Einigung berichteten in Deutschland allerdings wenige Medien, darunter die taz.[7] Deutlich mehr Aufmerksamkeit hierzulande erhielt eine weitere vermeintliche „Brüskierung“ (Spiegel.de)[8] der Deutschen durch die malische Regierung drei Tage zuvor: Dabei war einem Flugzeug der Firma „Kühne & Nagel“ die Landung im Mali untersagt worden. Dessen Aufgabe wäre es gewesen, 100 Kräfte der Bundeswehr auszufliegen und 140 einzufliegen, darunter zusätzliche „robuste“ Einheiten der Gebirgsjäger zum Schutz des Flughafens in Gao, neben dem sich das eigentliche, große Feldlager der Bundeswehr, Camp Castor, befindet. Die Verteidigungsministerin setzte daraufhin einen empörten Tweet ab, in dem sie ankündigte, man werde als Reaktion „die Operationen unserer Aufklärungskräfte und die Transportflüge mit CH-53 bis auf Weiteres ein[stellen]“.

Zeremonie der MINUSMA in Mali. Quelle: UN Photo/ Harandane Dicko.

Ein provozierter Eklat?

Ob es sich dabei um einen provozierten Eklat gehandelt hat – vermutlich hätte man auch noch drei Tage bis zur angekündigten Wiederaufnahme der Truppenrotationen abwarten können – muss natürlich Spekulation bleiben. Entsprechende Empörungskorridore wurden jedoch bereits in den vorangegangenen Wochen aufgebaut. Mehrfach hatte das Einsatzführungskommando darüber berichtet, dass deutsche Soldat*innen u.a. wegen fehlender Dokumente an der Ausreise gehindert worden seien oder länger auf diese warten mussten. Diese Mitteilungen waren oft sehr knapp und lieferten wenig Hintergründe, verfehlten jedoch nicht ihre Wirkung bei den sie aufgreifenden deutschen Medien – welche sie meist zum Anlass nahmen, die malische Junta wie ungezogene Kinder zu kommentieren, ihr mangelnde Kooperationsbereitschaft zu attestieren, auf ihre Kontakte zu Russland und die Gruppe Wagner hinzuweisen und zunehmend Stimmung für einen Abzug zu machen. Ein weiterer Stein des Anstoßes in der Debatte waren außerdem die immer wieder und tatsächlich erratisch wirkenden Einschränkungen der (vorab) erteilten Fluggenehmigungen für die medizinische Evakuierung, welche die Planungssicherheit und Bewegungsfreiheit der deutschen (und anderer) MINUSMA-Kontingente tatsächlich erheblich eingeschränkt haben dürften. Die Empörung, die entsprechende Meldungen auch in Bundeswehr-nahen Kreisen ausgelöst hat, lässt sich u.a. in den Kommentaren auf dem Blog des Journalisten Thomas Wiegold (https://augengeradeaus.net/category/afrika/) nachvollziehen, der selbst von „Nadelstichen“ spricht, ansonsten die Auseinandersetzung jedoch relativ sachlich und v.a. im deutschen Sprachraum ungewohnt vollständig dokumentierte. Demgegenüber habe ich an anderer Stelle argumentiert,[9] „dass es das verbriefte Recht eines jeden Staates ist, die Ein- und Ausreise bewaffneter Kräfte und Angehörige ausländischer Streitkräfte zu überwachen und einzuschränken“ und sich „[d]urch ein komplexes Netzwerk internationaler Truppenkontingente, grenzüberschreitender Militäroperationen und multilateraler Einsatzformationen […] westliche Streitkräfte und deren lokale Verbündete eine grenzüberschreitende Mobilität erschlossen“ haben, die eben jene Souveränität und Stabilität Malis gefährdet, die vermeintlich Ziel des UN-Einsatzes ist.

Pseudo-Präsenz

Diese freilich von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen Auseinandersetzungen und die damit einhergehende Berichterstattung hatten verschiedene Auswirkungen.

Einerseits haben sie eine bestimmte Form von Debatte eingeleitet, welche der Bundesregierung erlauben könnte, sozusagen „in Würde“ die Bundeswehr – zumindest weitgehend – aus Mali abzuziehen. Wenn man dort nicht mehr „erwünscht“ sei, so u.a. Lambrecht, dann könne man ja gehen. Damit würde man auch das bisherige Scheitern kaschieren und könnte weitere Rückschritte durch die kooperationsunwillige malische Junta und v.a. ihre Partnerschaft mit Russland erklären. Das allerdings ist ein zweischneidiges Schwert.

Die Forderungen nach einem Abzug könnten auch aus der wohl orchestrierten öffentlichen Meinung ausbrechen, überhand nehmen und die Bundesregierung tatsächlich zu einem schnellen Abzug nötigen. Das erscheint gerade relativ wahrscheinlich – v.a. auch weil die Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Einsatzes „in der Truppe“ bereits länger vorherrschen und sich deren Gefährdungslage mit dem Abzug der Franzosen weiter erhöht. Zugleich erscheint zweifelhaft, dass ein vollständiger Abzug aus Mali – selbst wenn es sich dabei v.a. um eine Verlagerung ins Nachbarland Niger handeln sollte – wirklich im Sinne der Bundesregierung ist. Zu groß wäre alleine die symbolische Niederlage, nicht nur das abstrakte „Feld“, sondern weite Teile der aufgebauten militärischen Infrastruktur „den Russen“ zu überlassen. Denn eigentlich war man gekommen, um zu bleiben. Verschiedene deutsche Bundesregierungen haben auf die lange Tradition der militärischen Zusammenarbeit mit Mali hingewiesen, die bis in die frühen 1980er Jahre zurückreicht. Die dauerhafte „Stabilisierung“ (oder: Rekolonisierung) der Sahel-Region wurde ein zentrales Projekt der gemeinsamen EU-Außenpolitik und des 2011 zu ihrer Koordination eingerichteten Europäischen Auswärtigen Dienstes.

Insofern mag die aktuelle Pseudo-Präsenz durchaus im Sinne der Bundesregierung sein. Man unterhält ein großes Feldlager im Norden direkt am Flughafen, neben anderen Feldlagern der UN und gräbt sich dort ein, bis sich die Lage verändert. Man behält einige deutsche Kräfte in den Führungsstäben der UN und eine Rumpfmannschaft der EUTM vor Ort, um die militärische Beratung und Unterstützung der malischen Streitkräfte bei Gelegenheit wieder aufnehmen zu können – und die Lage zu beobachten. Offiziell sind die Missionen ausgesetzt und damit trägt man auch keine Verantwortung für den weiteren Verlauf der Dinge. Insgeheim könnte man auf eine weitere Eskalation hoffen, auf einen Sturz der Militär-Junta durch „kooperationswilligere“ Kräfte oder einen Bruch mit Russland. Nebenbei könnte man im Rahmen der EUCAP-Mission zum „Kapazitätsaufbau“ ziviler Sicherheitskräfte und darüber hinaus weiterhin ein Auge darauf werfen, ob die Migrationsrouten dicht bleiben.

Doch so wünschenswert dieses Szenario aus Sicht der deutschen „Sicherheitspolitik“ erscheinen mag, könnte es zukünftig nicht mehr wirklich eine Option sein. Denn die Auseinandersetzungen um die militärische Logistik gehen dann eben doch weit über ihre symbolische Ebene hinaus. Deutschland hat sich nicht nur – über einen privaten Dienstleister – in der Hauptstadt Bamako einen (informellen) Standort erschlossen und den nun verloren. Auch in Gao im Norden sitzt die Bundeswehr nicht zufällig direkt am Flughafen. Gesichert wurde der bislang von französischen Streitkräften, die aber nun weg sind. Sollte auch dieser tatsächlich von russischen Kräften übernommen werden, wäre Deutschland bei seinen Kontingentwechseln nicht nur von der malischen Regierung, sondern auch der Zusammenarbeit mit russischen Einheiten abhängig. Sollte sich die Lage dann noch ein wenig zuspitzen, könnte sie gerade aufgrund der aufwändigen militärischen Logistik selbst dann für die Bundeswehr untragbar werden, wenn diese sich weiter eingräbt und kein bevorzugtes Ziel der Aufständischen wird.

Anmerkungen

1 International Crisis Group: The Central Sahel: A Perfect Sandstorm, Report 227 / Africa, URL: https://www.crisisgroup.org/africa/west-africa/niger/central-sahel-perfect-sandstorm.

2 Julia Egleder: Mission Impossible?, in: loyal #1/2017, URL: https://www.reservistenverband.de/magazin-die-reserve/aus-der-aktuellen-loyal-mission-impossible/.

3 Vgl. etwa Bundestags-Drucksache 20/2215, URL:https://dserver.bundestag.de/btd/20/022/2002215.pdf.

4 Christoph Marischka: Mali - Wie bei einem „Routineeinsatz“ Soldaten „verunglücken“, IMI-Standpunkt 2017/023, URL: https://www.imi-online.de/2017/07/28/mali-wie-bei-einem-routineeinsatz-soldaten-verungluecken/.

5 Christoph Marischka: Verletzte in Mali – wofür?, IMI-Standpunkt 2021/040, URL: https://www.imi-online.de/2021/06/28/verletzte-in-mali-wofuer/.

6 Einsehbar unter: https://minusma.unmissions.org/en/reports?page=1.

7 Dominic Johnson: Im Wortgefecht um Truppen, taz.de vom 14.8.2022, URL: https://taz.de/Bundeswehr-und-UN-Mission-in-Mali/!5871618/.

8 „Möglicher Abzug aus Mali laut Bundeswehr bislang nicht geregelt“, Spiegel.de vom 15.8.2022, URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/mali-abzug-aus-mali-laut-bundeswehr-bislang-nicht-geregelt-sorge-um-ortskraefte-a-65dbe4fa-8ef2-4039-9aca-6d102ce974aa.

9 Christoph Marischka: Erste Einschätzung zum Eklat in Mali, IMI-Standpunkt 2022/029, URL:https://www.imi-online.de/2022/07/15/erste-einschaetzung-zum-eklat-in-mali/.

Eisige Töne trotz Tauwetter im Sahel

Malis ECOWAS-Sanktionen gelockert, doch diplomatischer Tiefdruck wegen ivorischer Soldaten

von Pablo Flock

Eigentlich schienen der Tiefpunkt überkommen und sich die Beziehungen zwischen der Militärjunta Malis und den Regierungen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), zu der Mali zwar gehört, von deren Gremien es aber zur Zeit suspendiert ist, wieder aufzuwärmen.

Nach ihrem zweiten Putsch im letzten Jahr hatte die Junta einen Übergangsplan von ursprünglich vier Jahren vorgelegt, woraufhin die ECOWAS das Land mit schweren Sanktionen belegte. Diese beinhalteten die Schließung aller Grenzen und des Flugverkehrs, sowie einen auf essentielle Güter (Lebensmittel und Medikamente) reduzierten Handel zwischen Mali und den benachbarten Mitgliedsstaaten Senegal, Elfenbeinküste und Niger.

Die ebenfalls nach Putschen suspendierten benachbarten Länder Guinea und Burkina Faso beteiligten sich nicht am Embargo. Auch Guineas Putschisten waren sanktioniert worden und teilen mit Malis Junta die vermeintlich antikoloniale Rhetorik gegen die ECOWAS. Im Falle Malis war die ECOWAS besonders streng und hatte dessen Währungsreserven bei der Westafrikanischen Zentralbank und den Zentralbanken der Mitgliedsländer eingefroren. Individuen der Putschisten-Regierung wurden mit Sanktionen (Reiseverbote, Einfrierung persönlicher Bankguthaben) belegt – woran sich auch Frankreich beteiligte. Außerdem waren die Botschafter der Länder abgezogen – der Botschafter Frankreichs wurde ausgewiesen.

Versöhnlicher Übergangsplan

Nun, nachdem Mali einen neuen Zeitplan für den Übergang zur Demokratie vorlegte, der ein Referendum für eine neue Verfassung und Parlamentswahlen im Jahr 2023 sowie Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2024 vorsieht, hoben die Regierungschefs der ECOWAS am 3. Juli die schwersten der Sanktionen auf.

Die Grenzübergänge zwischen den benachbarten Mitgliedsländern und Mali werden wieder geöffnet und der uneingeschränkte Warenverkehr wieder hergestellt. Auch die finanziellen Transaktionen und der Zugriff auf die Staatsreserven im Ausland scheinen wieder hergestellt zu sein. Die Botschafter kehren ebenfalls zurück. Einzig die Suspendierung des Stimmrechts innerhalb des Staatenbunds und die individuellen Sanktionen gegen die Putschisten bleiben bestehen. (Eine offizielles Dokument dazu ist noch nicht auf der Seite ecowas.int zu finden. Doch renommierte Medien wie die BBC berichteten über die jetzige Einigung. Bei einem Treffen im März wurde eine Übergangszeit bis 2024 noch abgelehnt.)[1] Dies ist definitiv ein Erfolg für Mali. Wie Paul Melly, Afrika-Ansprechpartner der Denkfabrik Chatham House, für die BBC schrieb, trafen die Sanktionen durchaus auch die Bevölkerung. „Obwohl die Maßnahmen nicht darauf abzielten, die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern einzuschränken, stellten sie in der Praxis eine zusätzliche Belastung für Händler und Familien dar, die bereits mit dem Anstieg der Weltmarktpreise für Getreide und Kraftstoffe zu kämpfen hatten, der durch die wiederauflebende weltweite Nachfrage nach der Pandemie und den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelöst wurde.“[2]

Militär für’s Volk & Volk für’s Militär?

Insgesamt kann die malische Militärregierung die Auseinandersetzung mit der ECOWAS und den nicht freundlich gesonnenen Nachbarregierungen als Erfolg verbuchen. Als die Sanktionen verhängt wurden, hatten Tausende in Bamako und anderen Städten gegen diese und für den Übergangsplan der Militärregierung demonstriert. Das von der Regierung verfolgte Narrativ, die ECOWAS sei eigentlich der verlängerte Arm Frankreichs, erfreute sich schon zuvor großer Beliebtheit – was in Anbetracht des großen Einflusses, den Frankreich auf viele der Regierungen hat, nicht

einfach von der Hand gewiesen werden kann. Nach Melly nutzen die malische Militärführung und Premierminister Choguel Maïga „diese Wahrnehmung in der Bevölkerung geschickt aus, um sich als Verteidiger des Volkes gegen tyrannische Nachbarn darzustellen, welche die Notwendigkeit eines radikalen Wandels in einem Land nicht erkannten, dessen traditionelle Elite angeblich durch Korruption und Selbstgefälligkeit verrottet war.“ Das zambische Nachrichtenportal IOL, das der aktuellen malischen Regierung offensichtlich eher positiv gesonnen ist, behauptet zudem, dass die Sanktionen auch den Nachbarländern Elfenbeinküste und Senegal zu schaffen gemacht hätten. Da das Binnenland Mali seinen Handel zu den Häfen in Mauretanien und Guinea umleiten musste, verloren diese beiden Länder, über deren Hafeninfrastruktur zuvor viel malischer Handel lief, natürlich Umsätze.[3] Umgekehrt, freut sich das Blatt, dass Mali sich recht resistent gegenüber den Sanktionen zeigte. Laut Weltbank hat es im letzten Jahr, trotz Sanktionen, ein solides Wirtschaftswachstum von 3,1% hingelegt.

Zwei Schritte vor und einen zurück

Jedenfalls hat mit dem letzten Gipfeltreffen der ECOWAS-Staatschefs eine neue Phase der Kooperation der Regionalorganisation und ihrer Mitgliedsstaaten mit der Militärjunta in Mali begonnen. Übrigens wurde auch der Übergangsplan der Militärregierung in Burkina Faso akzeptiert.[4] Sanktioniert war dieses Land, abgesehen von einem suspendierten Stimmrecht, jedoch nicht. Der Übergangsplan Guineas hingegen wurde zur Überarbeitung zurückgewiesen und die Sanktionen gegen die Putschisten[5] bleiben bestehen.

Im Falle Malis, das zuvor mit den härtesten Sanktionen belegt war und nun weitgehend rehabilitiert ist, scheint der versöhnliche Moment jedoch keine Abkehr vom souveränistischen Weg, der auf Misstrauen gegenüber europäischen und Nachbarländern setzt, zu bedeuten. Jedenfalls sorgte eine Pressemitteilung, wonach das malische Militär 49 ivorische Soldaten festsetzte, für viel Empörung – nicht nur im Verteidigungsministerium der Elfenbeinküste, sondern auch bei der Stabilisierungsmission der Vereinten Missionen in Mali (MINUSMA) sowie beim deutschen Verteidigungsministerium. Und tatsächlich betrifft das Vorkommnis auch die Bundeswehr.

Putsch gegen Putschisten?

Die malische Regierung behauptet in dem Communiqué zu dem Fall, dass sie „Dank der Professionalität der malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte“ festgestellt hätten, „dass sich die neunundvierzig (49) ivorischen Militärangehörigen illegal auf dem Staatsgebiet Malis befanden.“[6] Die Soldaten, „darunter etwa 30 Angehörige der Spezialeinheiten,“ wären „im Besitz von Kriegswaffen und -munition ohne Einsatzbefehl oder Genehmigung“ gewesen.

Außerdem sei „der tatsächliche Beruf der Soldaten […] größtenteils verschleiert“ gewesen. So hätten auf den Pässen alle möglichen Berufe gestanden, von Student über Verkäufer bis Wachmann. Die Begründungen, warum sie sich auf malischem Territorium befänden, hätten zwischen „vertrauliche Mission, Rotation im Rahmen der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA), Sicherung der Logistikbasis der Fluggesellschaft ‚Sahelian Aviation Services‘ und Schutz des deutschen Kontingents“ variert.

Die malischen Behörden sprachen deshalb von „Verfehlungen und Verstößen“ bei der Entsendung der Soldaten und betrachtet diese deshalb „als Söldner, wie sie in der OAU-Konvention über die Beseitigung des Söldnertums in Afrika definiert sind.“ Es wird behauptet, „die verhängnisvolle Absicht der festgenommenen Personen“ bestehe darin, „die Dynamik der Neugründung und der Sicherung Malis sowie der Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung zu brechen.“

Aussage gegen Aussage

Der bundeswehrnahe Blog Augengeradeaus, von dem die obigen Übersetzungen des Communiqués stammen, kontrastiert diese Aussagen mit einer offiziellen Mitteilung des ivorischen Verteidigungsministeriums. Nach diesem seien die Festgenommenen „ordnungsgemäß in der ivorischen Armee registriert“ und befänden sich „im Rahmen der Operationen der Nationalen Unterstützungselemente (NSE) in Mali.“ Dies geschehe „im Einklang mit den Mechanismen zur Unterstützung der Kontingente der truppenstellenden Länder im Rahmen von Friedenssicherungsmissionen“ und sei „den malischen Behörden wohlbekannt.“ Seit 2019 seien aufgrund eines „zwischen der Elfenbeinküste und den Vereinten Nationen unterzeichneten Abkommens und gemäß einem mit der Société Sahel Aviation Service (SAS) unterzeichneten Vertrag[s] über die Sicherung und logistische Unterstützung ivorische Soldaten am Flughafen von Bamako präsent.“ Die letzten sieben periodischen Wechsel der Sicherheitskräfte sei „ohne jegliche Schwierigkeiten“ verlaufen und auch dieses Mal sei „den malischen Flughafenbehörden eine Kopie des Missionsbefehls des Kontingents übermittelt“ worden. Ebenso hätten das „Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit sowie der Generalstabschef der malischen Streitkräfte“ eine Kopie erhalten.[7]

Auch der MINUSMA-Sprecher Olivier Salgado eilte den Ivorern zur Seite und bestätigte via Twitter: „Diese Soldaten sind seit mehreren Jahren im Rahmen einer logistischen Unterstützung im Auftrag eines unserer Kontingente in #Mali eingesetzt.“ Bezüglich der Kommunikation zwischen den Staaten versicherte er: „Unseren Informationen zufolge soll ihre Ablösung am 10. Juli zuvor den nationalen Behörden mitgeteilt worden sein.“

Wie es folgende Information in die malische Verlautbarung geschafft hat, die Augengeradeaus übrigens mit einem einfachen „[…]“ vernachlässigt, die aber vom malischen Medium maliactu.net zitiert wird,[8] bleibt somit mysteriös. Hier wird behauptet, dass „Verantwortliche der malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte sofort ihre ivorischen Kollegen kontaktiert haben. Diese behaupteten, dass sie nichts von der Anwesenheit der in Mali festgenommenen ivorischen Militärangehörigen wussten“. Darüberhinaus erklärt das Dokument: „befragt durch die malischen Behörden, gab die MINUSMA an, dass sie am 10. Juli 2022 keine geplante Rotation hatte.“

Soldaten oder Söldner

Das offizielle Narrativ der Regierung der Elfenbeinküste sowie der MINUSMA und der deutschen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, dass die ivorischen Menschen und Waffen letztendlich für den Schutz der von einem ehemaligen deutschen Hauptmann geführten[9] Firma Sahel Aviation Services (SAS) und damit auch für das in deren Gelände eingemietete, deutsche Kontingent, geplant waren, scheint den malischen Behörden auch bei ihrer Veröffentlichung schon bewusst gewesen zu sein.

Quelle: Screenshot der Homepage von SAS.

Immerhin beinhaltet die Mitteilung direkt die Forderung, dass das Geländer der Airline nicht mehr durch ausländische Kräfte bewacht werde, diese das Land verlassen und sich die Firma auf die Bewachung durch malische Sicherheitskräfte verlassen müsse.

Ob das Motiv für die Aktion der malischen Regierung wirklich – ein „fehlendes Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit im Rahmen von MINUSMA“ ist, wie es Lambrecht behauptet, oder – die ivorische Regierung und SAS tatsächlich in der Kommunikation mit den Behörden versagt haben, – es eine weitere Zurschaustellung der eigenen Souveränität und nationalistisches Aufwiegeln der Bevölkerung war, – oder die Bewaffneten letztendlich doch für staatsgefährdende Aktionen eingeflogen wurden, lässt sich aus der Distanz alles nicht sagen.

Die Affäre zeigt jedoch recht gut, dass die Klassifikation von Sicherheitskräften im Dienst privater Firmen, die eben nicht in den offiziellen Kontingenten gezählt werden, nicht immer ein einfaches Unterfangen ist. In diesem Zusammenhang fällt besonders die Skandalisierung der russischen Militärausbilder ins Auge, die in westlichen Medien oft als Söldner der Wagner-Gruppe benannt werden und/oder deren undurchsichtige Zugehörigkeit beklagt wird. Doch die Suppe scheint auf beiden Seiten ähnlich trüb.

Anmerkungen

1 ECOWAS Commission: Final Communiqué of the Extraordinary Summit of the ECOWAS Authority of Heads of State and Government on the Situation in Mali, Guinea and Burkina Faso. Download: ecowas.int 25.3.2022.

2 Paul Melly: Mali coup: How junta got Ecowas economic sanctions lifted. bbc.com 6.7.2022.

3 Koffi Kouakou: Ecowas U-turn on sanctions yields lessons for AU. iol.co.za 10.7.2022.

4 Ecowas lifts Mali sanctions, agrees on Burkina transition. africanews.com 4.7.2022.

5 Shoshana Kedem: ECOWAS sanctions Guinea coup leaders. african.business 20.9.2021.

6 Auf der Facebook-Seite des Innenministeriums kann das zweiseitige Dokument auf französisch eingesehen werden: facebook.com/matdmali.

7 Thomas Wiegold: Merkposten Mali: Weitere Nadelstiche gegen UN-Mission. augengeradeaus.net 13.7.2022.

8 Comment 49 soldats lourdement armés ont pu quitter Abidjan et rallier Bamako sans être inquiété ? maliactu.net 12.7.2022.

9 Christoph Hickmann: Ungewissheit im Camp Castor. sueddeutsche.de 19.12.2016.

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071 – 49154
Fax: 07071 – 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de
IMI.FB I_M_I @imi@mastodon.social

Redaktion:
Jacqueline Andres (Tübingen), Thomas Gruber (Fürth), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:
Pablo Flock schreibt seit Jahren immer wieder für die IMI und ist seit letztem Jahr im Büro aktiv. Bernhard Klaus ist freischwebender Autor. Tobias Pflüger ist im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung.

Bildnachweise wie angegeben außer:
Titelbild: Monika Natalia Mazur. S.4, 7, 10, 15 und 16: Monika Natalia Mazur. Sie hat an der Accademia di Belle Arti in Neapel studiert. Ihre Werke sind hier zu finden: www.instagram.com/monika_natalia_mazur, Rückseite: IMI.

Hinweise zu einzelnen Texten:
Der Artikel „Schöngeredetes Kriegsbündnis: Zur Geschichte der NATO“ erschien am 1.7.2022 in antifa. Der Artikel „Bollwerk des Westens“ ist eine gekürzte Fassung der am 4.7.2022 erschienen Version bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Bezugsbedingungen:
IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Eigentumsvorbehalt:
Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Mitgliedschaftsformular

☐ Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

☐ Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Ab einem Beitrag von 60 € Zusendung des AUSDRUCK.)
☐ Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _
BIC: _____

☐ Ich richte einen Dauerauftrag ein.
☐ Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung

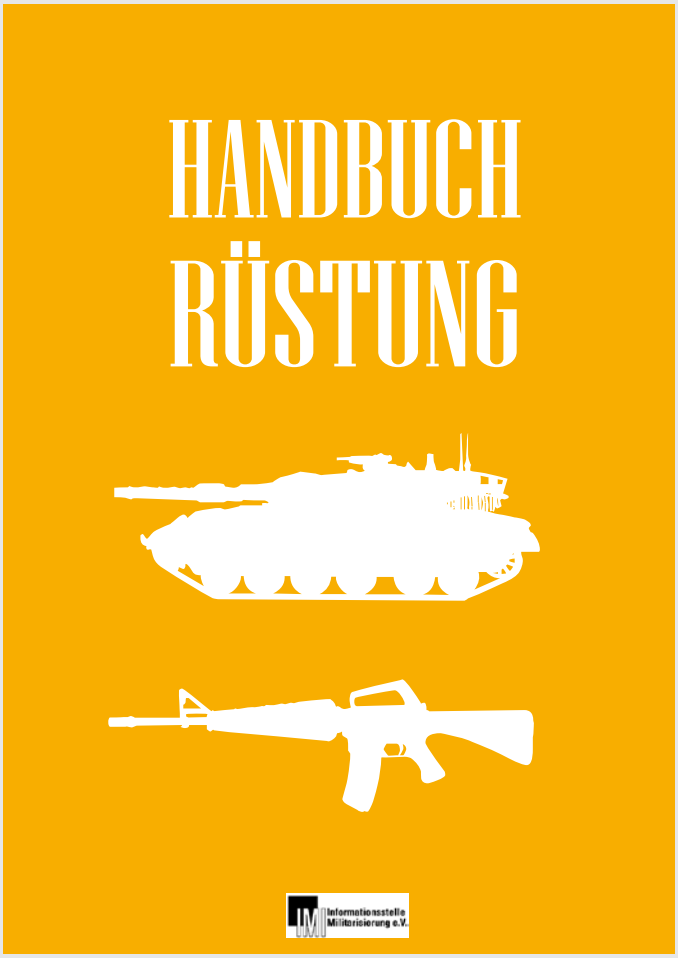
_____
Datum und Unterschrift

Handbuch Rüstung

von Andreas Seifert

Das Handbuch Rüstung zeigt auf, welche Firmen in Deutschland in diesem Feld aktiv sind und was sie im Einzelnen produzieren. Neben einer Karte, die die Standorte der Rüstung in Deutschland benennt, haben wir ein Verzeichnis der Firmen zusammengestellt und verweisen auf die Verflechtungen der Firmen untereinander. Deutlich wird, dass Rüstung nicht nur in den wenigen großen Firmen stattfindet. Aufgezeigt wird, wie lokal die Produktion ist und dass eine Auseinandersetzung mit Rüstung auch lokal geführt werden kann. Über das Verzeichnis hinaus haben wir einige grundsätzliche Informationen zum Komplex Rüstung zusammengestellt, die bei der Einordnung helfen und Verfahren und Probleme erläutern sollen.

Die 100-Seiten Broschüre (A4) ist im Print verfügbar (8,- € zuzügl. Versandkosten)

Print bestellen: imi@imi-online.de

Die Broschüre ist ebenfalls als Download verfügbar – die IMI freut sich über Spenden für ihre Arbeit.